

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage *Neue Welt* einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Zauhaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon 12493.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwärzlicher Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 6 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Zauhaer Str. 19/21. Telefon 2721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags auf bloßen.

Tageskalender.

Der sozialdemokratische Parteitag erledigte gestern die Maisfeierfrage. Heute vormittag sprach Weber über die Budgetfrage.

Bei der Reichstagserversammlung in Speier, Ludwigs-Hafen erkämpften unsere Genossen einen glänzenden Sieg.

Die National-Zeitung kündigt eine Aenderung des Budgetrechts des deutschen Reichstages an.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel intervenierte bei der Pforte zugunsten des durch die streitenden Eisenbahner gefährdeten deutschen Kapitals.

Der Pariserische Militärballon ist heute infolge Sturms verunglückt.

Die internationale Wirkung der süd-deutschen Budgetbewilligung.

Leipzig, 16. September.

Aus Frankreich wird uns geschrieben: Die Budgetbewilligung durch die Bayern und Badenser hat dem französischen Opportunismus frisches Blut zugeführt und nirgends werden die letzten Ereignisse in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie mit größerem Interesse verfolgt, wie in dem obengenannten Lager. Schon während der Tagung des Nationalrats der geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs im Januar d. J. operierte Faure, als er den Abgeordneten Breton gegen einen Ausschlußantrag in Schutz nahm, der gestellt worden war, weil der genannte Genosse als einziges Mitglied der gesamten sozialistischen Fraktion für das Budget gestimmt hatte, mit dem Hinweis, daß die deutsche Bruderpartei die Württemberger nicht verurteilt habe, obgleich diese sich derselben Sünde schuldig gemacht hätten. Jetzt haben unsere Revisionisten, die ewigen Befürworter des Zusammengehens mit den Radikalen, sich des Vorgehens der Süddeutschen bemächtigt und halten allen Leuten vor, daß die orthodoxeste sozialdemokratische Partei der Welt ihre „unabhängige“ Taktik aufzugeben anfängt und mehr und mehr von dem „praktischen Verständnis der Dinge“ durchdrungen wird.

Auf dem Mitte Oktober d. J. in Toulouse abzuhaltenen Parteitag gedenken nun die Opportunisten dem marxistischen Flügel der Partei eine große Schlappe zu liefern. Schon auf dem Ende Juli abgehaltenen Kongress der sozialistischen Föderation des Departements Côte D'or wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die von Barreue, einem der konsequentesten und offenherzig-

sien Opportunisten in den Reihen der geeinigten Partei, vorgelegt wurden. Diese Beschlüsse zielen auf nichts anderes hin, als auf die Wiederherstellung des ministeriellen Sozialismus seligen Andenkens. Sie schlagen der Partei vor, zu erklären, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur durch die Eroberung der politischen Gewalt, mit Hilfe der legalen Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechts erreicht werden kann, wobei unter der „Eroberung der politischen Gewalt“ nichts anderes gemeint ist, als die Teilnahme der Sozialisten an der bürgerlichen Regierung. Weiter treten die Resolutionen ein für die Wiederherstellung der verwehten „republikanischen Disziplin“ und — mit einigen Aenderungen — für die Erteilung der Erlaubnis an die parlamentarische Fraktion, das Budget zu bewilligen, wenn sie dies für nötig hält.

Noch vor einem Monat haben unsere Opportunisten, als sie die obengenannten Beschlüsse in der Presse verteidigten, zugegeben, daß sie keinen Sieg ihrer Ansichten in Toulouse erwarteten. „Wir wollen unsere Kräfte messen“, erklärten sie und gaben dabei gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß die proportionale Methode bei der Wahl der Partei-Exekutive ihnen eine entsprechende Vertretung in dieser verschaffen werde. Jetzt aber, nach dem Vorgehen der Süddeutschen, äußern sie sich viel siegesgewisser. Jetzt wollen sie schon in Toulouse der Parteipolitik eine neue Richtung geben, und konzentrieren ihren Hauptangriff auf die Frage der Budgetverweigerung.

Wird ihnen diese Absicht gelingen? Hierauf kann uns nur eine Betrachtung der Klassenpolitik der bürgerlichen Parteien Frankreichs eine Antwort geben.

Gleichzeitig mit der Wiederherstellung des Kaisertums im Jahre 1851 ging die politische Gewalt aus den Händen der Mittel- und Kleinbourgeoisie, die sie 1848 gemeinsam mit der Arbeiterklasse erobert hatte, in den Besitz des Großkapitals über. Die Folge davon war eine Erneuerung der oppositionellen Stimmung in den aus der Regierungsgewalt verdrängten bürgerlichen Schichten, die gegen Ende der napoleonischen Herrschaft republikanische Formen annahm. Aber erst im Jahre 1881, zehn Jahre nach dem Falle Napoleons, gewannen die Mittelklassen die herrschende Stellung im Staate zurück. Um sich die politische Herrschaft über das Proletariat zu erhalten, schuf die kleinbürgerliche Kammermehrheit 1884 das Gesetz über die Berufsvereine, durch das sie zur gleichen Zeit die ökonomischen Interessen ihrer eignen Klasse zu stärken hoffte. Sie glaubte, daß nur die Arbeiterklasse der großen industriellen Unternehmungen das Gesetz ausnützen und dadurch die ökonomische Macht des Großkapitals begrenzen werde. Mit dieser Berechnung hat sie sich gründlich getäuscht. Die Gewerkschaften faßten nicht nur unter der Arbeiterklasse der großen, sondern auch der kleinen Betriebe festen Fuß. Jetzt, da die Idee der wirtschaftlichen Organisation nicht nur die oben-

genannten Arbeiterschichten, sondern sogar die unteren Staatsbeamten, Lehrer, Postbeamten usw. erfaßt hat, haben die Radikal-Sozialisten, die politischen Vertreter des Kleinbürgertums, die noch gestern keine Feinde von links kannten, die Sprache der schlimmsten Reaktionen angeschlagen, und fallen wie tolle Hunde das Proletariat an. In der Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen hat sich die französische kleinbürgerliche Demokratie ebenso skrupellos erwiesen, wie das Großkapital, und damit auf das schlagendste gezeigt, wie richtig die von dem marxistischen Flügel der Partei jederzeit vertretene Auffassung war, daß der Glaube an eine Gemeinsamkeit der Interessen von Kleinbürgertum und Proletariat nichts anderes ist, als eine gefährliche Illusion.

Ein Blick auf die soziale und politische Gesetzgebung Frankreichs während der letzten 25 Jahre zeigt mit aller Klarheit, daß sie in der Tat ausschließlich die Verstärkung und Verteidigung der ökonomischen und politischen Position der Mittel- und Kleinbourgeoisie zum Ziel hatte. Betrachtet man zuerst die größte politische Reform der jüngsten Zeit: die Trennung der Kirche vom Staate. Es ist kein Geheimnis, daß der bürgerlichen Demokratie jedes ideale Streben vollständig fremd war, als sie den Kampf gegen die Kirche unternahm. Der Schlag gegen den Merkantilismus galt gleichzeitig dem Agrar- und Finanzadel, den aus seiner letzten Position im Staatsmechanismus zu verdrängen das Ziel der kleinbürgerlichen Demokratie schon längst war. Aber schon am zweiten Tage seines Sieges über den Merkantilismus verbündete sich das Kleinbürgertum wieder mit jenem, um den allgemeinen Feind, das Proletariat, zu bekämpfen. Die letzten Kommunalwahlen sahen die radikale Bourgeoisie Schulter an Schulter mit den ärgsten Reaktionen im Kampfe gegen das Proletariat. Ebenso steht es mit der Schulreform. Die Geistlichkeit wurde aus der Volks- und Mittelschule vertrieben, um sie der Herrschaft der kleinbürgerlichen politischen und sozialen Ideen zu unterwerfen. In der französischen Volks- und Mittelschule wird die offizielle kleinbürgerliche Moral rücksichtslos gepredigt, während die sozialistische Ethik streng verpönt ist. Die Lehrer, die den Veruch machen, sie zu lehren, werden sofort von ihrem Posten gejagt, und ebenso rücksichtslos werden sie verfolgt, wenn sie sich mit der Propaganda des Syndikalismus beschäftigen.

Daß die Arbeitergesetzgebung der dritten Republik vor allem darauf gerichtet ist, das Großkapital zu schwächen und dadurch die ökonomische Lage des Kleinbürgertums zu stärken, wurde schon gesagt. Die Gesetze über den zwölf- und zehnstündigen Arbeitstag, die soziale Hygiene, die Sonntagsruhe usw., sind fast ausschließlich gegen die Großindustrie gerichtet, besonders das letzte Gesetz, das eine ganze Reihe von Ausnahmen zugunsten der kleinen Unternehmer enthält. Das Millerand'sche Gesetz, das die Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen einheitlich auf 10 Stunden reduzierte und dieses Maximum

Seuilleton.

Du sollst nicht begehren!

Von Timm Kröger.

5] (Nachdruck verboten.)

III.

Sekt und Seherglaube.

„Junge, du siehst gut aus und weißt es nicht einmal,“ sagte Emil Paulsen zu Heinrich.

Ein paar Monate waren vergangen, Heinrich Bruhn war an der Wasserfronte, dicht bei seiner Heimat, er war in Hamburg, voller Frühlingsgedanken. Auf dem Stadtwall fing das Untergetöse zu grünen an, denn die Sonne schien wärmer als ehedem, und Nachtigallenschlag und Lerchensang klang in Heinrichs voller Brust. Die Sonne schien hell, aber in die Gruft des Weinkellers, wo er und sein Freund die Hände zum lecher bereiteten Mahl hoben, brach ihr Licht durch gemalte Scheiben.

Nun waren sie satt und hatten die Teller zurückgeschoben, nun hoben sie nur noch die Hände, Schäumendes, Perlendes zu trinken.

Beide waren auf Reisen. Emil Paulsen hatte einen Ruf nach Berlin erhalten, man sah auf seiner Stirn die Moriole eines zukünftigen vortragenden Geheimen Ministerialrats, Heinrich hatte die Bestallung als Pastor von Godorf in der Tasche.

Emil hatte nicht unrecht, Heinrich Bruhn sah gut und gesund aus. Er war auch glücklich — das heißt, so weit glücklich, wie man mit einem liebeskranken Herzen sein

kann. Er war in Reifestimmung, hatte einen lustigen Freund bei sich, sie saßen in einer tempelartigen Halle, eine Nische hatten sie ganz allein, sie hatten prächtig gegessen. Emil Paulsen wollte durchaus alles allein bezahlen und konnte es auch gern tun, vor allen Dingen... ein neuer Lebensabschnitt begann; Heinrich war jung, er konnte noch viel Glück erfahren. Ihm schien, das Paradies sei nebenan, und es war so einfach, die Tür aufzuschließen. Am Menschengewühl einer großen Stadt unterzutauchen gab ihm ein Gefühl, als sei er ein Wal und Schwimmem im Ozean, wisse von keiner Sargjume und veranigte sich jetzt tief unten im klaren Kristallpalast des Meeres.

Und Birt und Answärter waren prächtige Leute. Nur zu seiner Ehre das Festgewand des schwarzen Rocks. Was sie auf die Platte setzten und der Wein, den sie kredenzten, waren Freuden goldener Herzen. Freilich — Emil Paulsen zahlte ihnen Geld. Das hatte aber mehr die Bedeutung eines feierlichen Symbols als die der schänden Vergeltung.

Wenn ein Handelsmann um einen Döfen feilscht und beim Feilschen die Taler in seiner Tasche kost — das sagt dem Bauer Bargeld zu und macht ihn für das Jawort geneigter. Wenn eine Sektflasche im Eiskübel rasselt, verspricht sie bare, blanke Seligkeiten. Emil verstand das Rasseln ganz ausgezeichnet. Beim Trinken, wenn noch was im Glase ist, ein kleiner Stoß, wie aus Versehen am Flaschenhals; — wenn ausgetrunken ist, der volle Griff und die volle von der Zubersticht kommende Herrlichkeit erfüllte, aus dem Kübel steigende Musik.

„Du weißt nicht einmal, was für ne Figur du machst, wie jungfräulich dir die ostpreussische Frische steht!“

Immer der Alte, in Label und Lob immer nach dem Höchsten greifend, dachte Heinrich, sagte es aber nicht. Er ließ den redelustigen Freunde gern das Wort.

„Du bist noch mehr, als ich gesagt habe. Du bist ein einfältiger, im guten Sinne einfältiger Mann und hast gar keine Ahnung, wie hoch dich diese Einfalt über das Mittelmaß hinaushebt.“

„Wie kommst du zu der Annahme, daß ich meinen Wert gering einschätze?“ fragte Heinrich. Des Lobes hatte er genug und übergenug.

„Das will ich dir sagen: — Dein Halskragen ist um einen Zoll zu niedrig, deine Haare sind um zwei Zoll zu lang und viel zu dicht, zu voll; du hast dir in Ostpreußen das Schnupfen angewöhnt und trägst blaue Taschentücher, wie es für einen Schnupser paßt. Dein Gesicht sieht gesund aus, es fehlt darin der Zug, den wir uns im Westen auflegen, um je nach Gefallen hochmütig oder herablassend, stolz oder bescheiden, immer aber verschlossen und angefränkt auszusehen. — Und das hat viel für sich, aber natürlicher ist es, zu sein wie du. Du gehst mit deinem Gesicht (der Geheimnis in spe schlug seinen Freund auf's Knie) mit deiner Seele läufst du umher als der, der du bist, sagst auch zu jedem: so bin ich. — Du hast, wie Edgar Poe in einer seiner Novellen sagt, Fensterglas vor der Brust, jedermann kann und mag deine Gedanken lesen. Wir anderen dagegen, wir aus dem alten Kulturland, haben immer eine Tarnkappe bei uns, die wir unserer Seele über den Kopf ziehen, wenn sie verschwinden soll. Und sie verschwindet öfter als gut ist.“

„Ja bin,“ fuhr er fort, „eine Art Peter Schlemihl, ein Mann, dessen Seele keinen Schatten wirft — ich beneide jeden, der noch mit seiner Gefinnung Staat machen, mit ihr in die Sonne gehen und überall zeigen kann, daß sie kein Wahn ist.“

„Erlaube...“ fiel Heinrich ein. Aber Emil erlaubte noch nicht.

zugleich auf die erwachsenen männlichen Arbeiter Übertragung, die mit Jugendlichen und Frauen in einem Betriebe arbeiten, umfasst nur 40 Prozent aller Arbeiter der Industrie.

Diese Andeutungen geben ein Bild davon, wie die einzelnen Klassen einander gegenüberstehen. Das Proletariat, das noch seine Niederlagen von den Junitagen und der Kommune frisch im Gedächtnis hatte, das des sozialistischen Bewusstseins noch ermangelte und vorübergehend die Hoffnung auf Selbstbefreiung verloren hatte, konnte zeitweilig den tönenden Reden der kleinbürgerlichen Demokraten wie ihrer Gönner im sozialistischen Lager Glauben schenken. Solange die Mittelklassen in der Opposition blieben, konnten naive Leute der Aufrichtigkeit ihrer Absichten, dem Versprechen sozialer Reformen trauen, sobald sie aber die Macht erhielten, wurde es klar, daß nur der Name der Regierenden eine Veränderung erfahren hatte, am System selbst aber nichts geändert war. Und heute ist es unmöglich, irgendeine bedeutende Arbeiterführung zu finden, die sich noch der Illusion einer Interessensharmonie mit der Bourgeoisie hingäbe.

So dürfte auch die Hoffnung nicht trügen, daß der ministerielle Sozialismus, der in Loulouise den Versuch der Wiederauferstehung machen will, eine glänzende Niederlage erfahren wird.

Von größter Bedeutung für den Ausgang des Kongresses wird aber die Stellungnahme des Nürnberger Parteitag in der Frage der Budgetbewilligung sein. Die Ideenwirkung der deutschen Sozialdemokratie auf die französische Bruderpartei ist so groß, daß die kleinste Entgleisung auf dem Wege zum Revisionismus die Lebenskräfte unserer Opportunisten bedeutend stärkt. Wenn man berücksichtigt, daß die geeinigte sozialistische Partei Frankreichs nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Proletariats umfaßt, dabei aber außerordentlich zahlreich in den Vertretungskörpern des Landes vertreten ist, wird man es verstehen, daß die Kontrolle der Gewählten durch die Partei nicht besonders streng und die Neigung zu opportunistischen Seitenwärtigen sehr groß ist. Unter diesen Umständen bilden der rechte wie der linke Flügel der Partei mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Entscheidung des Nürnberger Parteitags. Die revolutionären Sozialisten Frankreichs hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren alten Ruf als Verteidigerin der sozialistischen Prinzipien, als treue Verbündete im Kampfe gegen Revisionismus und Opportunismus wahren wird, während die Opportunisten von den Nürnberger Debatte und Beschlüssen eine Stärkung ihrer Position erwarten. Die ministeriellen Sozialisten sind durch ihre früheren Taten beim französischen Proletariat so diskreditiert, daß nur die deutsche Sozialdemokratie ihnen frisches Mut zuführen könnte. Im Interesse der internationalen sozialistischen Bewegung, ihrer Geschlossenheit und Zielfestigkeit, hoffen wir, daß unsere deutsche Bruderpartei die bisher im proletarischen Klassenkampfe eingehaltene Richtung nicht verlassen möge.

Das Vorspiel zur Budgetdebatte.

Wie der erste Verhandlungstag des Nürnberger Arbeiterparlaments gab uns eine sehr charakteristische Probe der bevorstehenden Debatten. Wie fast der gesamte Parteitag im Zeichen der Auseinandersetzung mit der revisionistischen Politik stehen wird, so stand es auch der erste Tag. Und er endete, wie der gesamte Parteitag enden wird, mit einer zerschmetternden Niederlage des Revisionismus. Und auch darin ähnelte der Charakter des ersten Tages dem Charakter der gesamten politischen Situation, daß die Debatte provoziert wurde durch einen bewußten brüskierten Vorstoß des Revisionismus.

Die Parteitagssitzung der Frankfurter Tagespost enthielt einen Artikel des Genossen Maurenbrecher zum Thema „Wahlbewegungen“, der in der Tat wie eine beachtliche Prüfung des Parteitags wirkte. Der Referent über dieses Thema, Genosse Schulz, nahm denn auch Gelegenheit, diese Stellungnahme ebenso kurz wie prägnant zu charakterisieren, und fand damit den nahezu einstimmigen Beifall des Parteitags. Um unsern Lesern die Möglichkeit zu bieten, sich selber ein Urteil zu bilden, seien hier die charakteristischsten Stellen des Artikels wiedergegeben:

Wir können keine Allgemeinbildung in die Massen bringen, nur die nun einmal die Vorbereitungen (lange Schulfest, langsame Lernen bis zur Mitte der zwanziger Jahre, Muße zur Erlangung, Lektüre und Kunstgenuss) in dem sozialen Leben der Masse

„Wollte dir nur noch empfehlen, in Haar und Taschentuchern dich dem Westen anzupassen, deine Seele soll bleiben, wie sie ist. In Godorf bei Wodorf kann man die schönsten Taschentücher bekommen, und der Barbier Eggert schneidet alles über einen Kamm. Nach einem Jahr wird auch dir das Haar auf dem Kopf dünn werden. Und dann ... Ich habe gesehen, daß du auf der Straße gehst, den Stock durch die Arme gezogen — das ist bei uns keine Mode, das darfst du nicht tun.“

„Es ist gefahrlos“, warf Heinrich ein.
„Was bist du für ein Engel, Heinrich! — Was fragen Mode und Schicklichkeit nach Gesundheit und Krankheit? — Bist wohl ein Schnupfmann, willst gar gegen das Korsett ankämpfen? — Die Allgemeinheit ... vor allen die jungen Korsettträger erklären: Stock durch die Arme gezogen ist nicht fein. Ein Pastor muß sein sein ... hörst du! ... fein muß er vor allen Dingen sein ... also Stock weg! Hör, Heinrich, blaue Taschentücher weg und Stock weg, Haare geschneitten! Sonst kriegst du in Godorf nicht die Frau, die du haben mußt.“

Emil Paulsen raffelte und schenkte ein.
Sie stehen an.
„Es wird immer besser. Nun bist du bei der Heirat.“

„Ein ich, mein Freund ... und das ist ein Kapitel, das gründlich genommen werden will. Wenn ich Sekte trinke, dann denke ich, wie Kant sagt, intuitiv, nicht diskursiv. Dann habe ich die Gabe, die logischen, zur Wahrheit führenden Mittelglieder und Sprossen der Jakobskleiter nicht nötig zu haben, dann kann ich in den Himmel der Wahrheit hineinfliegen — mit einem Wort: dann kann ich propheteien. Und so propheteie ich denn: Bevor noch unsere Erde zweimal die Reife um die Sonne gemacht hat, bist du an irgendeine Korsettträgerin aus Godorf und Hamacomb gebunden, und ein halbes Jahr schwelgst du in

heute nicht da sind. Wir können nur eben diejenigen Tatsachen und Fähigkeiten ermitteln, die zur Entscheidung aktueller politischer und wirtschaftlicher Fragen notwendig sind.

Ich lege den Nachdruck auf das Wort aktuell. Hier scheint mir der Fehler vieler Vorträge und Kurse zu liegen, die heute in der Parteischule und in der Provinz veranstaltet werden. Wir treiben zu viel Theorie! Muß die Masse die Werttheorie kennen? Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die These und sage: Nein! Der Lehrer muß das wissen und der theoretische Forscher mag darin weitergraben; aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden.

Es ist einfach Anflug, in wenigen Stunden einem Kreise von Menschen, der nicht die geringste geschichtliche, philosophische oder allgemeinbegreifliche Vorkenntnis hat, die „materialistische Geschichtsauffassung“ anzudemonstrieren. Wer wirklich verstehen will, was Marx und Engels gelehrt hat, muß erstens wissen, was vor ihm da war: also Wilhelm v. Humboldt, Hegel, Gerovinus, Ranke, um nur die Deutschen zu nennen. Und er muß zweitens wissen, was seitdem von anderen gedacht und gelehrt wurde. Eine einfache Erklärung der Lehren der betreffenden Marx'schen Stellen führt wahrhaftig nicht zu ihrem wirklichen, b. h. zu ihrem sie richtig begreifenden und einordenenden Verständnis. Und mit der Werttheorie ist es nicht anders. Ihr müßt mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Marx und Böhm-Bawerk kennen, ehe ihr über Werttheorie reden könnt. Es ist wirklich an der Zeit, die vielen jungen Genossen, die sich jetzt mit Feuerzifer in die Stuben stürzen, daran zu erinnern, daß echte Bildung ein langsame Gewächs ist, und daß sie, je umfassender sie ist, um so — bescheidener in theoretischen Formulierungen macht.

„Wer nicht von zweitausend Jahren
Sich weiß Rechenschaft zu geben,
Wohlt im Tiefsten unerfahren,
Muh von Tag zu Tage leben.“

Was wir für die Masse der Parteigenossen brauchen, ist nicht die „Theorie des Sozialismus“ oder „Die Lehren unserer Meister“ oder wie die Ausdrücke sonst lauten, sondern es sind die Tatsachen, auf Grund deren sie Entschlüsse zu fassen gezwungen sind. Die „Theorie“ ist in ihrer, zwar unerschöpflichen, aber doch sehr häufig vorhandenen Wirkung oft geraden eine Erdrückung der Kraft zum Entschluss und zum Handeln. Gerade weil sie für jedes neue Erlebnis sofort seine ökonomisch-historische „Notwendigkeit“ nachweist, bleibt sie weit eher zur Abstumpfung der Energie und mahnt zum Dulden, Warten und Ertragen, als daß sie scharf umrissene Ziele und aus dem Moment geborene Aktionsprogramme für den Willen schafft. Die Demokratie aber braucht eine Masse, die an Aktionen, an Ziele, Pläne und rasche Entschlüsse gewöhnt ist. Der gewerkschaftliche Kleinkampf, der betriebsmäßig die Masse selbst in Entschlüssen, Ueberlegungen und Plänen übt, der jeder Werkstübenbesprechung immer wieder die Frage vorlegt: Wasen wir's oder wasgen wir's nicht?, der ist's, der die Latenzkraft der Masse übt und spannt.

Ähnliches muß unsere Bildungsarbeit für die vollstöße Tätigkeit leisten. Geschichte, Geschichte und immer wieder Geschichte: das ist die grundlegende Forderung. Und zwar politische Geschichte, bestimmte Momente und Aktionen, nicht allgemeine Entwicklungs-geschichte der Menschheit in Abstraktionen und Verneinungen. Geschichte, die die Fäden immer wieder vor Entscheidungen stellt, sie die tatsächlichen Schwierigkeiten früherer Jahrzehnte nacherleben und nachdenken lehrt, die diejenigen Verlöbten hervorhebt, in denen irgend ein großer Kampf um die Macht mit Glück oder Unglück gewagt wurde: das ist das vorzüglichste Bildungsmittel, das wir haben. Also Geschichte der französischen Revolution, des Jahres 1848, der preussischen Konstitution, der politischen Parteien, Biographien von Männern, die das Glück hatten, in großen Entscheidungen mit an verantwortlicher Stelle zu stehen (Casselle steht und da am nächsten; aber warum nicht auch Napoleon, Friedrich der Große, Bismarck, Disraeli und andere? Es braucht wahrhaftig keine Heldenerzählung zu sein; aber auch am Beginn kann man lernen, wenn er ein Ziel und einen Willen gesetzt hat): kurz Tatsachen, Aktionen, Entschlüsse? Das scheint mir mehr wert zu sein, als alle alten und neuen Katechismenformeln, die wir auswendig lernen könnten.

Und der Mann, der diese Beilen schrieb, wird nun in nächster Zeit den Nürnberger Arbeitern die Grundlagen des Sozialismus beibringen. In der Tat, wenn man das hört, begreift man vieles von den eigentümlichen Erscheinungen süddeutscher Parteipolitik.

Was Genosse Maurenbrecher in diesen Sätzen ausspricht, ist die für die bürgerliche Welt charakteristische Auffassung von der „Massenbildung“, wonach „die Masse“ als die ewig blinde große Herde gilt, die mit den notdürftigsten Wissensmomenten anzurufen, völlig genügt. In sich böte der Artikel zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß, da man natürlich nicht jeden törichtigen Artikel, der in einem Parteiblatt mal erscheint, unter die Lupe zu nehmen braucht. Aber die Leistung des Genossen Maurenbrecher hat den besonderen Vorzug, daß sie die Grundanschauungen des Revisionismus in geradezu klassischer Reinheit wiedergibt, und dadurch hat er in der Tat ein aktuelles Interesse. Wie der Revisionismus als Anschauungsweise nur möglich ist bei grundsätzlicher Verachtung aller Theorie, so ist er in der Praxis nur möglich, wenn „die Masse“ von der Theorie nichts versteht. Desto un-

dem Bahn, nun erst die Gedanken, des großen Meisters, der die Welt machte, zu verstehen.“

Heinrich Bruhn gedachte ihrer, an die er allein denken konnte, wenn von Heirat die Rede war. Und weiter dachte er, Emil Paulsen könnte es erraten, und er selbst könnte rot werden, und indem er es dachte, errötete er wirklich und sah sich ertappt.

Emil Paulsen bemerkte es, lächelte, Emil Paulsen wußte — diskursiv? intuitiv? —, was in Heinrich voring! Entweder trug Heinrich wirklich Fensterglas vor der Brust, oder Emil Paulsen war das, wofür er sich ausgab.

Erst hatte der Geheime gelächelt, dann flog ein Wäffchen freundschaftlicher Sorge über sein Gesicht.

„Das ist Unfinn“, sagte er, „das mußt du nicht tun. Nicht Altes träumen! Wenn du träumen willst, dann etwas Neues!“

Er stockte, Heinrich Bruhn hatte ihn halb erzürnt, halb verlegen angesehen.

„Ihre Person, ihren Charakter“, fuhr der Geheime fort, „gut ab! Aber sie hat nicht das, was meine Frau haben muß. Sie hat kein Mook. Der Hof ist verfallend, müßte verpachtet werden, würde nicht die Hypothekenzinsen tragen, Georg Engelbrecht hat seine Sache gründlich gemacht. Zu allem — sie ist kaum jünger als du, und vor dem Gesetz ist sie noch immer Georgs Frau.“

„Du hast Ideen. Ideen darf der Mensch erst haben, wenn er satt ist. Und es gibt junge Mädchen, die das, was zu Ideen und Gedanken nötig ist, dir zu geben bereit sind, wenn man ihnen dafür die Ehre antut, sie bei Kaffeegesellschaften der Frauen als „Frau Pastern“ ins Sofa zu nötigen — die sich auch noch herausnehmen, hübsch zu sein und einen Saft voll Güte und Sanftmut mitzubringen.“

(Fortsetzung folgt.)

gestörter können dann die Herren „Führer“ die Geschicke dieser ewig blinden Menge leiten, desto leichter können sie dann von dieser „Masse“ eine billige Zustimmung zu allen möglichen parlamentarischen Geldentaten erlangen. Die Billigung der Budgetbewilligung durch einen Teil der süddeutschen Arbeiter beispielsweise, auf die die bayrischen Parlamentshelden so stolz sind, sollte ihnen vielmehr allen Anlaß bieten, stillschweigend in die Ecke zu gehen; denn gerade sie ist der beste Beweis für die theoretische und prinzipielle Verlotterung, die durch die Schuld der süddeutschen Parteipresse und der süddeutschen „Führer“ noch heute in den Massen steckt. Durch den Artikel des Genossen Maurenbrecher wird nun bewiesen, daß diese Verlotterung nicht etwa bloß eine bedauerliche Unterlassungssünde darstellt, sondern daß sie vielmehr absichtlich und mit vollem Bewußtsein kultiviert wird. „Was braucht die Masse Theorie?“ fragt Maurenbrecher, und entzückt schmolzt der brave Eisner mit der Zunge: Herrlich! Ganz ausgezeichnet! Du bist unter Mann! Dich brauchen wir für unsere neue Nürnberg-Bildungsschule!

In der Tat! Wenn man sich des selbstgefälligen Gesprezes erinnert, mit dem die Gründung dieser „Bildungsschule“ der staunenden Welt mitgeteilt wurde und mit dem der Genosse Eisner diese Gründung als bahnbrechend und epochemachend für die Gesamtpartei hinstellte, der kann es nur mit dankbarem Herzen begrüßen, daß der Genosse Maurenbrecher mit so heftiger Selbstverständlichkeit die Grundzüge dieser revisionistischen Bildungsfabrik gerade in einem Augenblick ausspricht, wo der Parteitag sein Urteil über sie fällen konnte. Wir sind der frohen Sicherheit, daß die Diskussion auf dem Parteitag ihren Eindruck auf die Nürnberger Arbeiterschaft nicht verfehlen wird, wie überhaupt die Demonstration, die der Revisionismus in Nürnberg sich wird gefallen lassen müssen, zu einer klärenden Wirkung führen wird.

Der italienische Gewerkschaftskongress

über dessen Beginn wir neulich berichtet haben, brachte zunächst wieder bestige Zusammenstöße zwischen den in den Zentralverbänden zusammengeschlossenen Anhängern der sozialistischen gewerkschaftlichen Methode und den „Syndikalisten“, den sozialistischen Gegnern der politischen Aktion, die in den Arbeitskammern ihren Hauptsitz, wenn auch keineswegs die Oberhand, haben.

Zahlreiche Delegationsabteilmann, die die internationale Solidarität des Proletariats betreffen, waren beim Gewerkschaftskongress in Modena eingegangen, u. a. von den englischen Trade-Unions und von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften.

Schon der erste Verhandlungstag befandete das entschiedene Uebergewicht der Zentralverbände über ihre syndikalistischen Gegner, deren Hauptstütze die Delegierten der Eisenbahner waren. Als Hauptwortführer der Zentralverbände trat der Genosse Ag. Rinaldo Rigola hervor, dessen Ausführungen wirksam von der Genossin Argentina Altobelli-Bologna, der Sekretarin der Gewerkschaft der Landarbeiter, unterstützt wurden. Es half den Syndikalisten wenig, daß sie Unterstützung bei den anwesenden Republikanern fanden, für die u. a. Oskar Spinelli sprach. Am zweiten Verhandlungstage eroberte die Generaldebatte über die Haltung der Confederazione generale dei Labori mit der einstimmigen Annahme einer von den Delegierten von Bologna, Ravenna, Ferrara und Mailand — sämtlich Arbeitern — beantragten Resolution, welche lautet:

„Der Kongress billigt rückhaltlos die Tätigkeit der Confederation und fordert sie auf, den von ihr eingeschlagenen Weg zur Geltendmachung der proletarischen Interessen weiter zu verfolgen.“

Es folgte eine längere Debatte über Änderungen am Statut der Confederation, deren Einzelheiten kein allgemeines Interesse beanspruchen können. Es wurde festgestellt, daß außer den Zentralverbänden und den Arbeitskammern auch Kooperationsgenossenschaften zur Confederation gehören können, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Im Exekutivkomitee der Confederation, das der deutsche Generalkommission entspricht, wird künftighin der Generalsekretär, der bisher nur als beauftragter Beamter angesehen wurde, Sitz und Stimme haben und mit zwei Mitgliedern des Komitees den engeren resp. engeren Ausschuss bilden. In dem Exekutivkomitee, wie in dem weiteren (Kuffischen) Rat der Confederation sollen die einzelnen Gebirgs-Italiens möglichst nach dem Grad der Stärke vertreten werden, die die proletarischen Organisationen in ihnen erreicht haben.

Am dritten Verhandlungstage stand zunächst die Frage der Disziplin bei der Proklamierung von Streiks zur Beratung. Geldo, Sekretär der Arbeitskammern von Genua, referierte und betonte nicht ohne scharfe Wendungen gegen die Lokalfäden, daß gutgefüllte Massen und straffe Organisationen für den Erfolg einer Streikbewegung wichtiger sind, als die noch so edle, noch so impulsiv Sympathie weiter Kreise. Die Disziplinierung der Arbeiterbewegung bedeutet nicht ihre Gloden, im Gegenteil, ihre Vorwärtsbewegung hängt von der Disziplin ab. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer sehr lebhaften und stellenweise äußerst erregten Diskussion, in der es sogar zu einem Obstruktionsversuch der Syndikalisten kam, wurden von der großen Mehrheit des Kongresses die leitenden Grundsätze des Calabrese Referats zum Beschluß erhoben. Danach liegt der Confederation ab, 1. die oberste Leitung aller Streiks, die von Gewerkschaften unternommen werden, die der Confederation angehören, soweit diese Streiks allgemeine proletarische Interessen betreffen; 2. die Entscheidung über die Unterstützung oder Nichtunterstützung von Streiks, die von nicht der Confederation angehörenden Gewerkschaften oder von örtlichen Zellstellen im Widerspruch zu den Zentralverbänden ausgehen; 3. die Proklamierung von Generalstreiks in allen Berufen.

Es folgt die Beratung über die Beziehung der Confederation zu den politischen Parteien. Rinaldo Rigola betonte in seinem Referat die völlige Unabhängigkeit der Confederation von jeder politischen Partei. Doch sei die Motion Pagliani, die alle Beziehungen der Confederation zu politischen Parteien ausschließen wolle, unannehmbar, wenn sie auch den Vorzug der Klarheit und Unzweideutigkeit habe. Ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit verschiedenen Parteien sei nicht zu vermeiden, wobei voraussichtlich allerdings nur die demokratischen Parteien (Sozialisten, Republikaner und Radikale) in Frage kommen konnten.

Nach einer langen Diskussion, an der u. a. Gabrini, Dugoni, Argentina Altobelli teilnahmen, gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die in Kürze folgendes besagt: Das Prinzip der Enthaltung von der Politik ist aufzugeben, denn dieses wird nur von benjenigen verfolgt, die das Proletariat von der Politik abhalten wollen, um desto besser ihren (den syndikalistischen) Ideen Eingang zu verschaffen. Der wirtschaftliche und der politische Kampf sind gleich notwendig für die Emanzipation des Proletariats. Der wirtschaftliche Emanzipationskampf fällt den Gewerkschaften, der politische Emanzipations-

Kampf der politischen Parteien zu, d. h. der sozialistischen Partei, und allen den Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Jedoch können die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht ohne gleichzeitige politische, und die Parteien ihre politische Aufgabe nicht ohne wirtschaftliche Betätigung erfüllen.

Auch in Italien ist es selbstverständlich nur die sozialistische Partei (wenn man von den anarcho-sozialistischen Gruppen absieht), die auf dem Boden des Klassenkampfes steht; die Annahme der Resolution in dieser Form, die den Schluss zulässt, ob auch andere Parteien auf diesem Boden stehen, geschah wohl nur aus einer allerding unangebrachten Rücksichtnahme auf die antipensiven Vertreter der republikanischen und der radikalen Partei. Das schätzten die Betroffenen auch sofort heraus, und es meldeten sich dann nach Annahme der Resolution, die übrigens nicht ohne heftige Geschäftsordnungsdebatten erfolgte, Vertreter der beiden Richtungen zum Wort, um Erklärungen abzugeben.

Der Republikaner Paoloni bedauerte, daß die Konföderation unter Verleugnung der republikanischen Verdienste um das Proletariat sich gänzlich den Sozialisten in die Arme geworfen habe, und Meini suchte nachzuweisen, daß auch die radikale Partei in ihrer Art das Prinzip des Klassenkampfes akzeptiere.

Es folgten die Wahlen zum engeren und weiteren Komitee der Konföderation. In das erstere wurde u. a. auch ein Republikaner, der Bruder des Quartiermeisters, gewählt.

Der heftige Angriff eines anarcho-sozialistischen Blättchens auf Ripola, dem vorgeworfen wurde, sich in unheimlicher Geschwindigkeit aus einem anarcho-sozialistischen Syndikalisten in einen demokratischen Reformisten verwandelt zu haben, gab Anlaß zu einer ebenso spontanen wie imponierenden Vertrauensstimmgebung der großen Kongressmehrheit für Ripola.

Es wurde sodann noch eine Resolution angenommen, die eine umfassende Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung, Schaffung von Schiedsgerichten und von einem obersten Schiedsgericht für Versicherungsstreitigkeiten forderte.

Die Frage der Beteiligung der Angestellten in öffentlichen Dienststellen (sowie der Arbeiter in der Tagespresse) an einem Streik, wurde, als noch nicht spruchreif, von der Tagesordnung abgesehen, worauf Genosse Ohlbia mit einem kurzen martialischen Schlußwort die Arbeiten des Gewerkschaftskongresses für beendet erklärte.

Bewerkschaftsbewegung.

Unternehmer über die Harmoniedusel der Privatangestellten.

Die Privatangestellten gehören in ihrer Mehrheit noch zu den rückständigsten Schichten der Lohnarbeiter. Erst ganz langsam fängt es in der letzten Zeit in diesen Kreisen an zu dümmern, daß es mit der so viel gerisenen Interessensharmonie zwischen dem Unternehmer und den Angestellten nichts ist. Von den in den Angestelltenverbänden (kaufmännische Verbände, Leduiker-Verbände etc.) organisierten 681.000 Mitglieberei sind ungefähr 519.369 Privatangestellte, und von diesen gehören nur 14.369 modernen gewerkschaftlichen Organisationen, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, dem Verband der Lagerhalter und dem Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands an. Die übergroße Mehrheit aber tummelt sich in mehr oder weniger ausgeprochenen vaterländischen und „nationalen“ Vereinen, die sich lediglich auf Unterstützungsvereine beschränken und die Lösung der sozialen Frage und eine Ausbesserung ihrer oft ganz erbärmlichen Lage von dem „Wohlwollen“ der Herren Chefs erwarten. Von dieser gedankenlosen Harmoniedusel, die nur auf eine völlige Unklarheit über ihre Lage zurückzuführen ist, hebt sich das Vorhaben einiger Unternehmer, das eine viel tiefere Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse verrät, vortrefflich ab. So schreibt das in Düsseldorf erscheinende Unternehmerrganz Detailist:

Seitdem ist die Einigkeit zwischen Prinzipalen und Angestellten längst in die Brüche gegangen; selbst die zohmen Weisheitsorganisationen geben dies unumwunden zu; sowohl der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine als auch der Deutsche Beamtenverein haben erst kürzlich erklärt, daß die Lage der unternehmerrganz Anteilsnehmer zwischen Chef und Angestellten überdauern solle; und daß die Weisheitsorganisationen der schärferen Tonart oft genug direkt gegen die Arbeiterinteressen arbeiten, ist mahniglich bekannt. ... Keimliche Schwärze — das ist jetzt die Forderung des Tages. Nur durch schwere Kämpfe wird sich in später Zukunft ein Zustand erreichen lassen, wie er vorbildlich im Druckergewerbe herrscht. Und diese Kämpfe werden sich zwischen den beiderseitigen Organisationen voranschicken mit solcher Gewalt abspielen, daß die Harmonievereine unbedingt dabei in die Brüche gehen müssen.

Was sagen denn die hurtpatriotischen Harmonieapostel in den Angestelltenverbänden zu dieser Absage? Werden sie nun endlich einsehen, daß sie mit dem Nützlichkeitsnachdenken nichts zur Verbesserung ihre Lage beitragen, und daß sie, wenn sie sich eine freiere und menschenwürdige Stellung erringen wollen, ihr Partieren mit den Unternehmern aufgeben und Schulter an Schulter mit den organisierten Arbeitern kämpfen müssen?

Sozialpolitik in staatlichen Musterbetrieben.

Wir teilen schon gestern kurz mit, daß vorgestern abend in Kiel eine Protestversammlung der saftischen Werften abgehalten wurde, mit der Tagesordnung: Der neueste sozialpolitische Kurs auf der Werft. Hierzu sei noch bemerkt: Es existiert dort ein nationaler Arbeiterverein, dessen einziger Zweck die systematische Belebung und Beschleunigung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist. Nach der letzten Landtagswahl benutzte dieser Verein in seinem Wochenblättchen, dem „Nationalen Arbeiter“, Arbeiter und Meister, die sozialdemokratischen Ansichten, unter direkter Namensnennung der Werftleitung, und drohte dieser, falls sie auf die Demontage nicht reagierte, unverzüglich mit dem Reichsmarineamt. Kürzlich ist die Werftleitung mit diesem nationalen Arbeiterverein in direkte Geschäftsverbindung getreten; während die Werft bis jetzt ihre Arbeiter von dem Allgemeinen Arbeitsnachweis in Kiel bezog, läßt sie sich diese jetzt vom Bureau des Vereins zuweisen. Hier müssen die Arbeitnehmenden zunächst einen Revers unterschreiben, daß sie aus ihrer freien Gewerkschaft austreten und drachten dann auf vorgedruckten Formularen die Empfehlung für die Werft. Es wird ihnen dann angeboten, diese Empfehlung nur dem Beamten auf dem Werfbureau zu zeigen und sie zwischen die Invalidentarte zu legen, der Beamte würde schon Bescheid. Weiter empfiehlt ihnen der Geschäftsführer des Nationalen Arbeitervereins, der Hirsch-Dunckerschweig-Werft, daß er selbst auch angehören, beizutreten. Die Werftleitung machte in einer einmütigen angenommenen Protestresolution die Werftleitung verantwortlich für diese Verbrechen, die ein Attentat auf das Konstitutionsrecht und einen Verstoß gegen die Reichsgesetze — § 152 der Reichsgewerbeordnung — bedeuten. Sie lehnte es ab, durch den Arbeitsauschuss bei der Werftleitung vorstellig zu werden, da man überzeugt sei, daß der nationale Arbeiterverein zu seinem Vorhaben die Zustimmung von der Werftleitung erhalten habe. Die Versammlung

wandte sich nun direkt an das Reichsmarineamt, in der bestimmten Erwartung, daß dieses unerschrocken eintritt und dem Nationalen Arbeiterverein den Arbeitsnachweis für die Werft entziehen werde. Der Reichsanwalt Beulien erklärte sich bereit, die Resolution persönlich dem Chef des Reichsmarineamtes zu übermitteln.

Arbeitsentlohnung. In den Viktoriaschiffbauwerken in Nürnberg haben die Arbeiter wegen Abschneidungen die Arbeit niedergelegt.

Blauarbeitersstreik. Die Arbeiter der vier Blauarbeitersfabriken von Klenkenhofen, im Kreise Wismar, sind Montag in den Streik eingetreten. Die Arbeiter der Bremer Filiale werden in einen Sympathiestreik eintreten. Obgleich die Arbeiter Verhandlungen anzubahnen versuchten, wurden sie brüskt abgewiesen.

Der Kampf der Eisenbahnarbeiterschaft in Göttingen ist in ein neues Stadium getreten. Die Arbeiter sind noch die Arbeiter und einige der tüchtigsten Materialmänner den Betrieb verlassen. Da die Arbeit drängt, befindet sich der Unternehmer in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Die Direktion macht eine Einigung dadurch unmöglich, daß sie sich weigert, ihr Verlangen, Austritt aus der Organisation, zurückzusetzen. Daß sie in ihrer Härte nicht durch das Verhalten der Behörden erhalten wird, ist ein Schicksal an einen Arbeiter, in dem es heißt: „Vom Bahnhof bis zu unserer Fabrik stehen immer noch einzelne Streikposten, wir machen aber darauf aufmerksam, daß Sie sich von diesen nicht abhalten lassen brauchen, da Sie genügend Schutz bei den hier stationierten Gendarmen finden.“

Daß die Gendarmen glauben, nur zum Schutze der Arbeiterwilligen da zu sein, geht schon daraus hervor, daß sie bei Uebertritt dieser immer ruppig und provozierend auftreten. Elemente nicht eingeweiht, sondern den Streikposten in solchen Fällen den Rat geben, sich nicht hinzustellen.

Die Tarifverhandlungen im Berliner Glasergewerbe, die gestern vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts fortgesetzt wurden, sind abermal verlag worden, da über die Beteiligung verschiedener Verleinerungen in dem Tarifvertrag der Unternehmerrganz keine Uebereinstimmung herbeiführen werden konnte. Die Vertreter der Arbeiter hatten gegen die Verlegung protestiert und wünschten, daß wenigstens die bisher durchberatenen Punkte erledigt würden. Die Unternehmer begnügen sich die Verlegung damit, daß sie erst mit ihren Mandatgebern Rücksprache machen.

Der Streit auf den anatolischen Eisenbahnen rñ das Verdröhte deutsche Kapital. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung haben die Streikenden der anatolischen Bahnen, gestern die Direktion abgeseigt und führen den Betrieb in eigener Regie weiter. Der deutsche Botschafter verlangt von der Pforte ein energisches Vorgehen gegen die Streikenden. Diese Intervention erklärt sich daraus, daß die Deutsche Bank in hohem Grade an dem Unternehmen interessiert ist.

Hus der Partei.

St. Zur Budgetbewilligungsfrage. Im Sozialdemokratischen Verein in Prag rñt der Genosse Rosenwald die bayrische sozialdemokratische Landtagsfraktion wegen der Zustimmung zum Finanzgesetz scharf an. Gaufriseur Walter trat ihm entgegen. Der Saal sei mehr Bezeichnung bezeugt worden als sie verdienen. Im übrigen habe die Fraktion nicht anders handeln können, als daß, was sie durch geschicktes Operieren für die Arbeiter und Weantien herausgeschlagen, auch in der Endabstimmung zu sichern. In der sehr lebhaften Debatte stellte sich die Mehrheit der Redner auf die Seite der Fraktion.

In Erlangen, wo schon neulich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins sich mit der Budgetbewilligung einverstanden erklärte und die Haltung der Fr. Tagespost in dem Budgetstreit vollkommen billigte, hat nun auch eine Volksversammlung, in der Bericht über die Landtagsstätigkeit erstattet wurde, ihre Billigung der Abstimmung erklärt.

Berichtslegung. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 210 der Leipziger Volkszeitung vom 10. September d. J. befindet sich unter der Rubrik „Aus der Partei“ folgende Notiz:

„Auch in Stuttgart-Land liegt nunmehr das Resultat der Delegiertenwahl zum Parteitag vor; nach dem Gesamtergebnis erhielt der Genosse Wilmeyer, ein ausgesprochener Gegner des Revisionismus, 1907, der Resolution Genosse Walfisch dagegen nur 230 Stimmen. Ob die Württembergische Partei mit dieser „Stimmung der Arbeiter“ zufrieden sein wird?“

Diese Notiz ist in ihren Schlussfolgerungen vollständig falsch! Das man mit der Verbreitung derartiger Berichte eine bestimmte Absicht verfolgt, geht aus einem ähnlichen Bericht hervor, der in Nr. 205 des Vorwärts vom 2. September erschienen ist.

Auch in diesem Bericht werden Schlussfolgerungen gezogen, die man in den Berichten der Stuttgarter Parteileitung nicht zu ziehen wagt und die nur zu deutlich die Absicht der Einseitigkeit erkennen lassen. Da uns der Raum des Vorwärts zu wertvoll schien und wir seine Verbreitung nur für einen Zeitgenossen halten wir sie durchgehen. Aus der Notiz in der Stuttgarter Parteileitung geht hervor, daß es sich um systematische Arbeit handelt. Soweit diese sich gegen den Unterzeichneten richtet, würde er darauf nicht eingehen, weil sich in den zukünftigen Stuttgarter Parteiversammlungen Gelegenheit bietet, diese Sorte von Berichten in das richtige Licht zu stellen. Es findet aber eine systematische Verleumdung der Parteipresse und der Parteigenossen statt und daher muß im Parteiinteresse eine Klärung erfolgen.

Unersichtlich ist es, wie das Abstimmungsergebnis den betreffenden Berichtsführer veranlassen konnte, die Schlussfolgerung zu ziehen: „der Revisionist Walfisch“ usw. Es ist hier ausdrücklich festgestellt, daß die Diskussion über die Budgetbewilligung erst einsetzte, nachdem die Kandidaten zur Delegiertenwahl schon aufgestellt waren und daß die Diskussion ferner erst nach der vollzogenen Wahl brandet wurde. Zur Frage der Budgetbewilligung habe ich mich mit meinem Worte äußern können, da ich in der ersten Versammlung, die sich mit dieser Frage beschäftigte, nicht ordnenweises war und in der zweiten noch so viel Redner eingeladen waren, daß sich eine Wortmeldung als zwecklos erweist. Die Versammlung, die am 28. Juli stattfand und in der die Kandidaten vorgeschlagen wurden, befähigte sich mit keinem Wort mit der Budgetfrage, sondern lediglich mit einigen Neuwahlen zum Vorstand und den Vorschlägen zum Parteitag. In dieser Versammlung fand nicht einmal eine sachliche Diskussion statt. Ich lehnte erst die Kandidatur ab, nahm sie aber dann schließlich an, nachdem von einigen Rednern darauf hingewiesen wurde, daß es nur von Nutzen sein könnte, wenn ein Genosse gewählt würde, der in den gewerkschaftlichen Kreisen nicht unbekannt ist, da in Nürnberg auch Stellung genommen werden mußte zur Frage der Delegiertenwahl. Diese Ausführungen und die eines anderen Redners, der nach den gemachten Vorschlägen durch die Empfehlung Wilmeyer wieder einmal einen Genossen zu wählen Partei und Gewerkschaft konstruieren wollte, veranlaßten mich zur Annahme der Kandidatur. Mit Parteigrüß!

Hus der Umgebung.

Schneiseid. Vom Rathaus. Wegen Reinigung der Diensträume und Erneuerung von Fußbodenanstrichen im Rathaus werden die Geschäftsstellen im 1. und 2. Obergeschoß (allgemeine Kasse, Armenamt, Polizeiverwaltung, Standesamt und Bauamt) Donnerstag, Freitag und Sonnabend, den 17., 18. und 19. September, die Geschäftsstellen im Erdgeschoß (Sparkasse, Gemeindefasse, Steuerentnahme und Meldeamt) Montag und Dienstag, den 21. und 22. September, geschlossen.

Drinksche Ungelenkenheiten werden an diesen Tagen für die Geschäftsstellen im 1. und 2. Obergeschoß von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und für die Geschäftsstellen im Erdgeschoß von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags erledigt.

Tausch. Die städtische Einkommensteuer auf den 2. Termin ist am 15. September fällt und spätestens bis 5. Oktober an die städtische Stadtsteuerbehörde zu bezahlen.

Hörsing = Ehrenberg. Eine neue Wahlrechtsverfassung. In seiner Sitzung vom 10. September hat der Gemeinderat das bestehende Gemeindewahlrecht noch weiter zu ungunsten der Arbeiterklasse verschlechtert. Statt des bisher bestehenden Dreiklassenwahlrechts ist das fünfklassenwahlrecht eingeführt worden und zwar in dem ausgesprochenen Zweck, die Vertreter der Arbeiterklasse, die Sozialdemokraten, aus dem Gemeinderat zu entfernen. Als unsere Genossen im Gemeinderat diese neue Wahlrechtsverschlechterung sofort geißelten und die hiesigen Arbeiterklasse nicht abhalten konnten, wachte keiner dieser Herren, diese neue Vergeßlichkeit der Arbeiterklasse zu verteilen und gegen vier Stimmen wurde das neue Wahlrecht zum Gesetz erhoben. Es sind also mit dieser neuen Vergeßlichkeit Gemeindeglieder erster bis fünfter Klasse geschaffen worden. Nach dem neuen Gemeindegliederwahlrecht werden nun unter den anstehenden Gemeindegliedern solche erster Qualität (Wähler der 1. Klasse) sein diejenigen, die über 180 Mk. Einkommensteuer zahlen. Das sind im ganzen Orte 24 Mann, das heißt mit dem großen Geldbeutel, den die Herren natürlich durch eigenen Schwelch gefüllt haben. Dann kommen die anstehenden Einwohner zweiter Güte, das heißt die Wähler der 2. Klasse. Das sind die, so da 50 bis 150 Mark Steuern zahlen, zusammen 26 Mann. Ihnen folgen die anstehenden Einwohner dritter Güte, die Wähler der 3. Klasse, unter die alle Geworfenen wurden, die weniger denn 50 Mk. Steuern zahlen. Die Unanständigen bilden die 4. und 5. Klasse. Gemeindeglieder vierter Güte sind, so da über 20 Mk. Steuer zahlen, das sind 145 Mann im Orte — und Gemeindeglieder 5. und letzter Sorte sind, die weniger denn 20 Mk. Steuern aufbringen, das sind 205 Mann. Vertreten werden diese Klassen im Gemeinderat wie folgt: 1. Klasse (24 Wähler) 4 Vertreter oder auf 6 Wähler einer; 2. Klasse (26 Wähler) 3 Vertreter oder auf 12 Wähler einer; 3. Klasse (55 Wähler) 2 Vertreter oder auf 27 Wähler einer; 4. Klasse (145 Wähler) 2 Vertreter oder auf 72 einer und die 5. Klasse (205 Wähler) einen Vertreter. Also 6 Wähler der ersten Klasse haben genau so viel politisches Recht in der Gemeinde wie 205 Wähler der fünften Klasse. Eine schreiendere Ungerechtheit kann es wohl kaum geben. Aufanbe der Arbeiterklasse ist es nun, den Kampf gegen diese Vergeßlichkeit aufzunehmen und nach wie vor dafür zu sorgen, daß wenigstens die vierte und fünfte Klasse von Vertretern der Arbeiterklasse besetzt wird.

Zwenkau. Der Konsumverein für Zwenkau und Umgegend hielt am Sonntag nachmittags seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Dem vom Geschäftsführer Weber erstellten Geschäftsbericht zufolge stand das abgelaufene Vereinsjahr im Reiches des Fortschritts und der Aufwärtsbewegung. Die am 1. Juli 1907 vorhandene Mittalbezahl von 1290 vermehrte sich um 208, wohninnges 108 Genossen ausließen, der Verein sonach am 30. Juni 1908 1805 Mittalbezahl zählte. Die hohe Zahl der Ausgeschiedenen erklärt sich dadurch, daß gemäß einer Verfügung des Reichsregierung zwei Jahrgänge zur Berechnung kamen. Der ersetzte Barrensumme stiegerte sich von 480.085,48 Mk. im Vorjahre auf 545.424,77 Mk. im Berichtsjahre, das ist ein Mehr von 65.339,29 Mk. In der Wählerzeit gelang es, den jährlichen Umlauf 109.688,68 Mk. in diesem Jahre 140.292,54 Mk., das ist eine Steigerung um 30.603,86 Mk. Von dem gesamten Umlauf in Barkassen entfallen auf die Brudergemeinschaften Gausch und Böhl 42.281,98 Mk. gegen 30.642,33 Mk. im Berichtsjahre 1907. Das zu Anfang des Jahres in dem Betrieb aufgenommene Rollen-geld hat sich sehr gut entwickelt. Die Genossenschaft beschäftigte im Berichtsjahre außer 6 Näherinnen (Pelma-bettlerinnen) 33 Personen. An Steuern hatte der Verein 3820,45 Mk. zu entrichten. Kassierer Gauder erklärte ausführlich die einnehmenden Konten des mit einer Einnahme von 608.252,92 Mk. abschließenden Jahres-bereichs. Ausgegeben wurden 598.076,18 Mk., es verbleibt ein Kassensolvenz von 10.176,70 Mk. Der Geschäftsführer wies noch auf die drohende Umlaufsteuer und den streichlich über den Kampf mit dem Verband der Fabrikanten für Markenartikel hin, dabei betonten, daß sie hier der organisierte Konsum als ein nicht zu unterschätzender Wachstumsfaktor erwiesen habe. Den Beirathen der mittelsächsischen Arbeiter nach Unterdrückung der Konsumvereine könne ebenfalls nur durch festen Zusammenschluss aller Konsumenten begegnet werden. Genosse Sandler beantragte namens des Aufsichtsrats, dem Reichs der Decharge zu erteilen und den Geschäfts- und Kassensbericht richtig zu sprechen, was einstimmig geschah. Bekannt gegeben wurde der vom Verbandsrat Karl Hirsch in Dresden über die von ihm vorgenommene Revision verfaßte Bericht, in dem die finanzielle Grundlage der Genossenschaft als sehr gut bezeichnet wird. Der vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Verteilung des Reingewinns wurde wie folgt zugestimmt:

10 Prozent Dividende auf 461.238 Mk.	46.123,80 Mk.
7 „ Abschlagsdividende auf 20.055 Mk.	1.403,85 „
2 „ Nachzahlung auf 29.055 Mk.	581,10 „
Ueberrückung an den Reservecfonds . . .	500,00 „
„ „ Dispositionsfonds . . .	1.500,00 „
„ „ Störbefonds . . .	1.500,00 „
Entschädigung an die Verwaltung . . .	1.800,00 „
Summa: 58.588,74 Mk.	

Bei der nun folgenden Neuwahl zum Ausschussrat wurde Genosse Karl Hirsch wieder, Genosse Gustav Bernstein an Stelle des auf eine Wiederwahl verzichtenden Genossen Gustav Behner neugewählt. Die Beschlüsse haben im Wohnsitz in Röhla. Eine Anzahl Anfragen, Wünsche und Beschwerden, aus den Reihen der Versammelten vorgebracht, wurden vom Geschäftsführer beantwortet, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Babern. Die Geschäftsräume der Gemeindeglieder und Standesamtsverwaltung einschließlich derjenigen der Gemeindeglieder, Spars- und Steuerkasse und des Einwohnermeldeamts werden am Freitag, den 18. September, und am Sonnabend, den 19. September, für den öffentlichen Verkehr wegen vorzunehmender Reinigung geschlossen.

Für dringende Fälle wird das Standesamt an beiden Tagen voranmittags von 9 bis 10 Uhr geöffnet sein.

Eilenburg. Postagentur. Gestern ist in Röhlschau unter der Bezeichnung „Eilenburg 2“ eine für Fernsprechtelle eingerichtete, mit der Ortspostanstalt vereinigte Telegraphenbetriebsstelle für den allgemeinen Verkehr und eine öffentliche Sprechstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden. Postleistungen werden nicht ausgesetzt. Die Bestellung von Röhlschau wird wie bisher durch die Landbriefträger des Postamtes 1 Eilenburg besorgt. Die Agentur ist dem Kaufmann Freitag, in dessen Hause Dübener Straße sie sich befindet, übertragen worden.

Ueberrückung. Gestern ist in Röhlschau unter der Bezeichnung „Eilenburg 2“ eine für Fernsprechtelle eingerichtete, mit der Ortspostanstalt vereinigte Telegraphenbetriebsstelle für den allgemeinen Verkehr und eine öffentliche Sprechstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden. Postleistungen werden nicht ausgesetzt. Die Bestellung von Röhlschau wird wie bisher durch die Landbriefträger des Postamtes 1 Eilenburg besorgt. Die Agentur ist dem Kaufmann Freitag, in dessen Hause Dübener Straße sie sich befindet, übertragen worden.

Biederwitz. Gestern ist in Röhlschau unter der Bezeichnung „Eilenburg 2“ eine für Fernsprechtelle eingerichtete, mit der Ortspostanstalt vereinigte Telegraphenbetriebsstelle für den allgemeinen Verkehr und eine öffentliche Sprechstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden. Postleistungen werden nicht ausgesetzt. Die Bestellung von Röhlschau wird wie bisher durch die Landbriefträger des Postamtes 1 Eilenburg besorgt. Die Agentur ist dem Kaufmann Freitag, in dessen Hause Dübener Straße sie sich befindet, übertragen worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Wahrt in Großschloßberg. Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Pillar in Borsdorf-Weitzsch. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittgensteinsche. Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

Oeffentliche politische Versammlung.
Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr

Parteiversammlung

für den XII. und XIII. Kreis
im Saale des Sanssouci, Leipzig, Elsterstraße.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Nürnberg. 2. Diskussion. 3. Partei-Angelegenheiten.
Die Versammlung wird pünktlich 8 Uhr eröffnet.

Die Vorkände der Sozialdemokratischen Vereine für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis.
S. A.: K. Ryssel, L.-Kleinzschocher, Limburgerstraße 21.

Metallarbeiter-Verband.
Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32
Partal rechts, l.
Bürozeiten vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 3784. [19601.]

Freitag, den 16. Oktober, abends 9 Uhr
General-Versammlung
im Sanssouci, Elsterstrasse.

Metalldrucker. Sonnabend, den 19. September 1908, abends 8 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Gewerkschaftliches.

Metallformer u. Giessereiarbeiter.
Sonnabend, den 19. September 1908, abends 9 Uhr: **Oeffentliche Versammlung** im Volkshaus, Zeitzer Strasse 32. T.-O.: Vortrag: Die gegenwärtige Krisis und deren Nachteile für die Arbeiter. Ref.: Gen. Schuchardt. 2. Allgemeines.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Altes Theater. Sonntag, den 20. und 27. September, nachmittags 3 Uhr, Graf Eber. von S. Laube. Doppelpflege 1.20 Mk. Einfache Plätze 60 Pf. Galerie 15 Pf.

Thomaring-Theater. Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, Vater und Sohn. Lustspiel von Gimmann. Doppelpflege 1.20 Mk. Einfache Plätze 60 Pf. Num. Galerie 30 Pf.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, Vater und Sohn. Lustspiel von Gimmann. Doppelpflege 1.20 Mk. Einfache Plätze 60 Pf.

Karten sind zu haben: Volksbuchhandlung, Landauer Straße, in den Filialen: Volkshaus, Zeitzer Str. 32, Leusch, Hauptstr. 58, Volkmarzdorf, Elisabethstr. 19a. Eutrich, Grunewaldstr. 1, Hobitz, Lindenb. Str. 12, Eugen Diebe, Thonberg, Reichenb. Str. 38, M. Georg, Kleinzschocher, Diebstaustraße 31, Lindenau, Bibliothek, Merseburger Straße 45. — Dienstag abends im Buchbinderverband, Reudnitz, Grenzstraße, im Buchdruckhilfsarbeiterverband, Panitzsch, Dresdener Straße, Verein Leipziger Buchdruckerhilfen, Brüderstraße 9, in den Verbandsbüros im Volkshaus sowie bei den Vertretern der Ortsvereine.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Vorstellungen im Alten Theater 3 Uhr beginnen.
Die Theater-Kommission.
1908/9

Billige, gute Bilder
verkauft der
Leipziger Dürerbund
auf dem
Messplatz
rechte Nebenreihe
gegenüber der Turnhalle.

Gute Anzug-Stoffe
werden bis Ende der Messe v. Ulitz abgegeben. [19840]
23 Pfannenschmidt, Hainstr. 23 (Hausfur).

Verband d. Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe Leipzigs
Sektion I. Stein- und Notendrucker.
Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr
Sektions-Versammlung
im grossen Saale des Volkshaus, Zeitzer Strasse 32.
Tagesordnung: 1. Die Unternehmer-Verbände und deren Kampfmittel. Referent: Kollege Pfeiffer.
2. Bericht über den Bezirkstag. 3. Gewerkschaftliches. [20550]
Um zahlreiches Erscheinen bittet Das Agitationskomitee.

Sonnenhof, L.-Plagwitz
an der Kirche.
Einladung! Morgen Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr [20521]
Rebhorn-Essen.
Hochachtungsvoll H. Dümpel, früher Terrasse, L.-Kleinzschocher.

Dr. Thompson's Seifenpulver
part
Arbeit, Zeit, Geld.
1/2 T. Paket 15 Pfg.



Steinarbeiter.
Donnerstag, den 17. September, abends 7 Uhr
Versammlung
im Volkshaus.
Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zur Ablehnung des Vertrauensmannes von Seiten der Innung. 2. Gewerkschaftliches. [20533]
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen.

Echte UNION-LIKÖRE
und
echte Union-Kornbranntweine.
die besten und feinsten Qualitäten
überall zu haben.
Verkaufsstelle: **Fabrik Union, A.-G.**
Leipzig, Windmühlenstr. 18 Meckau-Leipzig.

Familienanzeigen.
Für die uns aus Anlass unserer Silberhochzeit zuteil gewordenen Ehrungen sagen allen hierdurch unsern herzlichsten Dank. [20534]
L.-Eutritzsch, 15. Sept. E. Nietzschmann nebst Frau

Europäische Börsenhalle
Katharinenstrasse 12.
Täglich grosses Konzert des ungar. Tamburitzza-Ensembles „Hungaria“.
6 Damen, 4 Herren.
Sonntags vormitt. 11-1 Uhr, nachmittags: 4-12 Uhr, an den Wochentagen 5-12 Uhr. W. Paes.

Touristentaschen, Rucksäcke
zu Bergtouren unentbehrlich
empfehlen in größter Auswahl von 1.25 an
sowie sämtliche [8008*]
Reisefartikel und ff. Lederwaren
Windmühlen- Karl Bleich Tauchaer
strasse 32 Strasse 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reisefartikel.



Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß heute nachmittags 3/8 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau
Minna Kuhl verw. Friedland geb. Regel
im kaum vollendeten 40. Lebensjahre nach langem Leiden sanft entschlafen ist. [20557]
Lindenau, Merseburger Str. 136,
den 15. September 1908
Ferdinand Kuhl nebst Kindern.
Beerdigung: Sonnabend vorm. 1/9 Uhr vom Trauerhause.

Bären-Schänke
Empf. meine Lokalt. m. Gesellschaft.
ff. Here u. Sp. isen (tägl. Spezialger.).
Nikolaistr. 15. Tel. 2765. * Ergebenst **Joseph Lippert.**

Originell! **Eisgrotte.** Neu renoviert!
Café u. Obstwolschänke, Hohe Strasse 6, Nähe Bayr. Bahn.
Geöffnet ab früh 4 Uhr. [20127] * **Franz Richter.**

Raucht Réunion-Cigaretten
Genau nach Gairo Art.
VINETA N°30 3PF
„HARMONIE“ - 2PF



Nach schwerem Leiden entschlief gestern mein geliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Schwiegerohn
Johannes Walter Krausse
im 31. Lebensjahre.
Im tiefsten Schmerze zeigt dies im Namen der übrigen Hinterbliebenen nur hierdurch an
L.-Lindenau, Leuschstr. 65, 15. Sept. [20529]
Emma Krausse geb. Wego.
Die Beerdigung findet Freitag, mittags 12 Uhr, von der Halle des Lindenauer Friedhofs aus statt.

Vater Jahn, Lindenau
Morgen Donnerstag
Gr. Nachtschlachtfest mit Freikonzert.
Für K. Getränke ist bestens besorgt.
20540] Ergebenst **Wilh. Bittner.**



Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß unser lieber, guter
Walter
gestern nachmittags 5 Uhr nach langem, schwerem Leiden im Alter von 18 Jahren im Krankenhaus St. Jakob verschieden ist. Dies zeigen in tiefstem Schmerze an
L.-Kleinzschocher, Dieberstraße 62, III. [20564]
Louis Bauch nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes L.-Kleinzschocher aus statt.

Felsenkeller Plagwitz
Morgen Donnerstag [20548]
Grosse Gala-Soiree der Seidel-Sänger.
Neu einstudierte Schlager.
Hierauf: **Vornehmste Ballmusik des Westens.**
Anfang 8 Uhr. Felsenkellerkarten gültig. Entree 30 Pf. Ergebenst ladet ein **Joan Stoppler.**



Rohrkörbe aus ganzen Hochstangen gearbeitet, billigste für jeden Wirtschaftsbetrieb, 3mal länger haltbar als Weidenkörbe; dabei leicht und annehmlich. Kaufs direkt von der Hochstahlfabrik
Julius Treibbar, Grimma 102.



Merseburger Biere sind die besten und bekömmlichsten.

Politische Uebersicht.

Die Niedergerittenen.

Am 15. September hatte sich die Bevölkerung des durch den Tod unseres Genossen Ehrhart verwaisten Reichstagswahlkreises Speier-Ludwigshafen zu entscheiden, ob das Mandat in Zukunft von einem unternationalliberalen Plaque segelnden Reaktionär oder wie bisher von einem Sozialdemokraten ausgeübt werden soll. Die Wählerschaft hat eine unzweideutige Antwort gegeben — der sozialdemokratische Kandidat ist mit einer gewaltigen Stimmenmehrheit aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Auf den Kandidaten unserer Partei, den Genossen Hinder, Magistratsadjunkt in Ludwigshafen, entfielen 21 837 Stimmen, während für den Gutsbesitzer Buhl in Deidesheim, den Erfahrenen der Nationalliberalen und Agrarier, nur 12 507 Stimmen abgegeben wurden. Bei der letzten Reichstagswahl im Januar 1907 hatten nur 18 539 Wähler ihre Stimmen auf den „roten Pfalzarafen“ vereinigt, die Nationalliberalen erhielten damals 13 708 und das Zentrum 8169 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Genosse Ehrhart mit 21 826 Stimmen über seinen Gegenkandidaten, der 15 794 Stimmen erhielt. Gegen die Hauptwahl 1907 hat demnach die Sozialdemokratie in der jetzigen Nachwahl mehr als 3000 Stimmen gewonnen, während die Reaktionäre weit über 1000 Stimmen eingebüßt haben. Dieser Erfolg ist um so höher einzuschätzen, als im allgemeinen bei Nachwahlen infolge der größeren Wahlflaute mit einem Stimmenrückgang zu rechnen ist.

Der Wahlausfall ist wesentlich mit beeinflusst worden durch die Haltung des Zentrums, das für seine Parteilager-Wahlenthaltung zur Parole gemacht hatte. Die Vorgänge, die der gestrigen Wahlschlacht vorausgingen, sind noch in frischer Erinnerung. Die Nationalliberalen und ihre agrarisch-konserverativen Verbündeten glaubten nach dem Tode Ehrharts das Mandat so gut wie sicher in der Tasche zu haben, hielten es aber doch für alle Fälle für zweckmäßig, der Wählerschaft einen Kandidaten zu präsentieren, der noch nicht in dem Maße diskreditiert war, wie der Millionäre Buhl, und auf den sich womöglich auch das Zentrum einigen konnte. Man ließ deshalb den zuerst für die Kandidatur angetretenen Lehrer Wehl und den liberalen Renommierpflaster Tremmel-Volsbach fallen, um in der Person des 12 000-Mark-Wrasen Pogodinsky eine allseitig genehme Persönlichkeit zu präsentieren. Die Zentrumspresse vom Schlage der Germania und Kölnischen Volkszeitung legte sich auch bereits lebhaft für den ehemaligen Minister gegen Sozialpolitik ins Zeug, die örtlichen Instanzen der Zentrumspartei ließen aber zu guter Letzt den schönen Plan noch ins Wasser fallen und proklamierten Wahlenthaltung.

War so die Situation für unsre Genossen auch verhältnismäßig günstig, so ist doch der glänzende Erfolg nicht allein auf diese parteipolitische Konstellation zurückzuführen, wie schon ein oberflächlicher Blick auf das Stimmenverhältnis von 1907 und jetzt beweist. Der Wahlkampf wurde vor allem im Zeichen der bevorstehenden Reichsfinanzreform geführt. Und gerade deshalb hat der Wahlausgang eine erhöhte Bedeutung. Schon bei der in der vergangenen Woche vollzogenen Ersatzwahl in Wolfenbüttel-Gelnstedt mußte der blockparteiliche Kandidat einen erheblichen Stimmenrückgang buchen, während der Stimmenverlust der Sozialdemokratie nur verhältnismäßig geringfügig war, was abendrein seine Erklärung in den schwierigen Verhältnissen des fast rein ländlichen Wahlkreises fand. Jetzt kam die Reaktion tränenden Auges eine neue Niederlage verzeichnen. Das Volk hat sein Verdikt gefällt und den Verbündeten der Volksauflöser und Volkstrenter das Urteil gesprochen.

Deutsches Reich.

Der entgleiste Dieb.

Als wir kürzlich den Alldeutschen Verbandstag nach Verbleib und Sprache wie unsere Verwunderung darüber aus, daß diesmal, wenigstens nach den offiziellen Berichten, dem Reichsverbandsgeneral Diebert, keine einzige der rednerischen Entgleisungen passiert zu sein scheint, die ihm sonst bei jeder Gelegenheit, wo er nur den Mund aufklopft, von seinen innigsten Freunden nachgelegt werden. Aber wir hatten uns getäuscht! Auf dem Sedankommers des Alldeutschen Verbandes in Potsdam, wahrscheinlich in ebenso patriotisch wie alkoholisch angeregter Stimmung, hat er nämlich alle Mahnungen zur Vorsicht in den Wind geschlagen und folgendes ausgeföhlt:

Seban bedeutet auch den Sieg des Germanismus über das Romanentum. Mit Seban wurde die französische Welt herrschaft gebrochen und Deutschland begann Weltmacht zu werden. Ferner bedeutet Seban den Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, vor allem aber schuf es uns das protestantische Kaiserturn und brachte uns das einst verlorene Land an den Bosgen wieder.

Was der gute Diebert damit wieder angerichtet hat, ist deutlich aus dem Urwilde zu sehen, mit der ihm die Kölnische Zeitung den Text liest:

Wenn diese Worte wirklich gefallen sind, so würden wir sie lebhaft bedauern; denn die Schlacht von Seban war kein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, sondern ein Sieg deutscher — katholischer und protestantischer — Soldaten über das französische Heer. Das Kaiserturn aber, das aus diesem Siege entwandten ist, ist kein protestantisches, sondern ein deutsches. Unser Verbannener wird leider von den Vätern des Zentrums nicht geteilt. Ihnen ist ein großes Glück widerfahren, da sie aus den Rednerungen des Generals v. Diebert eine Bekräftigung für ihre Behauptung entnehmen können, daß der Protestantismus den Kaiserturn in Deutschland zurückzubringen und zu unterdrücken trachtet. Die Kölnische Volkszeitung und die Germania müßten sich dabei allerdings daran erinnern, daß General v. Diebert nicht zum ersten Male rednerisch entgleist ist.

Sträflicher kann man nicht abgeschikelt werden. Das hindert aber die Parteifreunde der Kölnischen Zeitung nicht, sich bei jeder Gelegenheit der Unterstützung der Reichsverbänder zu bedienen, obwohl diese, ganz ihrem Oberhauptling angemessen, mit der Sprache viel häufiger noch die Wahrheit entgeissen lassen.

Wegen Sozialdemokraten ist aber diese Methode bei den Nationalliberalen sehr beliebt.

Ein Andenken an die südafrikanische Spritkur.

Herr Dernburg soll nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse infolge der schweren Strapazen seiner südafrikanischen Reise krank in die Heimat zurückgekehrt sein. Er leidet angeblich an einer schmerzhaften Nerventzündung in den Armen, die sich schon während seiner Aufenthalts in Windhof eingestellt, und die bürgerlichen Eschmads preisen es als ein ganz besonderes Verdienst, daß der Staatssekretär trotzdem sämtliche Empjänge und die ihm zu Ehren veranstalteten Begrüßungsfeiern über sich habe ergehen lassen. Nach einer andern Lesart war Dernburg am sogenannten „roten Hund“ in Südafrika erkrankt, einer Hautkrankheit, die infolge Hitze und des ungewohnten Wassers in den Tropen leicht entsteht, wozu sich eine Venenentzündung mit Schwellung der Hände gesellte.

Durch diese Meldungen erhält der neueste Speech Dernburgs über das Reichstagswahlrecht erst seine richtige Beleuchtung. Offenbar tangten den „freimütigen“ Staatsmann — eine Wirkung des „roten Hundes“ — rote Dichter vor den Augen, als er sich über den schädlichen Einfluß der „besiglofen, begehriichen Klassen“ auf die Politik des Reichs entriüstete.

Is der Flottenverein ein politischer Verein?

Zu dieser Frage nimmt im letzten Heft der Zeitschrift: Das Recht, der bekannte Professor Stier-Somlo Stellung und kommt zu ihrer Bejahung. Da der Flottenverein eine „Einwirkung auf politische Angelegenheiten“ bezweckt und es im § 2 der Vereinsstatuten heißt, daß „das Verständnis und das Interesse des deutschen Volkes für die Bedeutung und die Aufgaben der Flotte geweckt, gepflegt und gestärkt“ werden muß, so gehört nach Stier-Somlo nach § 3 des Reichsvereinsgesetzes zu den politischen Vereinen. Ueber den Begriff der „Einwirkung“ nach dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes führt er aus:

Wer auf Bestand und Entwicklung, insbesondere den schnellen Ausbau der Flotte Einfluß ausüben will, muß diesen geltend machen gegenüber den verfassungsmäßig festgelegten Einrichtungen unserer staatlichen Organisation. Es braucht hierbei aber nicht eine unmittelbare Beeinflussung statzufinden, es genügt eine mittelbare, indem das Interesse des deutschen Volkes geweckt und erhöht und zu Taten angespornt wird, die sich in der Richtung der Flottenvermehrung bewegen. Weil ein starkes Nationalgefühl und ein Ausbau der Flotte immerhin in ursächlichem Zusammenhang stehen, ist die Aufgabe, die sich der Flottenverein setzt, das Nationalgefühl zu heben, an sich nicht minder politischen Charakters. Auch dieser Darlegung bedürfen die Herren vom Flottenverein nicht zu befürchten, daß sie von den Behörden für politisch erklärt werden und die zahlreichen Mitglieder, unter denen sich bekanntlich sehr viele Schüler befinden, ausschließen müssen. Nur „antinationalen“ Vereinen erlaubt so ein Schicksal.

Die Gesellschaften an der Arbeit.

Die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft hat, wie wir der Berliner Börsenzeitung entnehmen, an den Reichskanzler eine Eingabe erichtet, worin sie der Erwartung Ausdruck gibt, daß an die Anerkennung Waisen Kassen geknüpft unerschließbare und unberechnete Bedingungen Frankreichs entschlossen auf das richtige Maß zurückgeführt werden, und schließlich an, daß sie mit anderen, gleichstrebenden Körperschaften in Deutschland forsichren wird, Handel, Industrie und Landwirtschaft auf den hohen, historischen Kulturwert Marokkos hinzuweisen und der wirtschaftlichen Ermäßigung dieses reichen, zu allen Zeiten umstrittenen, aber immer selbständig gebliebenen Landes die Wege zu enen.

Das ist eine ganz gewissenhafte Sache, deren Befolgung Deutschland in Verwendungen in ganz unabweisbarem Umfang bringen würde. Die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft ist eine Interessentengruppe, die die französische Konkurrenz in Marokko gerne los sein möchte. Damit einer Handvoll Kapitalisten der Weg gebahnt wird, auf dem sie Reichstümer zu erwerben hoffen, soll Deutschland direkt in einen Konflikt mit Frankreich hineingetrieben werden. Man wird zunächst abwarten müssen, wer diese anderen, gleichstrebenden Gesellschaften sind, auf deren Unterstützung man rechnen.

Zu dem sogenannten „kleinen Befähigungsnachweis“.

der am 1. Oktober in Kraft tritt, veröffentlicht die bürgerliche Presse folgende Leitätze zur Orientierung:

A. Wer darf sich vom 1. Oktober ab Meister nennen? 1. Wer vor dem 1. Oktober 1877 geboren ist und am 1. Oktober 1901 selbständig ein Handwerk ausübte und das Recht, Lehrlinge anzuleiten, besaß (siehe C), darf sich Meister nennen. 2. Wer nach dem 1. Oktober 1877 geboren ist, muß die Meisterprüfung gemacht haben, will er sich Meister nennen. Er kann es dann, auch wenn er nicht selbständig ist. 3. Zur Meisterprüfung zugelassen wird „in der Regel“ nur, wer eine Gesellenprüfung bestanden hat. In geeigneten Fällen sind Ausnahmen gestattet, namentlich für den, der bereits geraume Zeit hindurch als selbständiger Handwerker oder als Werkmeister tätig gewesen ist. B. Wer darf vom 1. Oktober ab Lehrlinge anleiten? 1. Wer vor dem 1. Oktober 1879 geboren ist und am 1. Oktober 1903 schon Lehrlinge anleiten durfte (siehe C), erhält auf Antrag auch weiter das Recht dazu. 2. Wer in der Zeit vom 1. Oktober 1879 bis 1. Oktober 1884 geboren ist und am 1. Oktober 1903 (siehe C) das Recht zur Anleitung von Lehrlingen besaß, kann es von der untern Verwaltungsbehörde auch weiter verlieren bekommen. 3. Wer nach dem 1. Oktober 1884 geboren ist, muß die Meisterprüfung gemacht haben, ehe er Lehrlinge anleiten darf. C. Wer durfte bisher Lehrlinge anleiten? 1. Wer vor dem 1. April 1884 geboren war, durfte mit 24 Jahren Lehrlinge anleiten, wenn er entweder zwei Jahre gelernt (Gesellenprüfung war nicht nötig) oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt hatte. 2. Wer nach dem 1. Oktober 1884 geboren ist, muß Meister sein.

Wie Durle angeordnet werden.

s. Der Ingenieur Carl Bretschneider hatte in einem Breslauer Cab eine Dame der Halbwelt kennen gelernt, für die die Beche bezahlt und war mit ihr auch im üblichen handeltreibend geworden. Während die Schöne das Lokal verließ, hatte der „Mawier“ noch einige Minuten Aufenthalt im Cab. Draußen vor der Tür ließ das Mädchen mit dem Regierungsrat Schneider zusammen, der kurz entschlossen die kleine Wenus für seine Zwecke zu fapern gedachte. Aber während der Verhandlungen kam Bretschneider aus dem Lokal und nun gab es zwischen den beiden „Gebildeten“ eine heftige Auseinandersetzung. Zu einer eigentlichen Schlägerei kam es nicht, weil der frägrige Ingenieur dem Regierungsrat den Spazierstock abnahm. Aber der Regierungsrat war Meisteroffizier und die Folge des an sich harmlosen Zusammenstoßes war ein Pistolenschuß, das allerdings unblutig

verließ. Die Sache kam an die Öffentlichkeit und eine der letzten Strafkammerverhandlungen in Breslau verhandelte gegen Bretschneider wegen Zweikampfs. In der Verhandlung wurde bekannt, daß die ganze Affäre dem Ehrenrat vorgelegt habe, und daß dieser das Duell als nötig bezeichnet. Der Ingenieur erhielt drei Monate Festungshaft, während der „beleidigte“ Regierungsrat seine Aburteilung vom Kriegsgericht erwartete. Wir teilen diese Episode aus einem Kulturstaat nur deshalb mit, um unseren Lesern zu zeigen, daß selbst eine „niedere“ Dirne die Veranlassung geben kann, ein paar Geistes- und Feste ins Verleits — sonst sind es immer höher geborene — zu befördern. Uns kann's recht sein.

Berlin, 16. September. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, Breitenbach, hat an sämtliche Betriebsdirektionen der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft folgenden Erlaß gerichtet: Bei der Vergabung von Lieferungen erachtet es geboten, auf den derzeitigen Preisrückgang der meisten Materialien Rücksicht zu nehmen. Ich erwarte daher, daß von dem Königl. Eisenbahnenzentralamt und den Königl. Eisenbahndirektionen die Marktlage sorgfältiger Beobachtung unterzogen wird und daß namentlich bei freihändiger Beschaffung noch vertragsfreie Materialien, der derzeitigen Konjunktur entsprechend, ermäßigte Preise vereinbart werden.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Bolivien sind zum Abschluß gelangt.

Die Rentenquote-Kommission ist zur Fortsetzung ihrer Beratungen für den 12. Oktober zusammenberufen worden. Wahrscheinlich werden um diese Zeit auch die übrigen Kommissionen wieder zusammengetreten.

Ein Angriff auf das Budgetrecht des Reichstages? Die National-Zeitung veröffentlicht heute folgende Notiz:

Einige Blätter hatten aus der bekannten Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung herausgesehen, daß die Regierung einen Angriff gegen das Budgetrecht des Reichstages plane. Demgegenüber sei festgestellt, daß derartige Pläne selbstverständlich in keiner Weise bestehen. Im Gegenteil, das Budgetrecht des Reichstages soll eine neue Grundlage und einen festen Ausbau erfahren.

Dies heißt es, begehen die Augen offen zu halten! Denn was es in Deutschland im Zeichen der Wodpolitik bedeutet, wenn etwas auf eine „neue Grundlage“ gestellt werden soll, weiß man aus vielen Beispielen zur Genüge.

Ein liebliches Gebilde soll sich nach einer Meldung des Lokal-Anzeigers unter Eydows neuen Steuern befinden, nämlich eine Verbindung der Wehrsteuer mit der Erbschaftsteuer, die damit anscheinend den Zuckern mit dem „germanischen Familiengedöf“ schmachtet gemacht werden soll. Man will nämlich von den Nachläffen derjenigen männlichen Personen, die ihrer Militärpflicht nicht genügen, eine entsprechend höhere Erbschaftsteuer erheben!

Dieses Bündchen schickte gerade noch! Wir wollen erst mal abwarten, ob es sich beständig!

Eine hübsche Illustration zu der „altpreussischen Sparsamkeit“, die kürzlich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung für die künftige Zeit angekündigt, gibt eine Meldung der Germania; danach sollen nämlich an die höheren Beamten größere Zuwendungen als Repräsentationsgelder gemacht werden. Jeder Regierungspräsident soll dazu 8000 Mark erhalten; ferner sollen größere Zulagen an die die Regierungspräsidenten vertretenden Oberregierungsräte, welche höheren Rang für sie in Aussicht genommen sind, während die übrigen Oberregierungs- und Regierungsräte nicht aufgebessert werden. Wesentliche Gehaltssteigerungen seien auch für die Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren geplant, während die vortragenden Räte fast leer ausgehen.

In den Armen liegen sich beide. Auf dem am Sonntag in Darmstadt abgehaltenen nationalliberalen Parteitag für Hessen teilte der Landtagsabgeordnete Osann offiziell mit, daß seine Partei mit dem Zentrum in Mainz und Offenbach für die Landtagswahlen Wahlbündnisse abgeschlossen habe „unbeschadet der Wodpolitik im Reichstage“. Der Kompromiß ist so geacht, daß die Nationalliberalen in Offenbach Land für das Zentrum und dieses in Offenbach Stadt für die Nationalliberalen stimmen, während die beiden Mainzer Mandate geteilt werden sollen.

Wenn es gegen die Sozialdemokraten geht, finden sich die eblen Brüder trotz aller Käufereien um die staatliche Futterkrippe noch stets zusammen. Der Haß gegen die Arbeiterpartei wird sie auch bei allen größeren Kämpfen der Zukunft, „unbeschadet der Wodpolitik im Reichstage“, wieder zusammenführen.

Landtagsabgeordneter Gilsch f. In Dortmund ist der Landtagsabgeordnete und frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Gilsch gestorben. Der Verstorbenen war der Typus eines parlamentarischen Vertreters des Großkapitals. Seine Aufgabe war, die Interessen des rheinisch-westfälischen Großkapitals zu vertreten, und das hat er in der rückstichlosesten Weise getan. Das mit war auch seine Stellung zu Arbeiterfragen gegeben — ein Reaktionär vom Scheitel bis zur Sohle.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Landtagswahl, „reform“.

Wien, 15. September. Ministerpräsident Beck erklärte heute gegenüber einer sozialdemokratischen Deputation, daß die interministeriellen Verhandlungen über die Landtagswahlreform demnächst abgeschlossen würden. Die Regierung halte am Prinzip der Interessenvertretung fest und werde sich davon auch durch Demonstrationen nicht abbringen lassen. Eine neue Kurie soll geschaffen und bloß den bisher vom Wahlrecht Ausgeschlossenen vorbehalten werden. Diese Kurie werde 43 Mandate statt 35 enthalten, welche die jetzige Regierungsvorlage der allgemeinen Kurie zwies.

Die ungarischen Wahlrechtsdemonstrationen.

Budapest, 14. September. Gestern fand im Stadtwaldchen eine von der sozialistischen Partei veranstaltete Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung das allgemeine Wahlrecht und die Fortschritte der kirchlichen Reaktion standen.

Gleichzeitig wurde in der ebenfalls im Stadtwaldchen gelegenen Industriehalle die Eröffnungsfeier des achten Ratholikenkongresses abgehalten. Hierauf zogen die Teilnehmer der Versammlung in die St. Stephens-Basilika. Die Teilnehmer an der Sozialistenversammlung hatten sich am Ende der Andraffystrasse eingefunden, um die kirchliche Demonstration abzuwarten. Als diese vom Stadtwaldchen in die Andraffystrasse einbog, erfolgte der erste Zusammenstoß. Die Sozialisten demonstrierten gegen die psöffliche Demonstration, brachen in Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus und fangen die Arbeitermarschkäse. Die Polizei schaffte sofort Ordnung, indem sie mit blanker Waffe einschritt. Zahlreiche Personen wurden verletzt und viele verhaftet. Derartige Zusammenstöße erfolgten an mehreren Stellen der Andraffystrasse, wobei im ganzen 50 Personen verhaftet wurden.

Zeit durch wiederholte Säbel- und Reiter-attacken wurde die Ordnung hergestellt, so daß im unteren Teile der Andraßkystraße bis zur Wollstraße die heftigen Demonstrationen ihren Weg fast ungehindert fortsetzen konnten.

Niederlande.

Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Aus dem Haag wird und unter dem 13. September geschrieben: Am heutigen Sonntag hat das holländische Proletariat seine alljährlich vor Eröffnung der Kammer am Sibe der Regierung und der Volksvertretung, im Haag, veranstaltete Demonstration für Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts eindrucksvoll wiederholt. Zum erstenmal war in diesem Jahre die Leitung der Demonstration aus den Händen des Komitees für das allgemeine Wahlrecht in die der Sozialdemokratischen Partei übergegangen, entsprechend dem Beschluß des letzten Parteitag, während der Verband der Gewerkschaften ebenfalls auf seinem diesjährigen Kongress die direkte Unterstützung der Wahlrechtsbewegung beschlossen hatte, weshalb die mehr oder weniger unter sozialdemokratischem Einfluß stehende moderne Gewerkschaftsbewegung zum erstenmal geschlossen sich an dem auch in Holland zur rein proletarischen Klassenbewegung entwickelten Wahlrechtskampf beteiligte. Die paar „wohlwollenden“ bürgerlichen Demokraten haben sich bereits voriges Jahr bei sozialdemokratischem Tonos halber von der Wahlrechtsbewegung abgewandt und sich in sich selbst zurückgezogen, um so, wie sie vorgeben, in einer selbständigen bürgerlich-demokratischen Wahlrechtsbewegung besser für das allgemeine Wahlrecht „kämpfen“ zu können. Ihr nächstens zu veranstaltendes Demonstrationsstück dient zur Verschleierung ihres Scheidemotivs. Auch die Frauenrechtlerinnen fehlen nun ganz, jetzt, wo es darauf ankommt, die Forderung des wirklich allgemeinen Wahlrechts sowohl für Männer als auch für die Frauen prinzipiell hochzuhalten und über kurz oder lang durchzusetzen. Den holländischen Arbeitern und Arbeiterinnen ist es nunmehr allein überlassen, ihr ungeschmälertes Wahlrecht in heiligem Kampfe sich selbst zu erobern. Die unvertändliche Forderung hat nunmehr ihren Ausdruck auch vor den gesetzgebenden Körperschaften dadurch gefunden, daß die sozialdemokratische Kammerfraktion ihrem früheren Entwurfe zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer auch die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts hinzugefügt hat.

Die heutige Demonstration hat der holländischen Bourgeoisie gezeigt, daß das Klassenbewusstsein des Proletariats auch in unserem rückständigen Lande gerade durch die Wahlrechtsbewegung stets stärker wird und seine organisierte Macht zur Durchsührung seines Willens von Jahr zu Jahr wächst. In Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, Dordrecht, Haarlem usw. waren die Teilnehmer an der Haager Demonstration in Aufzügen von einem bzw. mehreren Punkten ihrer Stadt aus zu den Bahnhöfen marschiert und hatten so die Demonstration zum erstenmal über das ganze Land verteilt. Im Haag zogen sie in Aufzügen wiederum nach dem großen Versammlungsfelde. Hier verteilten ungefähr 650 Delegierten mit ihnen mehr als 700 Bannern und Fahnen und 950 Organisationen mit zusammen mehr als 77 000 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, worunter 50 000 Gewerkschaftsmitglieder, in 30 Gewerkschaften organisiert. Von 8 Rednertribünen sprachen 12 ausschließlich sozialdemokratische Redner, der Verband von Arbeitergesangsvereinen trug die sozialistischen Kampflieder vor. Auf dem Meetingterrain waren 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen und nach Ablauf des Meetings zog diese Volksmasse in andershalbstündigem Umzuge bei Ringenden Spielen mit Fahnen und Bannern und trotz des Verbots unter dem Gefange der Kampflieder durch die Straßen der Residenz. Durch Kleinliche Mittel hatten die bürgerlichen und militärischen Autoritäten den Versuch gemacht, die Befestigung des proletarischen Willens zu verhindern. Soldaten und Matrosen durften nicht auf das Meer-

tingelnd und durften sich an dem Umzug nicht beteiligen. Eine größere Gruppe von Arbeitern in militärischen Kostüm aber ließen es sich nicht nehmen, den Demonstrationen ihre Sympathie und den Herrschenden ihr Massenbewußtsein zu erkennen zu geben. Auf einem an das Meetingterrain grenzenden Felde hatten sie sich aufgestellt und konnten so, trotz allem, die sozialdemokratischen Redner genau verfolgen. Während des Umzuges hatten sie sich geschlossen am Wege aufgestellt und ihre Klassengenossen defilieren zweimal an ihnen vorbei, nicht enden wollende Ovationen und Hurraufe bezogen ihnen die Anerkennung des holländischen Proletariats. Die Wahlrechtsbewegung marschiert!

Rußland.

Die Cholera.

Petersburg, 16. September. Den geringwertigen sanitären Maßnahmen der Stadtverwaltung ist es zuzuschreiben, daß die Choleraerkrankungen in Petersburg rapide steigen. Von vorgestern bis gestern mittag sind 240 neue Erkrankungen und 60 Todesfälle zu verzeichnen. 515 Kranke liegen in dem Hospital.

Marokko.

Die französisch-spanische Note.

Paris, 16. September. Ueber den Inhalt der französisch-spanischen Note meldet die Agence Havas: Frankreich ist mit Spanien der Ansicht, daß vor der Anerkennung Muley Hafids gewisse Garantien, die für alle ausländischen Interessen gemeinsam in Betracht kommen, gegeben werden müßten. Unter diesen Garantien befinden sich Billigung der zur Durchführung der Agencirabatte getroffenen Ausführungsbestimmungen. Die Note verlangt die Bestätigung der vom Nachen eingegangenen Verpflichtungen. Die Schulden von Abdul Asid müssen von Muley Hafid auf seinen Namen übernommen werden, wie dies bei Staatsumwälzungen üblich ist. Die Mächte werden, wenn sie die Verschiedenen in der Note aufgeführten Garantien erlangt haben, offenbar Muley Hafid anerkennen. Diese Anerkennung würde natürlich für die einzelnen Mächte nicht das Recht ausüben, von dem Sultan die Regelung ihrer Sonderangelegenheiten zu fordern. Frankreich würde, ebenso wie Spanien, zu diesen Angelegenheiten die Wiedererstattung seiner für Marokko aufgewendeten militärischen Ausgaben und die Zahlung einer Entschädigung für die Ermordung seiner Staatsangehörigen rechnen.

Sächsische Angelegenheiten.

Wieder ein Brotloftprozess.

sc. Anlässlich des Streiks in der Draunsches Mühle im Mai d. J. hatte die Dresdner Volkszeitung in fünf Nummern Artikel gebracht, die sich mit diesem Kampf beschäftigten und worin aufgefordert wurde, sich beim Einkauf von Brot zu verweigern, woher es stammt; auch wurden Geschäftsleute namhaft gemacht, die Draunsches Brot führten. Eine Nummer der Zeitung erhielt ein Inserat, worin die Vorstände der drei Dresdner Wahlkreise und des Gewerkschaftsrates die Arbeiterschaft aufforderten, sich zahlreich bei Verbreitung eines auf den Streik bezüglichen Flugblattes zu beteiligen. Wegen dieser Mittelteil erhielten eine Reihe Genossen Strafbefehle, und zwar Genosse Gröblich als verantwortlicher Redakteur einen solchen auf vier Wochen drei Tage Haft, Genosse Reimann, Beamter des Arbeiterverbandes, zehn Tage Haft, Genosse Messing, Mitbesther der Firma Raden u. Co. (Zeitungs-eigentümerin) als Drucker fünf Tage Haft, sowie die Genossen Sindermann, Rahn, Lange und Sidmann, als Vorliegende der Wahlkreisorganisationen und des Gewerkschaftsrates

zu fünf Tagen Haft. Ähnliche Genossen, bis auf Sindermann, der die Einspruchsfrist veräumt hat, beantragten gerichtliche Entscheidung. In der Hauptverhandlung gab Genosse Gröblich ein Bild von der damaligen Situation, woraus hervorging, daß er als Redakteur eines Arbeiterblattes verpflichtet war, beachtend und anklarend zu wirken sowie auch darauf hinzuwirken, daß bei Herstellung von Schwären in einem Betriebe, der mit ungenügenden Kräften arbeitete, sich mangelnde Reinlichkeit und andre Fehler bemerkbar machen. Dann wurden sämtliche inkrimierte Artikel unserer Zeitung sowie auch ein Artikel aus dem Dresdner Anzeiger vorgelesen, welche letztere sich mit einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes im Mühlenwerke beschäftigt und wo beschlossen wurde, schwarze Listen gegen die streikenden Müller und Wäcker anzufertigen. Bei der Vernehmung Messings stellt sich heraus, daß er weder für den Druck verantwortlich gemacht werden, noch als Auftragsgenossenschaft in Frage kommen kann. Reimann kommt in Frage als Schreiber eines Flugblattes, das in allen drei Dresdner Wahlkreisen ausgeteilt wurde und vom Wäcker Hichte unterzeichnet war. Trotzdem sich Hichte dem recherchierten Kriminalbeamten als Verfasser bekannt hatte, wurde ihm dies nicht geglaubt. Außerdem kommt Reimann noch in Betracht bei der Verbreitung von Aufzügen, die per Brief an die Geschäftsleute, die Abnehmer von Draunschem Brot waren, geschickt wurden. Festgestellt wurde aber nur, daß er dazu gehörige Kuverts geschrieben hatte. Bezüglich der drei andern Angeklagten wurde festgestellt, daß sie keine Ahnung von der Aufgabe des Inserats mit der Unterschrift der drei Wahlkreisvorstände und des Gewerkschaftsrates gehabt haben, sondern daß der Gewerkschaftsratssekretär Sebald, ohne die Angeklagten in Kenntnis zu setzen, das Inserat losgelassen hatte. Gegen Sebald, der als Zeuge vernommen wird, kann nicht mehr vorgegangen werden, weil Verjährung eingetreten ist.

Der Anwalt beantragt Verurteilung des Einspruchs und plädiert in bezug auf Gröblich und Reimann unbedingt an der Freiheitsstrafe festzuhalten. Bezüglich der wenig sorgfältigen Voruntersuchung kommt es zu einer Replik zwischen Verteidiger Giese und dem Anwalt, welcher letzterer dieselbe Kritik nicht gelten lassen will. Außerdem fehlt der Verteidiger noch die Rechtspälligkeit der anstaltswirtschaftlichen Befestigung vom 25. November 1889 an, worauf sich die Bestrafungen wegen Volkspöbeln stützen und beantragt für alle Angeklagten Freisprechung. Das Urteil lautet bei Gröblich auf 250 Mk. Geldstrafe event. 25 Tage Haft, bei Reimann auf 30 Mk. Geldstrafe event. 3 Tage Haft. Alle übrigen Angeklagten werden freigesprochen. Zwei Sachen, die denselben Streit betreffen, harren noch der gerichtlichen Entscheidung.

Sind Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts endgültig? er. Diese Frage hat soeben das sächsische Oberverwaltungsgericht selbst entschieden. Ein Mitglied der Ortskrankenkasse Dresden war mit seinem gegen die Kasse geltend gemachten Anspruch auf Krankenunterstützung abgewiesen worden. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde vom Oberverwaltungsgericht durch Urteil vom 2. Oktober 1907 (zugestellt am 14. Oktober) als versäumt verworfen. Gegen dieses Urteil hat die Klägerin in einem bei dem Oberverwaltungsgericht eingelegten Schriftsatz Restitutionsklage erhoben, mit ihr den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Verjährung der Berufungsfrist verbunden und ihre Berufungsanträge wiederholt. Das Oberverwaltungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag und die Restitutionsklage als unzulässig abgewiesen mit folgenden Begründung:

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 16. September: 200. Abonnement-Borstellung (2. Serie, 1. Teil): La Traviata. Oper in 4 Akten. Musik von Giuseppe Verdi. Regie: Regisseur Maxon. Musikalische Leitung: Kapellmeister Boett. Nebenrollen: Hr. Ullrich, Hr. Schmidt II und den Damen des Corps de Ballet.

Tanztänze.

1. Aufführung zum Tanz, Musik von C. M. v. Weber, angeführt von Hr. Jrmier, Hr. Schäfer, Hr. Ullrich, Hr. Schmidt II und den Damen des Corps de Ballet. 2. Ungarische Tänze Nr. 5 und 6 von Brahms, ausgeführt von Hr. Grondona, Hr. Jrmier, Hr. Schäfer, Hr. Ullrich und den Damen des Corps de Ballet.

Altes Theater.

Montag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr: Ein Walgentraum. Operette in 3 Akten von Felix Dornemann und Leopold Jacobson (mit freier Benutzung einer Novelle von Hans Meyners „Buch der Abenteuer“). Musik von Oscar Strauß. Regie: Regisseur Haas. Musikalische Leitung: Kapellmeister Sindelers.

Battenberg. Die Jahreszeiten. Hiller, O'Neil & Topp. Granbys, Bent & Gerda. Merkels, Franciolls, Villions, American Biograph. Jansly-Truppe, Hauser. Battenberg-Theater. Heute: Eröffnungsvorstellung des neugediegenen Ensembles für das Spieljahr 1908/09. Minna von Barnhelm. Lustspiel v. Lessing. Morgen: Minna von Barnhelm.

Spart Zeit, Arbeit, Geld! Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche. Waschmittel Persil. Zukunft! Millionenfach erprobt! Henkel & Co. Düsseldorf.

Möbel-Ausverkauf wegen Todesfall. Sämtliche am Lager befindliche Musterzimmer und einzelne Möbel stelle ich von heute ab, um damit schnellstens zu räumen, zum enorm billigen Verkauf. Ganzes Wirtschaften von 180-3000 Mark. Hochfeine Säulenschränke von 39 Mark. Elegante Vertikals mit Rätchenaufsatz 46 Mark.

P. Zuckermann früher langjähr. Assistent u. Vertreter des Herrn Karl Ludwig Grimmaischer Steinweg 20, I. (Johannisplatz) empfiehlt als Spezialität die Anfertigung von modernem Zahnersatz. Künstl. Zähne ohne Gaumenplatte, Emaill-Zahnfleisch-Gebisse.

Cheatervorstellungen. Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Leipzig Schauspielhaus. Hoffentlicher. Eine amerikanische Komödie in 3 Akten von Carl Kehler und Ludwig Keller.

Neues Operetten-Theater. Central-Theater. Montag, den 16. September, abends 8 Uhr: Boccaccio. Komische Operette in 3 Akten von F. Zell und Rich. Gené.

Stabball Boccaccio. Musikalische Leitung: Kapellmeister Adolph Heintze. Nebenrollen: Hr. Köhler, Hr. Müller, Hr. Schmidt, Hr. Ullrich, Hr. Voss, Hr. Wäcker, Hr. Zander, Hr. Zimmermann, Hr. Winkelmann, Hr. Wäcker, Hr. Zander, Hr. Zimmermann, Hr. Winkelmann.

Krystall-Palast-Theater. Neuer Spielplan. 3 Novitäten. Gorkis Werke. Bürgerliches Gesetzbuch. 20 Bde. d. 6. u. 7. Bd. 30 Pfg.



Das beste Bier der Gegenwart ist Caramel-Malz-Bier aus Freyberg's Brauerei

Fernsprecher 2860.

Leipzig-Kleinzschocher.

Fernsprecher 2860. [2191]

Zum Umzug Möbel auf Kredit

<p>1 Zimmer-Einrichtung ca. 85 Mark 1 Bettstelle 1 Matratze 1 Kleiderschrank 1 Kommode oder 1 Spiegelschrank 1 Spiegel 1 Tisch 6 Stühle</p> <p>von 10 Mk. Anz. an.</p>	<p>1 einfache Wohnungs-Einrichtung ca. 130 Mark 1 Kleiderschrank 1 Bettstelle 1 Spiegel 1 Konsole 1 Kommode 1 Tisch, 4 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Küchenstühle</p> <p>von 15 Mk. Anz. an.</p>	<p>1 bessere Wohnungs-Einrichtung ca. 240 Mark 2 Bettstell. m. M. 1 Kleiderschrank 1 Vertiko, 1 Sofa 1 Spiegel, 1 Tisch 4 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Küchenstühle</p> <p>von 25 Mk. Anz. an.</p>	<p>1 elegante Wohnungs-Einrichtung ca. 380 Mark 1 Kleiderschrank 1 Vertiko, 1 Sofa 1 Spiegel m. Kons. 1 Tisch, 6 Stühle 2 Bettstell. m. M. 1 Waschtisch 1 farb. Küche 1 Schrank, 1 Tisch 2 Stühle, 1 Rahmen</p> <p>von 35 Mk. Anz. an.</p>	<p>Lieferung frei ins Haus. Wagen ohne Firma. Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt. Die Anzahlung kann auch ratenweise geleistet werden. Kunden erhalten Waren ohne Anzahlung.</p>
---	--	---	---	--

Während der Messe Sonntags bis 7 Uhr abends geöffnet.
Beachten Sie bitte unsere **Gratis-Zugaben.**

S. Sachs Nikolaistrasse 31, I., II., III., IV. Spezial-Möbel-Kaufhaus mit Kredit-Bewilligung.

Trinkt Biere der Grimmaer Stadtbrauerei.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
Westen.
Plz. Jahnstr. 32, III. r., umzugsfäh. febl. Wohn. pr. 1 Ort f. 210 Mk. u. verm. Parteien sind auch alte Möbel z. vf. Plagwitz, Naumb. Str. 34, I., 1. u. 2. L.-Kleinzschocher, Dleskastr. 46 (Hilfsarbeiten), billige Wohnung, 200 Mk., 2 Stuben, 1 Kammer, Küche u. Badz., pr. 1. Ort. zu verm. Grosszschocher, Hauptstrasse 99, 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche und Abz., part., 220 Mk., 1./10. u. 11. Lindenau, Rabenestr. 4, III., schöne febl. Stube od. w. z. verm. Pr. 70 Mk. L.-Kleinzschocher, Simonestr. 37, III. rechts, febl. Stube zu verm.

Verkäufe und Käufe.
Wer will Haus?
Handwerker, Werkmeister, Rentner oder Beamten, dem an der Erwerbung eines Grundstücks mit kleinen vermieteten Wohnungen im Osten von Leipzig gelegen ist, bietet sich solche. Fragliches Grundstück kommt dieser Tage zur Versteigerung. Beteiligte fehlt Zeit zur Verwaltung. Hypotheken gehen in Ordnung. Erforderlich etwa 3000 Mk. Reelle Sache mit sicuere Gewinn!
Offerten sofort K. 400 an Hertels Ann.-Annahme, Katharinenstrasse 21. [20522]
Veränderung alter! Sehr ant. gehendes Bugmaurer-Geschäft im Waldviertel zu verm. Näheres Gustav-Adolf-Strasse 56, pt. I.
1 Wandel friische Schneider
55 Pfg. Sainstraße 19, im Hof.

Trauringe massiv Gold 4 Mk. an.
Gustav Kaniss Tauchaer Strasse 6. 10 Prozent Rabatt. [11892]
Heren- und Knaben-Anzüge verkauft zu einzeln n. sportlich. Vlgw u. Edel Stsch. u. Weißenteller Straße. *
Anzüge und Sommerpaletots sehr billig u. wert. Bachstr. 1, II. r. *
Fast neue Damengarderobe, Blusen, Jackette, Mäntel verkauft billig Wanda Lory [20559] Neude raffe 29 81, III. *
30 Blusen 50 & bis 3 A, Jackette, Röcke l-3, 20 Kleider 2-4 A, Herren-sachen in Neuha, Thommelstr. 12 p.
Irrigatoren + nebrauchst., v. 1 A an Mutter drigen, Aljos, Bieder, Al-ette in reicher Auswahl.
Sanitäts-Haus Kleinzschocher. Damenbesinnung in sep. Kammern
+ Hyg. Bedarfsartikel + f. Gellund, 2. Woch., Krankenpflege Frau Bernhardt, Eisenbahnstr. 11, I.
Kauffe mit 5 Geschäften große Lagerposten und kommen die Meißbestände für 1-4 Fenster passend [20109]
Reste Gardinen, Stores, Kongress-Blenden, Vitragen sehr billig zum Verkauf.
Engels Gardinen-Haus Sainstraße 28.
Boni! Elektr. wird vergütet!
Irrm. 8b, Kleider- u. Küchenschkr., Ottom., Vert., Bettst. m. M., Tisch, Stühle, Spiegel. 61 teustr. 59, pr. Fast neues Sofa w. Umz. bl. zu verm. Ang., Zweinaumb. St. 22, 2. G. II. r. Sofa, Bettst. m. M. c. Windmst. 42 6. I.

Stung!
nur Hainstr. 23, I. Etage befindet sich der große billige Möbelverkauf
Weg. Kleiderschrank 20 Mk., Vertiko 27, Stegtisch 8, feines Sofa 30, gute Bettstelle mit Matratze 12, Gbaisel, 20, große Truemeang, Spiegel 30, Stuhl, Schreibtische, Büfekt, elegante Schlafzimmern nur 200 Mk., Rücken in allen Farben, alles stannend b u. nur Hainstrasse 23.
Möbel
Spiegel und Polsterwaren kompl. Einrichtungen liefert in nur toller Ausführung billigst, auch gegen Teilzahlung Humboldtstr. 18 Krause, Genr. 1688.
Sofa, langer Tisch, Waacht., Bild, Gard. u. w. Garmatgarten 3, II. I.
Gehr. Sofa, 2 Küchr., Sofa, Tisch, Stül., Komm. u. Pl. Nonnenstr. 35 b.
Gr. Küchenschkr., Bettst. m. M., Tisch, Rähm. Pappw. Pl. Gertrudstr. 11, p. I.
Sofa, Kleiderschr., Vertiko, Küch.-Schrank, noch gut erhalte., billig zu verkaufen. Bachstr. 5, II.
Einzelne u. Waak zur
gen n. Waak zur
geschm., bill. zu h. bei Gotth. Hirsch, Leipz., Sidoniestr. 37.
Schallplatten billig, bill. a! Graf Zepollia u. u. and. Schläper. Auswahl ritlich. Brühl 25, Hof.
Einzelne u. Waak zur
gen n. Waak zur
geschm., bill. zu h. bei Gotth. Hirsch, Leipz., Sidoniestr. 37.
Schallplatten billig, bill. a! Graf Zepollia u. u. and. Schläper. Auswahl ritlich. Brühl 25, Hof.

Nähmaschinen
an Güte u. doh Leistung. A. Lattermann Rastorferstr. 11, I.
Werde Nähmaschinen 15-25 A, neue auf Teily, monat 5 A, Raffe 109/ R. Kranich, Petarasteln. 10.
Singer-Nähmaschinen u. 15. Man. gebr. zu verm. bei Schube, Petersstr. 34, G. *
Gretentfö! Hochf. Fahrrad 20 Mk. u. S.-Näh. bill. G., Dall. St. 74, I.

Wenn vorgeleiteter Salon Fahräder zu bedeutend herab-geleiteten Preisen bei [2175] *
Fahrrad Rast, L-Plagwitz, Zschochersche Str. Zubehörteile billigst!
L aufdecken A 3. - sowie alle Zubehörteile billigst.
Hamburger Spezialhaus L. Fahrradzubehör Leipzig, Johanniplatz 3.
Der Ausverk. v. Romanns Laternen n. Zubehör. dauert u. noch b. Ende Sept. Preise 10% u. Solidarit. Rat. H. Fehling, Eisenbahnstr. 15. *
Guter dalt. Kinderwagen (Princk) bill. zu verk. Broch. u. d. Str. 63, I. r.
1 Kinderwagen, 1 Stg. u. vlegewagen bill. Eberhardstr. 3, IV. r. Letterwagen Popp Panoram. *
Letterwagen s. b. Auerbachs Hof. *
Fensterglas Eisenbahnstrasse 143.
Gr. Auswahl präml. Kanariens., hochf. Sommerküben, sowie alle Sort. va. Vogelfutter, Ameiseneier, Mehlwürmer, pratt. Käfige u. 20 & an empf. Max Kraft, Quartstr. 17.
Vogelfutter
Märok, Samenöhl., U., Mark 12. *
Brutmashine unter Garantie für 25 Mk. und Gerrenrad (Freikauf) für 85 Mk. zu verk. Lindenau, Deuy der Str. 2, I. r.
Küchr., Tisch stt Windmst. 42, 6. I. I.
Gadern, wachen, Papierc. fit. j. höchst. Preis. Waverstr. 42, 6. *
Papier, Lumpen, Aitteisen u. w. samtl. Met. fa. b. Zabr. Berger, Krndstr. 22.
Ausgefäimtes Gaar faust Windmählestr. 2, Krütergch. *
Kanarien
Exportöhl. (Mit.) geringe und bessere zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter D. 61 an die Expedition dieses Blattes erbeten. [20562]
Kartoffel-Verkäufe.
Weblr. Spriftartoff., 2 Str. 2.40 fr. 5, Liefer St., Gemeinbeamtstr. 18.

KartoffelAusgabe.
Weibe Up to dato gibt am Portitz-Segoritzer Wege aus 20520] Klittergut blaue.

Arbeitsmarkt.
Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfolgr. reiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.
Geübte Fassadenputzer
werden zu größeren Putz- aus- fahrungen zum sofortigen An- tritt gesucht. Leute, die bereits Dresdschen Reformputz oder Terranova u. ausgeführt haben, erhalten den Vorzug.
Leipziger Leute wollen sich bei Herrn Maurermeister Vollrath Schwenke, Leipzig, Mahls- mannsstraße 18, auswärtige Leute dagegen schriftlich bei der Firma A. Dressel in Gera (Neuß) melden. [20523]

Etuistischer
tüchtiger Arbeiter, aut eingeübt auf Etuis, Etalagen, Silber- sassen [20484]
als Vorarbeiter
sofort in dauernde Stellung ge- sucht - Reisekosten werden zurück- erstattet. - Offerten mit Angabe der bisherigen Stellungen, Alter nebst Zeugnissen an
Gottschalk & Cie.
Konstanz I. Baden (Postfach 76).
Achtung!
Suche Gauffierer und Gandler, welche d. mebr. präml. Wachs u. Weichmittel „Tropellu“ direkt bei d. Konsumenten einführ. woll. Großer Massenartikel. Aufw. feste Stell. Off. n. M. Kühnert, Vertreter v. „Tropellu“, Kahnsdorf-Zöpen. *
Aufwart. oder Dienstmädchen ges. Ktzooh., Dleskaust. 7, Sohlnttgsooh.

10 Privat-Reisende u. Wiederverkäufer
für größte Kuriosität. Jede- mann staunt! Jedermann fängt 1-12 Stück. 500 Mk. und mehr von Reisenden pro Monat erzielt. Ch. Horton, Kattowitz A. 293. *

Tüchtige HeizungsMonteure
auch f. dauernde Beschäftigung Metallwerke Bruno Schramm G. m. b. H. Iiversgeholfen-Erfurt.
Schulst., nicht unt. 12 Jahre, 2 Zahn- abdrücken gef. Vo., Postl. amtstr. 10, III
Welt. tücht. Schneider i Herrens- und Knaben-Garderobe sucht Ver- schäftigung in u. außer dem Hause. Geraer Str. 14, II. I. *

Vermischte Anzeigen.
Zeugen gesucht!
Zu dem Radunfall Edu. Richter und Wierleburger Strahe Sonntag den 13. September, werden Zeugen- zeugen erbeten, ihre Abschee auszu- geben. O. Globig, LI., Hollmuthstr. 12, I.
Hugo Barthel, Photograph, seit 1900 Inhaber des Stillers-
Bruno Riedel, Noientalgasse 9.
Moderne Ausfüllung, bill. Preise.
+ Naturholzerfahrern +
m. Kräutern. Unterf. des Morgenharms. Alette 9. Heilmittel langjähr. Leibm. Kraut l. b. Wohn- Scharnhorststr. 10, G. pt. Sprech. 9-5 Sonntags 9-12 unt.
Teilnehmerinnen s. c. Abendturand i. Weissnähen u. Zuschneid. gefucht. S. monatl. G. Dresden Str. 20, II. *

Möbeltransporte
auch mit Wägen) und Ausbewahrung Abertunnt Gaud Giterer, Kleberstr. 6 a, Georgstr. 19. *

Färberel u. chem. Wäscherei
Kochstr. 16. M. Mark. *

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Rürnberg, 15. September.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß eine längere Erklärung des Genossen M a u r e n d r e c h e r eingegangen ist...

Frauenorganisation.

Kunze beginnt die Diskussion über den gestern zurückgeleiteten Abschnitt des Geschäftsberichts — über die Frauenorganisation.

v. Elm begründet seinen Antrag 127*. Der Antrag des Parteivorstands ist zu zwingend und trägt den praktischen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke im Lande nicht genügend Rechnung...

Hoffmann-Berlin zieht den Antrag 22 zurück zugunsten des weitergehenden Antrags 17.

Ripinski-Leipzig: Obwohl ich im Prinzip mit Elm übereinstimme, halte ich den Vorschlag des Parteivorstands doch für praktikabler. Er will aus dem alten Vereinsrecht in das neue überleiten...

Frau H a m b u r g: Ich muß zunächst meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß nach dem die in Frage kommenden Körperschaften zusammengetreten sind...

* 127. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteioorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet...

Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen.

Zu der Leitung und Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, Genossinnen heranzuziehen...

Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltungen liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen und unter Mitwirkung der tätigen Genossen und Genossinnen zu betreiben.

A. v. Elm und 23 Genossen.

gedrückt. In einem Organisationsstatut aber müssen doch auch genaue Bestimmungen getroffen werden: das muß so sein. Man wendet ein, es seien nicht überall unter den Frauen die geeigneten Kräfte vorhanden...

Hoffmann-Hamburg: Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin Zieh bitte ich Sie dem Antrage v. Elm ihre Zustimmung zu geben, und zwar einmal aus praktischen Gründen...

Saunders-Barmen: Im Gegensatz zum Vorredner bitte ich Sie, es bei dem Vorschlage des Parteivorstands zu belassen. Auf die Frage der Delegation gehe ich nicht ein...

geistig höher ständen, als die Frauen. Diese Anschauung kann ich nicht teilen.

Der Antrag 24 wird zurückgezogen.

Scherl-Bielefeld: Was v. Elm gesagt hat, klingt ja bestechend. Er stellt sich rein auf den Boden des Prinzips der Gleichberechtigung, er sollte aber wissen, daß die Hauptsache ist, eine möglichst baldige Durchföhrung...

Singer: Die Resolution des Frauentages hat eine Verberner erfahren: sie lautet jetzt: ... muß es die Aufgabe der Genossinnen sein...

Ripinski-Leipzig: Wenn irgend eine Parteimaßnahme die Zustimmung der Masse hervorgerufen und die Instabilität gefördert hat, dann ist es der von den Frauen mit dem Parteivorstand vereinbarte Vorschlag...

Scherl-Köln: Im Interesse der Frauenorganisation ist es notwendig, daß eine Frau im Vorstande ist. Ein sagt, ich kenne Genossinnen...

Frau W a s t h: Dresden: Was in Sachsen möglich ist, sollte auch für die anderen Bundesstaaten notwendig werden. Die Resolution Elm ist für uns unannehmbar...

v. Elm: Genossin Zieh war völlig genug, mir das formale Recht zuzugestehen, gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag einzubringen...

Die Diskussion wird geschlossen.

Frau Zieh (persönlich): Ich habe nicht erklärt, weil v. Elm an der Frauenkonferenz teilgenommen hat, hat er zwar das formale Recht...

Singer: Ob ich das Schlußwort erteile, mache ich Mitteilung von einer Erklärung des Genossen G r u n w a l d und der Genossin Z e t t i n, die im Anschluß an die Erklärung M a u r e n d r e c h e r s eingegangen ist...

gemeint sind. Auch diese Erklärung nimmt der Parteitag zur Kenntnis.

Partei sekretär Müller (Schlußwort zum Vorstandsbericht): Wesentliche Einwendungen gegen den Vorstandsbericht sind nicht gemacht worden. In der Kalenderfrage ist, wie aus den Ausführungen des Königsberger Genossen hervorgeht, Genosse Leinert doch wohl zu weit gegangen. Der gesamte Inhalt des Kalenders kann nicht in dem Maße durch die Inserate beeinträchtigt werden, daß man von einem Skandal reden kann. Gegenüber dem Genossen Mühs-Magdeburg bemerke ich, es würde im Essen ausdrücklich festgelegt, daß zunächst davon abgesehen werden soll, den ausländischen Dienst im Pressebureau einzuführen. Prinzipielle Bedenken haben wir dagegen natürlich nicht, sondern es handelt sich um die Kostenfrage. Es muß bedacht werden, daß wir die Presse nicht mit zu großen Kosten belasten können. Mühs hat weiter getadelt, daß vom Parteitag nicht an die Presse Berichte gehen werden. Ich kann nur bestätigen, daß der Parteivorstand das nicht gewünscht hat. Als das Pressebureau ins Leben gerufen wurde, ist ausdrücklich gesagt worden, daß die bisher bestehenden Bureaus, die sich mit der Abfassung von Leitartikeln, von Parteitagverhandlungen, mit den Kommunistenberichten aus den Parlamenten befassen, nicht durch das neue Pressebureau aufgehoben werden sollen. Die Sache hat aber auch andere Bedenken. Wir werden z. B. in den nächsten Tagen Debatten über wichtige taktische Fragen haben, und bei der ganzen Zusammenfassung und den Aufgaben des Pressebureaus hätte ich es nicht für angängig, daß es über solche taktische Fragen Berichte liefert, da solche Berichte immer in gewissem Sinne subjektiv sind. Ich erkenne aber auch die Notwendigkeit an, die Mitarbeiter, die in Betracht kommen, sind doch fast durchweg auf dem Parteitag vertreten dadurch, daß Redakteure anwesend sind, und es ist doch nicht zuviel verlangt, wenn die Redakteure ihrem Blatte über diese Debatte etwas schreiben. (Sehr richtig!) Also zu irgendwelcher Veränderung in dieser Beziehung liegt kein Anlaß vor.

Zur Parteschule ist das Wesentliche in der Debatte bereits gesagt worden. Nicht richtig ist, was Eisner sagt, daß zwischen der jetzigen Auswahl der Schüler und der Auswahl im ersten Kursus eine wesentliche Differenz besteht. Wir haben von vornherein ausdrücklich festgestellt, daß Parteifunktionäre in die Kurse aufgenommen werden sollen. Wenn das bei dem ersten Kursus nicht gleich in dem Maße der Fall war wie später, so lag das daran, daß uns verhältnismäßig wenig Parteifunktionäre vorgeschlagen worden sind. Gegen den Vorschlag der Genossin Luxemburg, die Geschichte des Sozialismus in den Lehrplan aufzunehmen, hat der Parteivorstand nichts einzuwenden. Das wird jedenfalls bald möglich sein. Daraus kann keine Rede sein, daß wir ungeeignetes Schülermaterial bekommen haben. Auch muß ich bestreiten, daß die Vorträge für das Schülermaterial zu hoch gewesen sind. Ich beziehe mich auf das Protokoll, daß wir in jeder Schülerkonferenz aufgenommen haben, als die Lehrer nicht dabei waren. Da konnten wir zu unserer Freude feststellen, daß gerade die Vorträge über Nationalökonomie und Theorie des Sozialismus den allergrößten Beifall der gesamten Schüler gefunden haben. Unter diesen Umständen kann man nicht davon sprechen, daß die Parteschüler mit einem unbefriedigten Stolz erfüllt wurden, der nicht im Einklang steht mit dem, was die Parteschule nach den gegebenen Verhältnissen leisten konnte. Es ist immer das Beispiel von den 22 Vorträgen über die Werttheorie angezogen worden. Ich habe noch keine solche 22 Vorträge gehalten. Aber ich würde es viel bedenklicher finden, wenn ein Schüler die ganze Werttheorie in einem einzigen Vortrage behandeln würde. Gerade bei 22 Vorträgen gehalten hat, beweis, daß er sich gründlich mit der Sache beschäftigt hat. Den Antrag, der den Parteivorstand ersucht, eine Erweiterung der Parteschule in Erwägung zu ziehen, glaube ich so bestärken zu können, daß der Parteivorstand nach wie vor an der Entwicklung der Parteschule das allergrößte Interesse nehmen und daß der Lehrplan erweitert werden soll. In diesem Sinne können wir uns mit dem Antrage einverstanden erklären.

Genosse Stubbe hat gewünscht, daß bei wichtigen, die Partei betreffenden Angelegenheiten in Zukunft die Leiter der Agitation in bezug zusammenberufen werden sollen, damit sie besser informiert sind. Ich kann namens des Vorstands erklären, daß wir gegen diese Anregung durchaus nichts einzuwenden haben. Wir haben ja bereits anlässlich der letzten Reichstagswahl eine Konferenz der Bezirksekretäre abgehalten. Wenn das in diesem Geschäftsjahr nicht angeht, so lag das daran, daß wir in der wichtigsten Frage, der Wahlkreisfrage, so wie so mit den preußischen Sekretären zusammengetreten haben. Jedenfalls werden wir alles tun, um eine bessere Fühlung mit den Genossen in den einzelnen Bezirken zu finden. Dadurch, daß wir die Bezirksorganisation durchgeführt haben, ist heute die Verbindung zwischen Parteivorstand und den einzelnen Wahlkreisen ja nicht mehr so eng wie früher, wo jeder einzelne Wahlkreis direkt mit uns verkehrte. Was den Wunsch betrifft, der Parteivorstand möchte mehr als bisher auf den Provinzialparteitage vertreten sein, so erinnere ich daran, daß wir in dem letzten Jahre kaum einen Provinzial- oder Bezirksparteitag haben vorübergehen lassen, auf dem wir nicht vertreten waren.

Cinige Worte über die Frauenorganisation. Es ist in der Diskussion nicht genügend darauf hingewiesen worden, daß unser Vorschlag nur ein Provisorium für ein Jahr ist, und daß im nächsten Jahre eine Regelung für die Zukunft durchgeführt werden soll. Wenn hier so scharf unterschieden ist zwischen „Vorschlag der Vorstand“, „Vorschlag der Frauenkonferenz“, „Vorschlag der Männer“, so habe ich ja schon in meinem einleitenden Referate erklärt, daß es doch nur darauf ankommt, einen Grundriss festzusetzen, daß aber dieser Grundriss nur dort reiblos durchgeführt werden kann, wo die Möglichkeit dazu besteht. Der Satz, daß dem Vorstand mindestens eine weibliche Person angehören muß, hat doch keine so große Bedeutung, solange der erste Satz besteht, daß die Genossinnen im Verhältnis zu ihrer Zahl vertreten sein müssen. Gegen die Streckung des Wortes „der Männer“ im Absatz 2 ist nichts einzuwenden. Wir haben ja heute keine Bahngänger der Männer mehr, sondern nur Teilnehmer an den Bahngängen sind die Frauen ebenso gut verpflichtet wie die Männer. Auch zu einer Änderung des Delegationsystems liegt keine Veranlassung vor, da die Vorschläge ja nur provisorisch sind. Ich glaube aber, daß in Zukunft das jetzige System nicht bestehen bleiben kann. Ebenfalls werden wir in Zukunft ganz auf die Frauenkonferenzen verzichten können. Nach einige Bemerkungen über den Wahlabend, der von der Mitwirkung der Parteigenossinnen im Parteivorstand handelt. Zunächst eine Berichtigung. Ich sagte in meinem Referate, daß von den Genossinnen für den Parteivorstand Frau Lieb vorgeschlagen ist. Das ist falsch. Die Frauenkonferenz hat sich nicht auf eine Person festgelegt, sondern die Genossinnen Lieb und Baader genannt. Aber ich wiederhole, daß in bezug auf die Personenfrage der Parteitag unter allen Umständen souverän ist. Die Vertreterin der Genossinnen im Vorstand wird durch den Parteitag selbst gewählt. Das Organisationsstatut würde, wenn diese Änderung vorgenommen ist, in seinem § 18 etwa lauten: Der Parteivorstand besteht aus 2 Vorsitzenden, 1 Kassierer, den Schriftführern und 2 Beisitzern, unter denen eine Genossin sein muß. Die Vertreterin der Genossinnen im Parteivorstand wählt der Parteitag.

Ich glaube, daß nach dieser Deklaration die Bestimmung des Absatzes 6 vollständig klar ist. Der Antrag von der Frauenkonferenz ist ja geändert worden. Ursprünglich hieß es: Pflicht der Männer ist es, ihre weiblichen Angehörigen den Organisationsverfahren zuzuführen, während jetzt von der Verpflichtung der Männer zur Unterstützung der weiblichen Angehörigen gesprochen wird. Das ist überflüssig, denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß jeder Genosse verpflichtet ist, seine weiblichen Angehörigen aufzuklären. Für ebenso selbstverständlich halte ich es, daß alles getan werden muß im Interesse der Gesamtpartei, damit die Genossen und Genossinnen eine große, starke Einheit in der Partei schaffen. (Beifall.)

Esert erhält das Schlußwort über den Teil des Vorstandberichts, der die Lokalkassenfrage behandelt: Ich habe nur einige kurze Bemerkungen zu dem Antrag Hamburg zu machen, der eine Erweiterung unserer Resolution bezieht. Unsere Resolution war auf die „Freie Vereinigung“ und den Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband gemünzt. Wir wollen es ausdrücklich vermerken, zu generalisieren, und zwar weil es sich in diesem Falle um einen wichtigen Beschluß handelt, der für den einzelnen davon betroffenen von weitgehender Bedeutung sein kann. Wenn nun aber in Hamburg die „Freie Vereinigung“ nicht angehörenden Lokalkassen auf ihrem Standpunkt beharren und dem Beschluß des Essener Parteitag nicht entsprechen wollen, so haben wir keinen Anlaß, dem erweiterten Antrag der Hamburger Genossen zu widersprechen. Mit aller Bestimmtheit aber muß ich nochmals betonen, daß der so erweiterte Beschluß des Parteitag unter keinen Umständen Anwendung finden kann auf den Industriearbeiterverband in Solingen. Damit soll diesem Verbande natürlich nicht für alle Zeiten ein Ausnahmerest eingeräumt werden. Wir wollen damit lediglich verhindern, daß während in die dort von uns eingeleiteten Einigungsverhandlungen eingewirkt werde. Wie lange diese Ausnahmestimmungen gelten sollen, das möchte ich noch nicht festgelegt sehen. Die neue Parteileitung wird spätestens dem nächsten Parteitag über den Ausgang der Verhandlungen in Solingen berichten und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch hierüber endgültig entschieden werden kann. Ich gebe aber Stube auch darin recht, wenn er sagt, daß die so erweiterte Resolution auf alle künftigen Neubildungen Anwendung finden soll. Ich kann Sie nur bitten, den Antrag Hamburg in dem Sinne, wie ich es vorgeschrieben habe, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Das Schlußwort für den Bildungsausschuß

Schütz (Berlin): Genossin Luxemburg hat gesagt, daß der Bildungsausschuß sowohl als die Parteschule das wichtigste Gebiet der Geschichte des Sozialismus, besonders des internationalen Sozialismus mehr berücksichtigen sollen. Das ist richtig, bis er nicht berücksichtigt ist, empfinden wir selbst als schweren Mangel. Aber wir können nicht die Person immer so schaffen, wie wir es möchten. Wir werden die Frage im Auge behalten, und sobald es möglich ist, dem Wunsche Rechnung tragen. Ich muß es aber gleich zurückweisen, als ob das, was die Genossin Luxemburg gewollt hat, das selbe sei, wie das, was Maurenbrecher und Eisner wünschen. Genossin Luxemburg verlangt Geschichte des Sozialismus. Das ist ganz etwas anderes als Geschichte und noch mal Geschichte, etwas ganz anderes wie die von Maurenbrecher verlangten Biographien von Napoleon, Friedrich dem Großen, Bismarck (Lachen) und anderen. Diese Art der Behandlung der Geschichte führt sehr leicht zum Heroenkultus (Sehr richtig!), während die Geschichte des Sozialismus mit dieser falschen Heidenverehrung gar nicht aufzukommen kann. Es ist nicht richtig, daß die Parteschule in einer Umwandlung begriffen ist. Sie steht auf demselben Boden wie bei ihrer Gründung. Nur sind die Umstände, unter denen sie wirkt, infolgedessen etwas andere geworden, als durch die schwere Krise die Partei und die Gewerkschaften mit der Anstellung von Beamten zurückfallen und infolge dessen die Schüler nicht so schnell in Stellungen gelangen. Im übrigen aber soll durch die Schule doch nicht lediglich für eine spätere Anstellung geforgt werden, sondern für einen guten Nachwuchs. Eisner hat ein großes Weien gemacht von der Ehrfurcht vor der Wissenschaft und von der Verantwortlichkeit, die die Parteschüler angehtlich vermissen lassen.

Singer: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß der Bericht über die Parteschule nicht mehr zur Diskussion steht, sondern nur der Bericht über den Bildungsausschuß.

Schütz (fortfahrend): Ich habe in meinem Referate Ausführungen gemacht, die durch die Diskussion auf diesem Gevierte verändert wurden. Ich habe außerdem erklärt, daß ich auf die Parteschule nicht eingehen würde, mir dies aber für das Schlußwort vorbehalten. Singer hat darauf nicht eingewendet, so daß ich dachte, er werde mir als Vertreter des Lehrkollegiums dies gestatten. Ich bitte den Genossen Singer, es zuzulassen.

Singer: Ja, bitte sehr, aber nicht im Rahmen langer Ausführungen.

Schütz (fortfahrend): Ich muß auf das entscheidende Verwahrung dagegen einzugehen, als ob die Parteschule die Parteschüler zu arroganten, unbefriedigten Menschen mache. Es ist den Parteschülern bei ihrem Eintritt in die Schule sofort mit allem Nachdruck gesagt worden, daß sich keiner einbilden solle, daß er als fertiger Mann der Wissenschaft die Schule verlassen werde; die Parteschule habe nur die Aufgabe, den Parteschülern eine Grundlage zu vermitteln, auf der sie weiterarbeiten könnten. Die Parteschule hat gerade die nötige Bescheidenheit bei den Parteschülern herbeizuführen vermocht. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß nicht alles Wissenschaft ist, was sich so nennt und in Form dieser Wähler vor das Publikum tritt. So gut Bescheidenheit auf der einen Seite ist, so wenig angebracht ist Untermwürdigkeit vor der bürgerlichen Wissenschaft an sich, die sich oft genug zur feilen Dirne kapitalistischer Interessen herabwürdigt. Der Parteschüler lernt leichter und schneller auf der Parteschule, als die älteren Genossen in vielen Jahrzehnten haben lernen können, denn die meisten von ihnen mußten sich die Zeit zum Lernen gelegentlich absteifen und des Nachts lernen, was den Körper wie den Geist ermüdet; daß sie da in vielen Jahren nicht das lernen konnten, was der Parteschüler, der nicht weiter zu tun hat, als zu studieren, in einem halben Jahre lernt, liegt auf der Hand. Eisner hat auf die älteren Genossen hingewiesen und ihren Bildungsgehung sehr gerühmt. Auch ich habe die größte Hochachtung vor diesen Genossen, habe allerdings verstanden, lebende Führer oder gar solche, die hier im Saale anwesend sind, mit Namen zu nennen. Dem Genossen Eisner ist ja auch seine Bezugnahme auf Volkensbuter nicht gerade gut bekommen. Auch Volkensbuter hat erklärt, daß er Thomas von Aquino nicht gelesen habe, und wir alle sind der Meinung, daß er doch etwas von der Werttheorie versteht. Ich vermute keine Geheimnisse, wenn ich sage, daß auch Kaustky dasjenseitig viel darüber gelesen, aber auch Hermann Dörse ist gerade nicht bekannt als Einführer in die Werttheorie. (Beifall.)

Eisner hat dann mit Befolgen ein Zitat aus Marx vorgelesen, der von der Wirksamkeit der Arbeiter spricht, die sich mit der Theorie beschäftigen. Wenn Marx das wirklich in der Verärgerung über Most gesagt hat, so steht doch diesem einen Wort die ganze Lebensarbeit von Marx gegenüber und auch die Tatsache, daß Marx selbst vor Arbeitern der „Internationalen“ nationalökonomische Vorträge über die Werttheorie hielt, die Bernsteins, wie ich höre, jetzt im Druck herausgibt. Er muß also doch der Meinung gewesen sein, daß auch die Arbeiter von der Theorie Verständnis haben können. Einen Beweis dafür liefern auch die zahlreichen jüngeren Proletarier und Proletarierinnen, die durch fleißiges Selbststudium überraschend in die Theorien des Sozialismus eingedrungen sind. Wenn getern gelang wurde, daß die Parteschüler hier mit großem Applomb aufzutreten sind, so habe ich davon nichts gemerkt. Ich habe nur bemerkt, daß zwei Parteschüler hier in temperamentooller Weise für ihre Sache eingetreten sind, in wissenschaftlicher Beziehung haben sich die Genossen nicht die geringste Arroganz anmerken lassen. (Eisner: Aber in unerschämten Anstößen auf Parteigenossen!) Der Zwischensatz Eisners beweist nur, daß wir uns über gewisse Dinge nur sehr schwer verständigen können. Da diese Genossen ihrer Meinung ungeschwäteten Ausdruck geben, ist, glaube ich, ihr gutes Recht, daß sie sich durch den Mangel der Parteschule nicht veriderzt haben. Zum Schluß möchte ich auf eine persönliche Lebenswürdigkeit Eisners eingehen, der andeutete, ich hätte ebenfalls den Artikel Maurenbrechers nicht richtig verstanden, Maurenbrecher habe nur verpländert wollen, daß man bei der Massenbildung gleich mit den kleinsten Problemen beginne. Wenn dem so wäre, dann würde es sich bei dem Streit lediglich

um eine pädagogische Frage handeln. So trainierte Bildungen sind wir aber in der Parteschule und dem Bildungsausschuß auch nicht, daß wir gerade gegen eine elementare pädagogische Regel handeln würden und beim Unterricht mit den schwierigsten Dingen begännen. Ein Blick in das Winterprogramm wird Eisner beweisen, daß dieser pädagogische elementare Grundriss von uns ebenfalls berücksichtigt wird, und wenn Eisner die Methode unserer Lehrer kennen würde, würden auch die letzten Bedenken in pädagogischer Hinsicht schwinden. Wenn Eisner übrigens das Winterprogramm der Nürnberger Genossen mit unserm vergleicht, wird er einen geringeren Gegensatz finden, als zwischen dem Nürnberger Programm und der theoretischen Einleitung dazu, die Maurenbrecher geschrieben hat. Maurenbrecher hat aber nicht nur pädagogische Ermahnungen im Auge. Ich fordere jeden auf, den Artikel zu Ende zu lesen, und bedränke mich hier auf zwei Blätter:

Wir treiben zu viel Theorie. Muß die Masse die Werttheorie kennen? Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Rejeret und sage „nein“. Der Lehrer muß das wissen und der theoretische Forscher mag darin weitergraben, aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden. (Hört, hört!)

An einer andern Stelle heißt es: Was wir für die Masse der Parteigenossen brauchen, ist nicht die Theorie des Sozialismus oder die Lehren unserer Meister. (Eisner: In Wästelbüchlein!) Um so schlimmer, wenn man die Lehren der Meister nur noch in Wästelbüchlein liest.

Sondern es sind Tatsachen, auf Grund deren sie Schlüsse zu fassen gezwungen sind. (Eisner: Selbst denken lernen!) Wenn Worte noch einen Sinn haben, heißt es: Fort mit aller sozialistischen Theorie, und dafür Geschichte, Biographie, Geschichte. Unter Geschichte werden einige Themata genannt: Geschichte der französischen Revolution — gegen die wir ja nichts haben —, das Jahr 1848, Verhältnisse der verschiedenen Konstellation, der politischen Parteien, und dann die Biographien von großen Männern. Da heißt es:

Lassalle steht uns da am nächsten, und warum nicht auch Napoleon, Friedrich der Große, Bismarck, Dörse: eli u. a. Nichts steht da in von den Grundbüchern, deren Lehre wir in Bildungsausschuß anstreben, deren Lektüre als das wichtigste erachtet. Eisner braucht die etwas unklare Verwendung von der Clementarbildung als dem notwendigen Erfordernis. Meinhil hat er sich auf dem Nürnburger Gantag ausgesprochen, wo er sagte: „Wenn dem Volke nur die bürgerliche Bildung von uns beigebracht wird, die ihm die staatlichen Schulen nicht geben, so ist schon viel erreicht.“ (Eisner: Sehr richtig!) Wenn wir das ganz milde auslegen, so heißt das, daß unsere Bildungsarbeit die Fälligkeiten der Tatsachen, die auf der Volksschule geübt werden, richtig zu stellen hat. Das ist natürlich notwendig. Damit aber kommen wir lediglich zu dem Prinzip der einfachen Tatsachenübermittlung. Es fehlt aber alles, was wir in der eigentlichen proletarischen Bildung verlangen: Proletarische Weltanschauung, wissenschaftlicher Sozialismus, die richtunggebende Theorie, die Wiederbe der materialistischen Geschichtsauffassung. Damit geraten wir in Gefahr, zu der alten bürgerlichen Bildungsinhalte zu Anschauungen zurückzuführen, die auch aus dem Spruche, den ich hier oben fests, hervorzuheben möchte: „Je geistvoller ein Volk ist, desto freier“, auch aus dem Worte von Schöffe: „Vollbildung ist Volksbildung“, oder wie Schmöller sich ausdrückt: „Die sozialen Gegensätze sind im letzten Ende doch nur Bildungsgegensätze.“ (Eisner: Oder wie Liebknecht sagt: Wissen ist Macht!) Wir können die Befreiung des Proletariats nicht durch Bildung abschließen, sondern wir können die Befreiung aus ökonomischer oder politischer Entfremdung nur beschleunigen, je konsequenter wir uns auf die besondere Arbeiterbildung beschranken, auf jene Arbeiterbildung, die von der sozialistischen Theorie, von der Werttheorie und von historischer Materialismus getragen und durchdrungen wird, die sich als einzigen Zweck stellt, die Schlagkraft, die Aktionsfähigkeit, beider aber auch die Aktionsarbeit des Proletariats im gegenwärtigen Kampfe zu erhöhen, um durch den ständigen und mächtig energisch geführten Klassenkampf baldmöglichst die Freiheit für das Proletariat und damit für die Menschheit zu erringen. Nach der ökonomischen und politischen Befreiung die Bildung im weiteren Sinne, nicht: „Vollbildung, ist Volksbefreiung“, sondern: „Durch Volksbefreiung zur Volksbildung.“ (Lebhafte Beifall.)

Das Schlußwort über Kasse und Presse erzählt

Wersich: Der Kassierer kann erst rechtshemweis im Schlußwort kurz sein. Der Bericht über halber Stelle ist, daß die Nürnberger nicht ganz so schuldig sind. Die Hauptschuld liegt an jener außerordentlichen Bestimmung im Statut der bayerischen Landesorganisation, die sobald als möglich aufgehoben werden muß, an der Bestimmung, durch die der Parteibitrag zerlegt wird in einen eigentlichen Parteibitrag und einen lokalen Zusatz. Lehmann hat in bezug auf den Wahren Jakob nur dem Ausdruck gegeben, was in weiten Kreisen der Partei empfinden wird, und auch die Reaktion teilt die Meinung, daß es viel besser sein könne, und wird jeden Beitrag und jede Hise äußerst dankbar entgegennehmen. Bei einem Blatt ist es sehr schwer, Schlüsse zu fassen. Wenn Lehmann mal einen guten Einfall hat, soll er sich vertrauensvoll an die Redaktion wenden. (Beifall.) Was die Mitgliedsfragen knovers über die hohen Zuschüsse an die Partischblätter anbelangt, so liegt die Gefahr vor, daß die Genossen in solchen Bezirken sich leicht auf die Bärenhaut legen und sich auf die Zentralfelle verlassen. Deshalb ist eine aufmerksame Kontrolle notwendig. In bezug auf den Königsberger Aufschuß hat er nicht ganz unrecht. Auch ich habe in allen Konferenzen erklärt, es könne so nicht weiter gehen, habe mich aber immer wieder davon überzeugen müssen, daß es nicht anders geht. Die Schwierigkeiten in diesen Provinzen sind sehr groß.

Der Bericht der Kontrollekommission verzieht auf das Schlußwort.

Gemäß dem Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand für das verfllossene Rechnungsjahr 1911/12 eine Erkl. Der Antrag Pils-Bremen wird in folgender Fassung angenommen:

Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteschule und ersucht den Vorstand, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.

Der Antrag 6* wird mit dem Zusatz von Stubbe-Hamburg angenommen:

Das gilt auch für solche lokale Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind.

* Der Parteitag begreift den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geprüften Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteschule und des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die bringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutet der Gewerkschaften hat sich auch im offenen Genesnis zur Partei gestellt, indem sie unter Anleitung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geständig bekämpft und kämpft.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu seinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in den Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unverletzlich mit dem Grundhaken und Interessen der Sozialdemokratie.

Zum Punkt Frauenorganisation wird der Antrag 21* angenommen unter Ablehnung des die Streckung des Punktes 4 verlangenden Antrages 21**.

Die Resolution der Frauenkonferenz (125) wird in folgender Fassung angenommen:

Den Vorschlag übernimmt Dorn.

Der parlamentarische Bericht.

Eichhorn erstattet den Bericht unter Ausschluß der Frage der Budgetbewilligung: Sie haben den schriftlichen Bericht alle eingehend studiert. Ich kann mich daher kurz fassen, weil im allgemeinen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion mit Ausnahme eines einzigen Falles Kritik von Bedeutung nicht geübt worden ist und dann weil in der politischen Lage sich Wesentliches seit der vorigjährigen Session auch nicht geändert hat.

Als ich den Bericht über die Wehrreform las, ist über die Tätigkeit des Reichstages Bericht erstattet worden, glaube ich, in Erinnerung an die Wehrreform dieser und jener.

Durch Anträge und Interpellationen hat sie eingegriffen überall, wo es notwendig war. Darum ist die Kritik Eisers nicht rein verständlich. Er vermischt eine Interpellation über die Militärfrage, bei der man die ganze Frage der auswärtigen Politik nach seiner Meinung hätte aufrollen können.

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfohlenwert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesen mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen im Vereinnehmen mit dem Gesamtverband und unter Ausnutzung der täglichen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange bereits der Beschäftigung der Parteimitglieder durch Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Proletariat gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die bisherigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertretung der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Zur Verhandlung stehen die Anträge 69, 71, 73. Der Antrag 70 wird nicht unterzucht.

Erläuterung begründet den Antrag 73.

Wollenbaur spricht zum Antrag 69.

Dr. Rosenfeld-Niederbarnim: Ganz besonders hat es mir gefallen, daß Eichhorn so scharf betont hat, daß es nicht Sache der sozialdemokratischen Fraktion sein könne, durch diplomatische Irreführung Vorteile zu gewinnen.

Ewald-Verlin: Einige Worte zum Antrag 71, der von den Zivildienstverweigerern handelt. Es ist eigentlich, daß man sich auf seine Parteigenossenschaft erst dann bezieht, wenn man sich die Konkurrenz vom Hals schaffen will.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen. Unter den Privatangestellten sind zwei Strömungen vorhanden.

71. Berlin II: Die Reichstagsfraktion zu ersuchen, im Reichstage erneut einen Antrag zu stellen gegen die den Arbeiterinnen gefährliche Konkurrenz der Militärskapellen.

72. Rottendurg a. L.: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldmöglichst einen Antrag einzubringen, nach welchem die entsprechenden Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes betr. die dort üblichen Tagelohnen, dahin abgeändert werden, daß bei Festsetzung derselben nicht nur der Verdienst der gewöhnlichen Tagelöhner, sondern auch der durchschnittliche Verdienst der gewöhnlichen (gelehrten) Arbeiter berücksichtigt werden soll.

73. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

74. Hannover III, Distrikt Elmstedt: Der Parteitag erklärt sich in Über einstimmung mit dem Beschlusse des Parteitagtes zu München 1902 für die staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenernährung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung.

Der Parteitag protestiert daher gegen den in den Denkschriften betreffend die Pension- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten, vom Reichsamt des Innern genehmigten Plan, die Arbeitererschaft von einer angemessenen Verbesserung der staatlichen Versicherung auszuschließen.

75. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

76. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

77. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

78. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

79. Göttingen: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeiführt wird.

zugrunde gelegt werden soll. Der Antrag müßte also anders formuliert werden.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort erhält Eichhorn: In der Frage der Versicherung der Privatangestellten haben Wollenbaur und Stolten die Haltung dargelegt, die die Fraktion bisher immer eingenommen hat.

Angesichts dieser Anträge will ich nur noch die Bitte aussprechen, daß die Genossen, welche künftig Anträge stellen, sich die Tätigkeit der Fraktion etwas eingehender ansehen möchten. Wäre das dieksmal geschehen, so wäre mancher der Anträge überflüssig gewesen.

Die Anträge von der Fraktion seit langem gestellt sind, weil im Reichstags nur jede Woche einmal Initiativanträge beraten werden. In der letzten halbjährigen Session sind sogar nur im ganzen 2 oder 3 Tage den Initiativanträgen gewidmet worden.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Stollen-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß ich mit meinen heutigen Ausführungen Ihren ganz besonderen Beifall finden werde, vielleicht nicht nur durch das, was ich sage, aber jedenfalls durch das, was ich nicht sage. Sie werden wohl alle mit mir darüber einverstanden sein, daß wir uns über die Maifeier als solche, über ihren Charakter und ihre Bedeutung heute nicht eingehend unterhalten werden. Das haben wir auf einer Reihe früherer Parteitage bereits gründlich getan. Wenn wir uns in diesem Jahre abermals mit der Maifeier zu beschäftigen haben, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses, der zum erstenmal für die Opfer der Maifeier die Unterstützungsleistung ausgesprochen hat, über die Art und Weise der Unterstützung nähere Vereinbarungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treffen, die für Partei und Gewerkschaft verbindend sein sollten. Nun hat der Parteivorstand diesen Auftrag ausgeführt, hat aber dabei wenig Zustimmung in Partei- und Gewerkschaftskreisen, zum Teil sehr energiegelangen und weitgehenden Widerspruch gefunden, und in den Anträgen, die Sie unterstügt haben, ist eine ganze Serie, die dieker Ungleichheit deutlichen Ausdruck verleiht. Nun ist die Frage für unsern Parteitag doch die: Gibt es ein anderes, zweckmäßigeres und geeigneteres Mittel, den von der Stuttgarter Konferenz und dem Essener Parteitag sanktionierten Grundgedanken zur Durchführung zu bringen, als daß von nun an die Opfer der Maifeier unterstützt werden? Die Generalkommission hat dazu ja bereits auf der Konferenz in Hamburg ihre Erklärung abgegeben, und der Parteivorstand tut es durch das Bescheid, das wir übertragen ist. Beide Körperlichkeiten sind der Meinung, daß eine andere Art der Regelung der Unterstützungsfrage unter den gegebenen Verhältnissen nicht in möglich ist. Die Lösung dieser Aufgabe hängt nicht von dem guten Willen des Parteivorstands und der Generalkommission ab, sondern sie liegt in Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinung dieser beiden Körperlichkeiten ruhen. In erster Linie geht durch alle Monda die Beschlüsse von Parteivorstand und Generalkommission der Gedanke, daß die Unterstützungsregelung nicht auf lokalem Wege, sondern durch die Zentralkasse von Partei und Gewerkschaften erfolgen soll. Die Anträge 87 und 90 sehen den radikalsten Weg der Lösung der Frage vor, indem sie einfach erklären, die Unterstützungsleistung von Partei und Gewerkschaften für die Opfer des Kampfs soll aufhören. Sie glauben das damit begründen zu können, daß sie sagen, in anderen Fällen würde die Bedeutung der Maifeier in ihrem Charakter, die Herstellung einer Arbeitsruhe am 1. Mai wesentlich beeinträchtigt werden. Nun ist ja diese Lösung der Frage gewiß sehr einfach. Die ganze Frage der Form der Unterstützung, die Frage, wer die Verpflichtung zur Unterstützung hat, wird natürlich sofort beiseite geschoben, wenn die Frage der Unterstützungsleistung überhaupt verneint wird. Aber die Beschlüsse des Stuttgarter und Essener Parteitages sind doch beide nicht aus heiterem Himmel gefallen, sondern sie haben ihre Ursache gehabt in dem Bedürfnis der Partei und der Gewerkschaften. Den Gedanken, daß durch die Art der Regelung der Maifeierunterstützung der Charakter der Feier abgeschwächt, die Lust und Liebe zur Demonstration am Montag beeinträchtigt werde, kann ich nicht verstehen. Glaubt man, daß die Maifeier, die Kampfeslust eher gestärkt wird, wenn man die Opfer der Maifeier den Gegnern hilflos überläßt, als wenn man ihnen eine gewisse nicht genügende Unterstützung zuteil werden läßt? Wenn die örtliche Unterstützung nach Ansicht der Antragsteller ungenügend und daher geeignet ist, die Kampfeslust abzuschwächen, so verfolge ich nicht, wie die Kampfeslust gestärkt werden soll, wenn man überhaupt keine Unterstützung gewährt.

Ein anderer Teil der Anträge — und ich glaube, in den Anträgen sind all die Einwände, die im Laufe der Zeit gegen den Beschluß des Parteivorstands und der Generalkommission laut wurden, vereinigt — die Anträge 88 und 89, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

gewerkschaftsmitteln, und für die beiden Organisationen Angehörigen von beiden Seiten zu gleichen Teilen.
3. Die Gewerkschaften werden ersucht, von Erhebung besonderer Maibeiträge für andre Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

80. Königsberg-Land, Fischhausen: Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind für die allein politisch organisierten Gesamteinheiten aus der Zentralkasse der Partei, für die allein gewerkschaftlich organisierten aus der Zentralkasse der Gewerkschaften, und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden genannten Kassen zu gleichen Teilen zu zahlen.
81. Frankfurt a. M.: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagelohnbeitrag abzugeben.
82. Siebenbrunn, Schleswig-Holsteinischer Reichstagswahlkreis: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den siebenbrunnsholsteinischen Reichstagswahlkreis erklärt in Uebereinstimmung mit dem in einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre Kiel und Umgebung gefassten Beschlusse die Arbeitsruhe nach wie vor als einzig wirksame Demonstration, da jede andre Feier zur Verflachung und Bedeutungslosigkeit der Maifeier führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstande empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Verschärfung der Arbeitsruhe zugestimmt wird.

83. Kiel: Die am 13. August tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kiel beschließt, nachstehende Resolution dem deutschen Parteitag zu unterbreiten.
Die heutige Versammlung betrachtet nach wie vor die Arbeitsruhe als einzig wirksame Demonstration, da jede andre Feier zur Verflachung und Bedeutungslosigkeit der Maifeier führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstande empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Verschärfung der Arbeitsruhe zugestimmt wird.

84. Trebbin: Der Parteitag möge beschließen, dem Parteivorstand zu beauftragen, erneut mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung zu treten; die strikte Arbeitsruhe am 1. Mai ist das Ziel der Klassenbewußten Arbeiterschaft; die Mittel zur Erreichung dieses Zieles müssen gemeinsam von den Zentralinstanzen der Partei und Gewerkschaften getragen werden.
85. Weimar III: Die heutige Generalversammlung sieht nach wie vor in der Feier des 1. Mai eine Befähigung auf dem Boden des Klassenkampfes, die, je mehr sie propagiert wird, an Kraft und Umfang gewinnt. Die Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die Bremskräfte und Abschwächungsversuche, mögen sie aus Partei- oder Gewerkschaftskreisen kommen. Um aber in Zukunft diesen ungerechtfertigten, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet die Versammlung vom deutschen Parteitag in Nürnberg, daß er mit allem Nachdruck dafür eintritt, daß dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es erlauben, der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird. In diesem Sinne hat der Parteivorstand und auch die Generalkommission zu wirken.

86. Neuhaldensleben-Wolmirstedt: Die Parteigenossen des Wahlkreises Wolmirstedt-Neuhaldensleben bebauern, daß die Generalkommission und der Parteivorstand die Maifeier vollständig in den Hintergrund stellen, und erwarten, daß der Parteitag die Generalkommission und den Parteivorstand ersucht, in nächsten Jahre ihr möglichstes zu tun, damit der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.
87. Nürnberg: Der Parteitag fordert im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse die Deutschen Arbeiter,

101, 103 und 104 gehen alle von dem gemeinsamen Gedanken aus, einmal die ganze Frage dem Parteivorstand und der Generalkommission zu einer erneuten Beratung zu überweisen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung nicht am Orte geregelt wird, sondern daß die Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften dafür in Anspruch genommen werden sollen. Geht es um einen solchen Vorschlag; es fragt sich aber, ob er durchführbar sein wird in bezug auf die Parteikasse. (Hört, hört!) Ich glaube, wenn Sie nur einen Blick werfen auf die Einnahmen, welche die Parteikasse in diesem Jahre zu verzeichnen hatte, werden Sie selber zugeben müssen, daß, wenn man nicht eine grundlegende Veränderung der Art der Beitragsleistung und der ganzen Massenverhältnisse der Partei vornehmen will, man dem Parteivorstand unmöglich diese Aufgabe überweisen kann. Wir haben in diesem Jahre aus allgemeinen Beiträgen eine Einnahme von ca. 112 000 Mk. zu verzeichnen, das sind die Gesamteinnahmen aus den Beiträgen der Wahlkreise an die Parteikasse. Glauben Sie etwa, daß eine solche Summe für einen Kampf von einigermaßen großer Ausdehnung ausreichen würde? Und selbst wenn man noch die Ueberträge des Vorwärts, der Parteiwahlhandlung und der übrigen Parteiuenternehmungen hinzurechnet, so hätten Sie doch erst 800 000 Mk. Man braucht nur diejenigen Genossen, die im gewerkschaftlichen Leben einermäßig verliert sind, zu fragen, ob man einen Lohnkampf auf großer Grundlage mit solchen Mitteln unternehmen kann. Gibt es nun eine Möglichkeit, die Parteikasse so zu fundieren, daß man diese Erfordernisse an sie stellen kann? Nein! Wir können nicht von heute auf morgen die Grundlagen der Partei ändern. Wir sind eine politische Partei, die Mittel sind notwendig für den politischen Kampf, für die daraus entstehenden Maßregelungen. Aber sie gleichzeitig zur Unterstützungskasse für allgemeine Kämpfe auszugestalten, das ist eine Aufgabe, die wir auf diesem Parteitag nicht lösen können. Diesen Weg können wir nicht gehen. Wir können auch dem Parteivorstand und der Generalkommission nicht zumuten, auf der Grundlage eines solchen Vorschlags die Frage zu regeln. Es fragt sich, ob die großen zentralisierten Gewerkschaften in der Lage sind, die Opfer des Kampfs zu unterstützen. Die Frage ist gewiß diskutierbar. Aber die in der Kommission vertretenen Gewerkschaften haben durch den Mund ihrer Teilnehmer an der Konferenz einhellig erklärt, daß sie eine solche Verantwortung nicht übernehmen können. Man kann den Zentralverbänden unmöglich zumuten, die finanzielle Verantwortung für Beschlüsse zu übernehmen, an deren Fassung sie nicht beteiligt sind, auf die sie keinen Einfluß haben, und die nur erfüllt werden können aus den lokalen Verhältnissen heraus. Die Vertreter der Gewerkschaften haben weiter erklärt, wenn wir die finanzielle Verantwortung übernehmen wollen, kann geben wie eigentlich ein Stück Verantwortung ob und übertragen es den Unternehmern, in deren Verlehen wir es stellen, zu ihnen genehmer Teil unter finanziellen Aspekten in Anspruch zu nehmen und unter Massen zu setzen, damit wir zu genügender Zeit nicht in der Lage sind, den Kampf anzunehmen. Dieser wurde erklärt: Wir können diese Unterstützungsverpflichtung nicht anerkennen im Namen der jetzigen Beiträge. Gestalten wir aber die jetzigen Beiträge anders, so fragt sich, in welcher Art und Weise? Auch wir gingen erst von dem Gedanken aus, einen Fonds zu sammeln, der gemeinsam durch Parteivorstand und Generalkommission verwaltet werden soll. Aber wie ist es möglich, die Mittel für diesen Fonds aufzubringen? Es ist vorgeschlagen worden, frühzeitig Sammellisten aufzustellen zu lassen. Wegen der Versäglichkeit eingewendet worden, daß Gelder auf Sammellisten erfahrungsgemäß nur für ganz aktuelle Zwecke eingehen. Tann ist die Möglichkeit erwoogen worden, diejenigen Arbeiter herauszusuchen, die nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Es ist vorgeschlagen worden, daß diese Arbeiter den dritten Teil ihres Verdienstes vom 1. Mai an einen Fonds abführen sollen. Aber die Generalkommission hat erklärt, daß sie ganz amherstehende sei, einen solchen Vorschlag den Gewerkschaften als bindenden Beschluß zu empfehlen. In Süddeutschland, Schlesien, Bayern, kurz in den industriell abgelegenen Gegenden habe man alle Mühe, die Arbeiter allmählich zu den Organisationen heranzuziehen. Es sei ganz unmöglich, diesen Leuten, die sich kaum die elementarsten Begriffe der Gewerkschaftsbewegung zu eigen gemacht haben, ein solches Opfer zumuten. Man würde dadurch die Leute verlieren und an einem Tage die Arbeit vieler Jahre vernichten. Einem solchen Argument gegenüber konnten wir uns nicht rundweg ablehnend verhalten. Es sind allerhand Vorschläge gemacht und besprochen worden, aber das Entscheidende, daß die Sache sich nach durch eine Reihe von Sitzungen hinzog, war eben doch der Vorschlag, den im Herbst dieses Jahres Parteivorstand und Gewerkschaften vorlegten und der folgende Wortlaut hatte:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsamt und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.
Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem andern Tage als am 1. Mai stattfinden.
Generalkommission und Gewerkschaften sind also von dem Gedanken ausgegangen, daß die Regelung der Unterstützungsfrage selbstverständlich erfolgen müsse auf dem Grundgedanken einer würdigen Maifeier, um der Idee des 1. Mai Rechnung zu tragen. Es kann aus dieser Resolution nicht hervorgeht werden, daß von einer würdigen Maifeier Abstand genommen werden soll, denn die Voraussetzung der ganzen Vereinbarung war ja die, dafür zu sorgen, daß an allen Orten der 1. Mai würdig gefeiert wird. In den Vereinbarungen heißt es denn weiter:

Bei Ausperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politischen, wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, in welchem die Ausperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an dem in Frage kommenden Orte ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freie Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht oder reichen die Mittel des Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Lihosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Lihosten der Ausperrung, aufzubringen hat, wird nach der Mitgliedszahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.
Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausperrung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

Dabei ging man von dem Gedanken aus, daß — wenn wegen der Ausperrung am 1. Mai Lohnforderungen erhoben werden — es sich nicht mehr um eine allgemeine, politische Aktion handle, sondern um einen Lohnkampf, der dann Sache der Gewerkschaften allein sei. Wenn einzelne Gewerkschaften, zum Beispiel die der Schuhmacher, erklärt haben, sie würden nach wie vor die Unterstützung aus ihrer Zentralkasse decken, so steht dem die Resolution nicht im Wege. Nicht das Recht der Gewerkschaften, im weiteren Sinne die Unterstützungsfrage zu regeln, ist bestritten worden, sondern es ist nur anerkannt, daß die Verpflichtung derjenigen Gewerkschaften, die nicht imstande sind, aus der Zentralkasse Unterstützungen zu geben. Der Hamburger Gewerkschaftsverband hat grundsätzlich diese Abmachung anerkannt, aber Generalkommission und Parteivorstand beantragen, nochmals in eine Beratung der ganzen Materie einzutreten, um zu sehen, ob doch noch den Wünschen der Gewerkschaftler und Parteigenossen irgendwie Rechnung getragen werden könne. Diese Vereinerung hat stattgefunden, aber zu keinem andern Ergebnis geführt, als daß man den Sach, wonach die Unterstützungsanspruch erst von der zweiten Woche an gelten soll, aufhob, indem man sich sagte, wenn es Sache der Organisationen ist, die Unterstützung aufzubringen, dann muß es auch ihre Sache sein, den Beginn der Unterstützung zu bestimmen. Im übrigen waren Parteivorstand und Generalkommission nach wie vor der Meinung, eine andre Regelung sei nicht möglich, und deshalb ersuche ich Sie, alle Anträge abzulehnen, die den Parteivorstand zu nochmaligen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragen wollen, solange nicht aus der Mitte des Parteitages selbst Vorschläge gemacht werden können, die Parteivorstand und Generalkommission als geeignet zur Erörterung anerkennen. Der Parteitag kann ja einen solchen Beschluß nicht fassen, weil es sich um eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission handelt, von denen die letztere hier nicht vertreten ist. Mögen Sie den Parteivorstand für noch so viel geheimer halten, als er ist, eine andre Regelung geht doch über seine Kraft.

Wir haben in einer ganzen Reihe von Sitzungen und damit befristet, die vorliegende Aufsichtende geprüft, der Generalkommission eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht und von ihr erhalten. Wir sind auf den Weg der gegenseitigen Verständigung gegangen und haben eben keine andere Verständigung erzielen können. Ist der Parteivorstand nicht in der Lage, für seine eigene Zentralkasse die Verantwortung zu übernehmen, so können Sie es der Generalkommission aus für die ihre nicht zumuten, um so weniger, als wir die Maifeier nur den Gewerkschaften zu gewinnen haben. Und noch eines: Als der Oberste der Maifeier auf dem internationalen Kongress in Paris ausstande und in Deutschland zum ersten Male propagiert wurde, stand die Frage der Unterstützung überhaupt nicht zur Diskussion. Es hat sich um eine Demonstration gehandelt, um eine Verkündung der Arbeitersolidarität, deren weittragende Bedeutung man damals ganz offen gesagt — nicht voraussetzte. Und in all den Jahren ist man immer davon ausgegangen, daß nicht wir die Entscheidung über die Maifeier zu treffen haben, sondern daß sie abhängrig ist von den jeweiligen wirtschaftlichen Kämpfen. Wir haben gesehen, daß die Maifeier immer tiefere Wurzeln schlug, daß die Maifeier immer imposanter geworden ist, und wenn sie in diesem Jahre den Erwartungen einzelner Genossen nicht entsprochen hat, so müssen Sie die Schuld nicht den Vorschlägen des Parteivorstandes und der Generalkommission zumessen, sondern sich die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Geschichte der Maifeier vor Augen führen. In der Zeit der wirtschaftlichen Niederrunde haben wir immer erlebt, daß die Maifeier zurückgegangen ist, und immer — wenn die wirtschaftliche Konjunktur in die Höhe ging — ist auch die Demonstration größer geworden. Die Möglichkeit, den Massen und den Eisern zur Demonstration zu beeinträchtigen, ist nicht vorhanden. Wenn unser Vorschlag auch nicht allen Erwartungen entspricht, so wollen wir doch, falls die Entsch. nicht früher ist, den Kampf weiter führen, und weil dies der Grundgedanke der Resolution ist, bitte ich Sie, es bei den Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zu belassen. (Beifall.)

101. Hanau-Orb: Der Parteitag möge beschließen, für die Frage der Maifeier eine neue Regelung herbeizuführen, indem die getroffenen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission eine absolut ungenügende ist und nur Verwirrungen unter den Parteigenossen sowohl als auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorruft und die ganze Maifeier in der Zukunft unmöglich machen wird.
102. Ellerbek bei Kiel: Die Beschlüsse zwischen Parteivorstand und Generalkommission betreffs Maifeier sind aufzuheben, und beschließt der Parteitag: Die würdigste Feier des 1. Mai ist die Arbeitsruhe; jedoch beahft die Partei keinerlei Unterstützung an Gewerkschaften.
103. Berlin IV: Die Feier des 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu begehen und zu diesem Zweck durch die Presse, durch Proschüren und Versammlungen geeignete Agitation dafür zu entfalten.

104. Dortmund: Den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu setzen, um sich über einen Beitrag zu einem Maifeiergenossenschaftsfonds zu verständigen. In dieser gemeinsamen Sitzung sollen auch die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften hinzugezogen werden.
Die Parteigenossen, sowie die Gewerkschaftsmitglieder sollen einen gleich hohen Beitrag zahlen. Ferner soll von dem Maifeierfestüberschuh ein Teil in den zu bildenden Fonds abgeteilt werden. Von diesen Beiträgen sollen diejenigen unterstützen, die wegen der Maifeier gemahrt, resp. ausgesperrt werden. Der Fonds wird von dem Parteivorstand und der Generalkommission gemeinschaftlich verwaltet. Dieser Zentralfonds soll bezwecken gegründet werden, weil die einzelnen Lokalkassen nicht leistungsfähig genug sind, eine derartige Unterstützung durchzuführen zu können, und die Maifeier auf diese Weise zugrunde gehen würde, was unter allen Umständen vermeiden werden muß. Ferner soll der Parteitag der sozialdemokratischen Presse die Verpflichtung auferlegen, für die Arbeitsruhe die größte Propaganda zu machen. Deutlichlich soll dieses die gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes, der Generalkommission und Gewerkschaftsvorstände der Gewerkschaftsgruppe gegenüber tun.
Alle Parteigenossen haben den Lohn für den 1. Mai an die örtlichen Parteikassen abzuführen.
105. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
106. Nieder-Varmin: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, nochmals mit der Generalkommission in Unterhandlung wegen einer andern Regelung der Maifeierunterstützung zu treten und bei der Regelung dieser Frage auf stärkere Propagierung der Arbeitsruhe bedacht zu sein.
107. Frankfurt a. M.: Auf Grund der in Partei- und Gewerkschaftskreisen an der Maifeiervereinbarung gemachten Ausstellungen wird der Parteivorstand beauftragt, in Gemeinschaft mit der Generalkommission sowie Vertretern der Gewerkschaftsvorstände und der Bezirksverbände der Partei eine Revision dieser Vereinbarung vorzunehmen, und zwar so zeitig, daß das Resultat möglichst bis zum Jahresabschluss den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen unterbreitet werden kann.

108. Weimar III: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
109. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
110. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
111. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
112. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
113. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
114. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
115. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
116. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
117. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
118. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
119. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
120. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

121. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
122. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
123. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
124. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
125. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
126. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
127. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
128. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
129. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
130. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

131. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
132. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
133. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
134. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
135. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
136. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
137. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
138. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
139. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
140. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

141. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
142. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
143. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
144. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
145. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
146. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
147. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
148. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
149. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
150. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

151. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
152. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
153. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
154. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
155. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
156. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorwänden vorbeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterliebt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
157. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Beteiligung des Massenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Im tiefsten Unvernehmen, das

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. September.

Wichigtatkalender. 16. September 1786: Gabriel Daniel Fahrenheit, Verbesserer des Thermometers und des Barometers, gestorben 1622: Tilly erobert Heidelberg und sendet später die Universitätsbibliothek nach Rom.

Sonnenaufgang: 5,37, **Sonnenuntergang:** 6,12.
Monduntergang: 12,59 nachm., **Mondaufgang:** 9,21 abends.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. September:
Südwinde, zunächst heiter, später Bewölkungszunahme.

Das Hauptnahrungsmittel der Deutschen.

Zimmer mehr wird der Arbeiter aus dem Innern der Stadt vertrieben. Seine Wohnung muß er in den Vororten nehmen, an die Wiesen, Felder und Wälder preisen. Sie haben schon jetzt ein recht herbliches Aussehen. Die Getreidefelder sind abgeerntet und werden bereits umgepflügt. Nur die Kartoffelfelder bergen noch zum großen Teil ihre Schätze. Fleißige Hände sind bemüht, sie zu heben, und gar oft kann man am frühen Morgen oder am späten Abend bei dieser Arbeit den Proletarier beobachten, der tagsüber am Schraubstock, der Hobelbank oder am Webstuhl steht. An ihn hauptsächlich sind ja auch die zahlreichen Inserate der Tageszeitungen gerichtet, in denen die „Zeile“ oder „Rute“ Kartoffeln zu 80 Pfg., 1 Mk., 1,30 Mk. usw. empfohlen werden. In Deutschland ist nun einmal die Kartoffel das wichtigste Nahrungsmittel, während bei fast allen Kulturvölkern aus Getreide hergestellte Produkte, vornehmlich das Brot, die Hauptnahrung bildet. In Deutschland ist der Preis des Getreides, das bedeutend mehr Erweiss, den für den Menschen wichtigsten Nahrungstoff, enthält, als die Kartoffel, so durch die Höhe getrieben, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn in Deutschland ein Verbrauch von nur zirka 250 Kilogramm Roggen und Weizen, dagegen aber ein Verbrauch von zirka 700 Kilogramm Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der in Deutschland erzeugten Kartoffeln, deren Gesamtmenge im Jahre 1907 zirka 455 Millionen Doppelzentner betrug, als Viehfutter oder zu gewerblichen Zwecken verwendet wird. Immerhin zeigt die in Deutschland mit Kartoffeln bebauten Fläche die Ueberlegenheit dieses Landes in der Kartoffelproduktion gegenüber andern Ländern. Die mit Kartoffeln bebauten Fläche Deutschlands betrug 3,8 Millionen Hektar, während Oesterreich-Ungarn nur 1,9 Millionen Hektar bebaut, und die übrigen Länder noch bedeutend weniger.

Allgemein wird angenommen und vielfach wird es noch in den Schulen gelehrt, daß Sir Francis Drake die Kartoffel in Europa eingeführt habe. Das ist jedoch nicht richtig, denn wie bekannte Naturforscher, u. a. Alexander v. Humboldt, festgestellt haben, war die Kartoffel in Europa schon vorher bekannt. Allerdings kommt Francis Drake das Verdienst zu, daß durch ihn die Kartoffel und ihre Anwendung als Nahrungsmittel bekannter wurde. Bereits um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurden in Sachsen, und zwar im Vogtland, Anbauversuche gemacht, und um das Jahr 1740 verbreitete sich die Kartoffel in Leipzig's Umgegend.

Obwohl die Kartoffel ein vorzügliches und verhältnismäßig billiges Nahrungsmittel ist, genügt sie keineswegs dem Menschen als ausschließliche Nahrung. Denn der Mensch braucht zu seiner Erhaltung neben Kohlenhydraten, die allerdings in der Kartoffel in hinreichendem Maße vorhanden sind, auch Eiweiß und Fett. Wie wir bereits bemerkten, enthält die Kartoffel nur ganz geringe Mengen eiweißhaltiger Körper, Fett enthält sie überhaupt nicht. Je mehr also der Preis der an diesen Stoffen reichen Nahrungsmittel, wie Getreide, und hauptsächlich Fleisch, in die Höhe getrieben wird und die Bevölkerung deshalb immer mehr zur Kartoffel als Nahrung zu greifen gezwungen ist, um so mehr wird das Volk degeneriert.

Neben den Kohlenhydraten (Stärke) und ca. 70 Prozent Wasser enthält die Kartoffel aber auch noch eine giftige Substanz, Solanin genannt. Dieses findet sich hauptsächlich in den frischen Keimen alter und in jungen noch nicht ausgereiften Kartoffeln vor. Fast alle Kartoffeln reifen nach der Ernte nach, wodurch sich Wärme entwickelt. Deshalb muß auch bei der Aufbewahrung der Kartoffel, die am besten in trockenen, kühlen, jedoch frostfreien Kellern geschieht, in der ersten Zeit der Unterbringung für Ableitung der Wärme gesorgt werden. Im Winter befindet sich die Kartoffel im Zustand der Ruhe, und erst im Frühjahr beginnt die Lebenstätigkeit wieder von neuem. Mit dem Erwachen der Lebenstätigkeit, die oftmals auch mit einer Geschmacksveränderung der Kartoffel verbunden ist, ist wiederum für ausreichende Lüftung zu sorgen.

Von der Juristerei.

Der bekannte Staatsanwalt Wulffien in Dresden hat neulich die Ansicht ausgesprochen, daß jeder Jurist einen Kurs im Zeitungsbetriebe durchmachen müßte, damit er einen Einblick ins Pressewesen gewinne und dadurch in der Lage sei, allerhand Unglaubhaftkeiten zu vermeiden, die einem fast in jedem Presseprozeß entgegenzutreten.

Daß Staatsanwalt Wulffien vollständig recht hat, können wir heute wieder belegen. In der Druckerlei der Leipziger Volkszeitung ist ein an die Arbeiterschaft im Burgener Hartsteinindustrialbezirk gerichtetes Flugblatt gedruckt worden. Dieses Flugblatt wurde denn natürlich auch verbreitet. Nun ist in unrer Druckerlei der

Anlegerin das Malheur passiert, daß sie einmal anstatt eines Bogens deren zwei erhielt und durch die Presse gehen ließ. Infolgedessen blies der eine Bogen unbedruckt und so kam es, daß das Flugblatt nur auf der ersten Seite bedruckt war, während die zweite Seite weiß geblieben ist. Der terminus technicus dafür ist: „Schimmel“.

Von der Staatsanwaltschaft ist nun gegen den Direktor der Leipziger Buchdrucker-Ateliersgesellschaft, Genossen Seyfert, und gegen den Verleger Noack in Burgener Anklage wegen Uebertretung der §§ 6 und 19 des Reichspressgesetzes erhoben worden, weil der gelehrliche Vorschrift zuwider auf jenem der Staatsanwaltschaft in die Hände geratenen vertriehenen „Schimmel“ die Angabe des Verlegers und des Druckers fehlt.

Die hochnotpeinliche Verhandlung ist auf den 1. Oktober vor dem Schöffengericht Burgener anberaumt worden.

Ergebnisse der Wertzuwachssteuer.

Die Wertzuwachssteuer, deren Ergebnis im städtischen Haushaltsplan für 1908 auf 850 000 Mk. veranschlagt worden ist, ist bisher vom Ministerium noch nicht genehmigt worden. Im Jahresbericht des „Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzer“ wird der Versuch gemacht, die Unerlegbarkeit der Wertzuwachssteuer mit dem Hinweis zu beweisen, daß sie in Preussien in den letzten Monaten ihres Bestehens nur 81 000 Mk., in Württemberg in den ersten drei Monaten ja nur 400 Mk. eingebracht habe. Diese Beweisführung ist natürlich irreführend. In der Zeit zwischen der Annahme der Wertzuwachssteuerordnung und der Genehmigung durch die Regierung werden natürlich alle Käufe von Grund und Boden, die irrenweise in der Schwelbe sind, schleunigst zum Abschluß gebracht, eben um der Wertzuwachssteuer zu entgehen. Es wird also der Bedarf der nächsten Zeit, wenn man so sagen darf, auf Vorrat gedeckt werden, so daß in der Regel erst nach längerer Zeit die Wirkungen der Wertzuwachssteuer in Erscheinung treten. Wie bedeutend die Mittel in Wahrheit sind, die wirklichkeitsgemäßen durch die Annahme der bodenreformatorischen Steuer für ihre Kulturaufgaben ohne Belastung der Arbeit gewonnen haben, mögen ein paar Zahlen beweisen. Die Wertzuwachssteuer brachte in:

Frankfurt a. M. (1906)	rund 1 106 000 Mk.
Rhein (1906)	287 000 „
Stettin (1906)	65 000 „
Essen (April bis November 1907)	105 000 „
Weissenhof (April bis November 1907)	64 000 „
Dortmund (September 1906 bis August 1907)	243 000 „
Pankow (Oktober 1906 bis November 1907)	74 000 „
Rehden (April bis November 1907)	50 000 „
Wien (April bis November 1907)	14 000 „
Rheinland (April bis November 1907)	50 000 „
Walleim a. Rh. (April bis November 1907)	20 000 „
Rhein (August 1907 bis März 1908)	93 000 „
Leipzig bei Leipzig (1907)	11 000 „
Hildersdorf bei Chemnitz (August 1906 bis Dezember 1907)	13 000 „

Dabei sind auch unter den angeführten Orten eine Reihe von solchen, in denen die Wertzuwachssteuer infolge der Kürze ihrer Einführung noch nicht zur vollen Geltung gelangen konnte.

In Königsberg soll die Wertzuwachssteuer ebenfalls eingeführt werden. In ihrer Begründung hat der Magistrat eine Aufstellung über die Gewinne bei Grundstücksverkäufen gemacht, die beweist, daß die Grundbesitzer, die sich nach berühmten Mustern stets als „notleidend“ hinstellen, enorme Gewinne einheimeten. So laßt der Magistrat, daß in Königsberg der Wertzuwachs der Grundstücke im Jahre 1906 gegen sechs und im Jahre 1907 gegen fünf Millionen Mk. betrug. Was für Gewinne einzelne Grundstücke einbrachten, darüber sagt der Magistrat folgendes: Ein Grundstück in der Altstadt ist für 135 000 Mk. verkauft, welches acht Monate vorher für 115 000 Mk. erstanden ist. In der Gegend des Rastens Gartens ist ein Grundstück für 120 000 Mk. verkauft, das im Jahre 1897 für 27 000 Mk. erworben ist. Unweit der Vorstadt ist ein Grundstück für 40 000 Mk. verkauft, das 1903 für 18 000 Mk. erworben ist. In der Gegend des Bahnhofs ist ein Grundstück für 440 000 Mk. verkauft, welches 1902 mit 335 000 Mk. erworben ist, ein anderes Grundstück für 117 000 Mk. bei einem Erwerbspreis von 87 000 Mk. im Jahre 1904, ein anderes für 165 000 Mk. bei einem Erwerbspreis von 150 000 Mk. im Jahre 1906. Auf dem Senfheim wurde ein Grundstück für 200 000 Mk. verkauft bei einem Erwerbspreis von 150 000 Mk. im Jahre 1906.

Große Gewinne sind auch an Wiesen erzielt. Es liegen Verkaufspreise von 14 000 Mk., bei einem Erwerbspreis von 7000 Mk. vier (1) Tage vorher, 8400 Mk. bei einem Erwerbspreis von 2000 Mk. am selben (1) Tage, von 88 500 Mk. bei einem Erwerbspreis von 24 000 Mk. im Jahre 1906. In Kalbitz ist ein Grundstück für 30 000 Mk. verkauft bei einem Erwerbspreis von 18 800 Mk. im Jahre 1906, ein anderes für rund 28 000 Mk. bei einem Erwerbspreis von 17 000 Mk. im Jahre 1898. Auf dem Hufen ist ein Grundstück für 18 800 Mk. verkauft bei einem Erwerbspreis von rund 7500 Mk. kaum sieben (1) Monate vorher, ein anderes für 57 800 Mk. bei einem Erwerbspreis von 25 800 Mk. einen (1) Monat vorher, ein anderes für 25 000 Mk., bei einem Erwerbspreis von 11 632 Mk. im Jahre 1906. Ausdrücklich hebt der Magistrat hervor, daß damit keineswegs alle größeren Gewinne zum Ausdruck kommen, sondern nur eine kleine Vorkategorie angeführt sind. Und angesichts solcher Gewinne erklären die Herren Grundbesitzer, daß sie „notleidend“ seien und die Wertzuwachssteuer, die nur in sehr bescheidenem Maße diese Gewinne besteuern will, ablehnen müßten. In Königsberg soll die Wertzuwachssteuer jährlich gegen 200 000 Mk. bringen.

1. Einem Bierpanscher hat das Schöffengericht seine verbiente Strafe ausgemessen. Es ist der Restaurateur Arthur William Scher, der bis zum Jahre 1907 den hiesigen Thüringer Bahnhof bewirtschaftete und jetzt eine Gastwirtschaft in Chemnitz betreibt. In der gerichtlichen Verhandlung wurde dem Rädler nachgewiesen, daß er von 1905 bis 1907 auf dem Thüringer Bahnhof an die Wände als echtes Zucherbier eine appetitliche Mischung des Zucherbieres mit Meizen von Avenlauer Lagerbier vermischt hat, je er ganz so gut wie, Jwentaauer Lagerbier als reines Zucherbier Exportbier zu verkaufen. Natürlich nahm er den Leuten den Preis ab, der dem echten Zucherbier entspricht. Wegen Nahrungsmitteleißenung und Betrugs wurde der wegen des Verzehrs schon einmal bestrafte Angeklagte zu einer Geldstrafe von 500 Mark oder 40 Tagen Gefängnisstrafe verurteilt.

2. Gegen die Semme diebe. Der Hausbesitzerverein zu Leipzig-Plaaglich beschäftigte sich mit der Frage, wie man am sichersten den Semmel Dieben ihr Handwerk legen könne und empfahl die Andringung von Nähten an den Hauswänden, die mit einem Gipsstrich zu versehen sein würden, durch das die Frühstücks-träger die Beutel der einzelnen Familien einwerfen.

Im Naturbeobachter Leipzig II hält am Donnerstag, den 17. September, abends 9 Uhr, Herr Müller-Stötter im Tivoli, Windmühlenstraße, einen Vortrag über Wundenbehandlung, wogegen Gäste bei freiem Eintritt willkommen sind.

Berichtigung. Zu unserm am Montag veröffentlichten Artikel: Der Felerabend des Herrn Meyer vor Gericht ist richtig zu stellen, daß sich die dritte Anklage nicht gegen den Redakteur Letter von der Dresdener Volkszeitung, sondern gegen den Redakteur Letter von der Oberhessischen Volkszeitung richtet.

Zum Großsteinberger Mord. Es ist von Wichtigkeit, daß sich diejenige Person meldet, die am Sonntag, den 21. Juni 1908, dem Tage der Ermordung der Conrad, in der Zeit zwischen 1/6 bis 8 Uhr morgens die Straße von Großsteinberg nach Klinga gegangen, per Rad gefahren oder sonstwie passiert hat. Schriftliche Meldung ist an den Untersuchungsrichter Dr. Leonhard, Landgericht, Elfenstraße, zu erstatten.

Zur Verhaftung Bohmanns. Wie verlautet, habe bei der Staatsanwaltschaft die Absicht, Bohmann zu verhaften, schon seit längerer Zeit bestanden. Es seien nämlich seiner Zeit, kurz nach dem Tode der Emma Heine, bei den Hausdurchsungen in der Bohmannschen Wohnung, wie erst jetzt bekannt wird, Blutspuren an den Türspalten gefunden worden. In der letzten Zeit ist Bohmann viel vermisst, angeblich nach Reiz, wo sich die Kinder des Bohmannschen Ehepaares bei der Großmutter aufhalten.

Ein Kind verbrüht. Am 12. d. Mts. hat das 1 1/2-jährige Kind des Geschäftsführers Kröhl in der Gerberstraße eine Wanne mit heißem Wasser umgriffen und sich dabei stark verbrüht. An den Folgen der Verbrüfung ist das Kind im Krankenhaus verstorben.

Bei der Arbeit verunglückte im Universitäts-SpeiseSaal ein 18-jähriger Maler, indem er von dem Leitergerüst abstürzte. Der junge Mann wurde in seine Wohnung bringen lassen.

Wom Straßenverkehr. Auf der Bismarckstraße brach gestern vormittag das rechte Hinterrad eines mit 100 Zentnern Kohle beladenen Lastfuhrers, wodurch der Straßenbahnverkehr auf einige Zeit unterbrochen wurde.

Schwerer Ausbruch machte sich gestern abend ein 27-jähriger Arbeiter aus Neu-Neuditz in der Schämmelstraße schuldig. Aus Ärger über seine hinausgeworfene aus einer Wirtschaft schlug er eine Spiegelscheibe im Werte von 100 Mk. ein, auch leitete er dem hinzugerufenen Schutzmänn bestigsten Widerstand und trat den Beamten an den Leib. Der wütende Mensch wurde schließlich überwältigt und in Haft genommen.

Selbstmordversuch. Um sich das Leben zu nehmen, stürzte sich gestern ein 60-jähriger Maurer aus der Leichstraße am Döllberg Wehr in die Pleiße. Ein Maurer und ein Badermeister retteten aber den lebensmüden Mann. Er hatte wegen eines Herzensleidens den Versuch gemacht, sich zu töten.

Handhände haben 75 Fensterhebeln der ehemaligen Egererstraße des 184. Regiments an der Gohliser Straße mit Steinen eingeworfen. Die Urheber sind noch nicht ermittelt.

Feuer. Durch Spielen mit Zündhölzchen hat gestern ein schwachmünniger 10-jähriger Knabe in der Grenzstraße einen Stubensbrand veranlaßt. Dieser wurde alsbald unterdrückt.

Sittlichkeitsverbrecher. In Haft genommen wurde wegen eines Sittlichkeitsverbrechens ein 52 Jahre alter Arbeiter aus Crema. Der Unverbesserliche hat wegen solcher Verfehlungen schon schwere Zuchthausstrafen hinter sich.

Diebstähle. Mittels Nachschlüssels wurden aus einer Wohnung in der Umlandstraße 3 Stück Hannoverische Straßenbahnaktien zu je 1000 Mk. mit den Nummern 4054, 4619 und 15 554 gestohlen. Ferner entwendeten Diebe aus einer Wohnung der Turnerstraße einen Geldebtrag von über 100 Mk., eine Anzahl Bettlücken, eine Pelzboa, ein Dutzend weiße Handtücher und andre Wäscheartikel, aus einer Bodenkammer in der Wilhelmstraße Kleidungsstücke, darunter ein dunkler Winterüberzieher, ein schwarzer Sommerüberzieher, ein braunfarbener Jacketanzug und ein schwarzer Damenmantel, Spachtelvorhänge und cremefarbene Gardinen im Werte von über 400 Mk., aus einem Garten am Windmühlenweg ein grüngefrühtes Aquarium mit Springbrunnen und Fischen, am Bayerischen Bahnhof einem auf der Durchreihe befindlichen Herrn eine Brieftasche von schwarzem Leder mit 270 Mk. Papiergeld und einem Kreditbrief der Essener Kreditanstalt über 1500 Kronen, ausgestellt für Karl Meyer, und in der Nürnberger Straße ein Fahrrad, Marke Adler.

Eingebrochen wurde in ein Geschäftskloak in der Nordstraße. Gestohlen wurden 12 Paar neue Herrenschuirschuhe und 11 Paar Herrenschuhe mit Gummitrappen, ein Geldebtrag und eine Herren-Taschenuhr.

Zukunft in Rechtsfragen.

Jeder Anfrage muß die letzte Abonnementsquittung, sowie eine Spickmarke (Buchstabe und Zahl), unter der die Antwort erfolgen soll, beigefügt sein. Verzügliches Nachrichten und schriftliche Antworten erteilen wir nicht.

Sprechstunde der Redaktion täglich von 6 bis 7 Uhr abends, außer Sonnabends; die letzte Quittung ist mitzubringen.

Sorge 1. Wenn Anklage erhoben wird, ist eine Bestrafung allerdings möglich. Sind Sie auch beleidigt worden, so können Sie Wiederklage erheben.

S. D. Lindenau. Bei Eltern, Geschäftlern und Abkömmlingen 4 Prozent, sonst 6 bis 10 Prozent.

S. G. 29. 1. Bis 10 Uhr. 2. Bei offenem Fenster über Haupt nicht.

100. G. 20. Bestimmungen, die ihm das untersagen, bestehen nicht.

G. 23. St. 1. In Plogwitz. 2. Besondere Bestimmungen bestehen nicht. Es heißt nur: rechtzeitig; also am 1. Oktober.

S. P. 48. 1. Das richtet sich nach dem persönlichen Verhältnissen und erfahren Sie am besten aus dem Standesamt. 2. Dazu kann niemand gezwungen werden. 3. Durch die Ehe wird das Kind sofort legitimiert. 4. Das bleibt sich gleich. 5. Nein. 6. Da gibt es keine Lösungen.

Briefkasten der Redaktion.

N. K. 28. 042 = heilbare Krankheiten des Kehlkopfes oder der Luftröhre.

Ueberrifft alles was Malzkaffee heisst an Güte, Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit. **Malzkaffee-Bamf** **Kaufen Sie ein Paket und prüfen Sie selbst!** **Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.**

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Stabschef Hamburg: Die Abmachungen waren ungewisslich merklicher. Einmal waren sie den Mittelstufen erst fünf Wochen vor dem 1. Mai ausgegangen, so daß die Unterstufungfrage unmöglich geregelt werden konnte. Spätestens ist die lokale Regelung dem größten Teile der Parteigenossen unmöglich. Wenn Hamburg III und die anderen Drie beantragen, von der Unterstufung ganz abgesehen, so geschieht das aus dem von Fischer erwähnten Gesichtspunkt, daß man ursprünglich an eine Unterstufung überhaupt nicht gedacht hat. Nun sehen wir ja ein, daß es einstweilen nicht ohne Unterstufung geht. Aber wenn es auf zentralen Wege nicht möglich ist, ausreichende Fonds zusammenzubringen, so geht es auf lokalem Wege erst recht nicht. Wir werden zur Einföhrung eines obligatorischen Beitrags kommen müssen, der braudkt ja nicht sehr hoch zu sein, wenn die Unterstufung von der ersten Woche nach der Maisfeier ab bezahlt wird. Bei 50 Wg. Extrabeitrag werden die Gewerkschaften Millionen ausbringen. Vielleicht dürfte das nicht in den letzten Monaten vor dem 1. Mai geschehen, sondern etwa im dritten Quartal — Juli bis September. Lokal geht es nicht. Da würden sich in einzelnen Orten Fonds ansammeln, die der Organisation entgegenzuwirken würden, und in anderen Orten mit größeren Ausperrungen würde es zu den Unterstufungen nicht reichen. Die Regelung auf lokaler Grundlage ist unmöglich, ebenso wie es heute unmöglich ist, die Streikunterstufung auf lokaler Grundlage zu regeln. Wenn man sagt, man könne nicht alle Arbeiter, die in absehbarer Zeit nicht feiern können, zu den Beiträgen heranziehen, so meine ich doch, daß alle organisierten Arbeiter die Pflicht haben, zur Durchführung internationaler Reichstafeln beizutragen. Fischer hat darin recht, daß es heute unmöglich ist, in dieser Beziehung Beschlüsse zu fassen, aber treten Sie deshalb den Anträgen bei, die noch in den Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wünschbar sind. Und wenn die einzelnen Zentralvorstände und vielleicht auch Parteifunktionäre zugezogen werden, würde es doch vielleicht möglich sein, zu einer anderen Regelung zu kommen, wenn auch vielleicht einzelne Gewerkschaften Schwierigkeiten machen, weil sie ohne ihre Generalkonferenz eine Entscheidung nicht treffen können. (Bravo)

Herr Kugenburg: Als der Mannheimer Parteitag die Frage der Zusammenarbeit der Partei mit den Gewerkschaften in ihrer ganzen Tragweite aufrollte und nach Mitteln und Wegen suchte, wie wir das im Interesse der beiden Zweige der Arbeiterbewegung unumgängliche Zusammenarbeiten erzielen könnten, gehörte ich zu denjenigen Genossen, die sich am wenigsten ein ersprieliches Zusammenwirken auf dem Wege versprochen, daß die obersten organisatorischen Spitzen beider Zweige der Arbeiterbewegung in dualistischer Weise miteinander verfahren und Vereinbarungen treffen, die dann für beide Zweige der Arbeiterbewegung maßgebend sein sollten. Ich glaube, daß bei den ersten beiden wichtigen Proben des Zusammenwirkens auf Grundlage eines dualistischen Systems — wie wir jetzt erlebt haben — unsere Bestrebungen von damals vollständig gescheitert worden sind. Diele zwei Proben sind: die Maisfeier und die Jugendorganisation. Die Frage der Maisfeier ist auf sämtlichen deutschen Parteitag verhandelt worden und mit Recht. Aber erst seit kurzem ist eine ganz neue Seite in diese Bewegung hineingeworfen worden, die von sehr verhängnisvoller Wirkung auf die Fortschritte der Maisfeier sein kann — das ist die Frage der Unterstufung. Als wir in Stuttgart in der deutschen Delegation die Bestimmung getroffen hatten, daß die Partei gütigst bereit ist, an der Unterstufung der Opfer der Maisfeier sich zu beteiligen, sollte damit nur ausgesprochen werden nach dem ganzen Sinn und Geist der Verhandlungen, daß auch die Partei alles tun will, was in ihrer Macht steht, um die Maisfeier so würdig wie möglich auszuführen. Die Unterstufungsfrage hat sich schon sehr bald als eine schlimme Schlinge erwiesen, in der die Maisfeier erdroffelt werden kann, wenn wir nicht rechtzeitig der falschen Richtung in der Lösung dieser Frage vorbeugen. Genosse Fischer hat gesagt, er könne nicht einsehen, wo die Logik liegt, wenn man den Gedanken vertritt, durch die Lösung der Unterstufungsfrage würde die Würde der Maisfeier beeinträchtigt. Umgekehrt sagt er: „Dadurch, daß wir Maßregeln treffen, um die Opfer der Maisfeier zu unterstützen, und nicht auf dem Wege liegen lassen, wirken wir dafür, daß die Maisfeier würdig gefeiert wird.“ Ich finde keine Logik auf der Seite Fischers. Parteivorstand und Generalkommission haben vollständig recht, wenn sie behaupten, sie haben vielleicht eine falsche Lösung der Unterstufungsfrage gefunden. Nun sagen Sie: Welt ist eine bessere, dann werden wir sie ergreifen, wir haben bis jetzt keine bessere gefunden. Ich behaupte, eine vollwertige Regelung der Unterstufungsfrage in dem Sinne, daß einerseits die Maisfeier immer mehr ausgedehnt wird, andererseits aber alle Opfer unterstützt werden, kann gar nicht gefunden werden. Darin liegt eben die Schlinge, in der die Maisfeier erdroffelt wird, daß wir uns weiter darauf einlassen, alle möglichen Kombinationen ausfindig zu machen, um die Unterstufung so zu regeln, daß alle Opfer gedeckt werden und doch die Maisfeier ausgebaut wird. Die bisherige Praxis der Maisfeier nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern hat gezeigt, daß es nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Maisfeier vorzubeugen — das ist nicht die Unterstufung, sondern die möglichst Ausdehnung der Maisfeier. Nur da, wo die Zahl der Feiern eine so gewaltige ist, daß eine Maßregelung unmöglich ist, nur dann, wenn man die wirkliche Macht der Massenbewegten organisierten Kämpfer der Arbeiterkraft mit ihrer ganzen Wucht dem Unternehmertum gegenüberstellt, erst dann wagt das Unternehmertum nicht, Maßregelungen gegen uns vorzunehmen, (Widerpruch und Zustimmung.) Wir haben erfahren, daß das auf Schritt und Tritt sich bestätigt. (Zuruf: Wo denn?) Ich bitte Sie, einen Blick zu werfen nach einem Lande, wo die Arbeiter genau aus demselben Geiz gemacht sind, wie die deutschen Arbeiter, nach Rußland-Polen. (Widerpruch.) Wir haben dort in diesem Jahre, wiederum in Warschau, eine Maisfeier gehabt, die einzeln in der Welt dasteht. Sämtliche Fabrikarbeiter haben gefeiert. Es geschah das nicht etwa auf dem Höhepunkt der Revolution, wo alle Feiern hochfliegen. Wir haben seit längerer Zeit in Rußland und Rußland-Polen einen Niedergang, einen gewissen Stillstand der Revolution, der revolutionären Bewegung zu verzeichnen. Wir haben eine furchtbare wirtschaftliche Depression, eine totale geistige Depression und trotz alledem hat man dort meistens den 1. Mai gefeiert. Und gerade deswegen sind in diesem Jahre ebenso wie früher, die Maßregelungen für die Maisfeier minimal gewesen. Genau dieselben Erfahrungen hat man in Deutschland gemacht. Ich glaube, es war eine Zahlstelle der Holzarbeiter in Berlin, die in diesem Jahre genau dasselbe festgestellt hat in einer Sitzung nach der Maisfeier, daß nämlich nur durch die möglichst Ausdehnung der Zahl der Feiern ein Regel dagegen vorgeschoben wird, daß die Maßregelungen die Massen der Feiern treffen. Deshalb würden wir einen ganz falschen Weg einschlagen, wenn wir uns tatsächlich mit der aufgeworfenen Frage des langen und breiten beschäftigten wollten, wie die Feiern unterstützt werden sollten. Fischer hat selbst unwillkürlich gezeigt, wie ausweglos eigentlich dieser Weg ist, indem er sagte: Ihr seid alle unzufrieden mit der bisher getroffenen Regelung, daß die lokalen Organisationen die Genossenschaften unterstützen sollen. Wer soll sie denn sonst unterstützen? Die Zentralpartei ist nicht dazu da, sondern für politische Zwecke; wir sind nicht in der Lage, diese lokalen Opfer zu tragen. Die Zentralvorstände ihrerseits erklären gleichfalls, sie müßten ihre Kräfte für andere Zwecke freibalten. Ja, wer soll sie unterstützen? Also auf diese Weise wird gesagt, daß weder so noch so eine befriedigende Lösung der Unterstufungsfrage gefunden werden kann. Die einzige Lösung ist eben die, daß man unabhängig von dieser oder jener Regelung der Unterstufung den Gedanken der Maisfeier mit allem Nachdruck proklamiert und nicht in zaghaftem, bremsendem Geiste, wie es im letzten Jahre von Parteivorstand und der Generalkommission geschehen ist. (Sehr

richtig und Widerpruch.) Gerade auf diese Weise wirkt man dahin, daß die Opfer der Maisfeier wachsen; denn durch diese zaghafteste der leitenden Behörden der Arbeiterbewegung bekommen die Unterstufen und ihre Verbände erst Mut, unsere Kämpfer mit Maßregelungen zu treffen. Wir haben um so mehr Ursache, mit aller Schärfe darauf zu bestehen, daß die Idee der Maisfeier, ohne durch allerlei Nebenbetrachtungen verwirrt zu werden, mit vollem Nachdruck propagiert wird, als wir aller Voraussicht nach schweren Kämpfen entgegengehen. Die Maisfeier hat, das muß man nach den bisherigen Erfahrungen sagen, in Deutschland nicht nur noch nicht angesetzt, was sie eigentlich leisten kann, sondern sie hat erst eine große Zukunft vor sich. Um dieser Zukunft entgegenzugehen, haben wir allen Grund, jetzt mit aller Macht darauf zu bestehen, daß der Gedanke der Maisfeier in aller Reinheit und mit aller Schärfe propagiert wird. (Lebhafter Beifall.)

Adressat: Ein deutscher Philosoph hat einmal gesagt: „Alles was ist, ist vernünftig.“ Nun kann man a. der eine oder andere sagen, es wäre besser gewesen, feinergerat die Maisfeier nicht zu beschließen. Da sie aber einmal besteht, werden wir sagen müssen: „Sie ist da, also ist sie vernünftig.“ Wenn wir sie jetzt aufgeben wollten, so würde uns das weit größere Opfer kosten als die Opfer, die wir haben, wenn wir auf sie bestehen. Ich habe gehofft, daß Genosse Fischer, der sich so oft mit der Maisfeier beschäftigt hat, in die Frage recht gründlich eindringen würde. Was wir aber hören mußten, war eben nicht sehr erfreulich. Es war nur die Erklärung: Wir stehen hier, wir können nicht weiter. Ich behaupte aber, wir können weiter, und ich behauere weiter, wenn wir von einem so bewährten Genossen wie Fischer, einem Spezialisten in der Maisfeier, eine solche Erklärung hören. Diese 5 Grabsted betäubte mich mehr als die Vorgänge der letzten Jahre.

In Stuttgart war es ganz genau die Absicht der Vertreter der Partei und der Gewerkschaften, eine glänzende Maisfeier zu feiern, als sie die Unterstufungsfrage anführten. Die Vereinbarung, daß Partei und Gewerkschaften zu gleichen Teilen mit den Kosten belastet würden, genügt, wenn man die Klassenverhältnisse der Partei kennt, die doch gegenüber den Gewerkschaften der arme Mann ist, ganz allein, um die Maisfeier unmöglich zu machen. Ich hätte eine Lösung verstanden in dem Sinne, daß die Gewerkschaften einsehen für die gewerkschaftlich organisierten Kämpfer und die Partei für diejenigen, die sich gewerkschaftlich nicht organisieren können, aber der Partei angehören. Wir wünschten in Stuttgart einen Modus der Beteiligung der Kosten, die Vereinbarungen aber enthalten Bestimmungen über Karenzzeiten, über Sammelstellen usw., von denen in Stuttgart mit keinem Wort die Rede war. Wenn man radikal vorangehen will — ich will aber recht langsam sein, um mögliche LiebererEinstimmung zu erzielen —, sollte man behaupten, die Sache sei mit Rücksicht so gemacht, um der Maisfeier ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig.) Für meine Person bin ich nicht dieser Meinung, aber die Väter dieser Vereinbarung sollten sich über die Wirkung dieser Idee klar werden. In Kiel hat Genosse Legien erklärt, der Parteitag dürfe eigentlich jetzt gar nicht mehr gegen die Neuregelung rebellieren, und er dürfe den Beschluß der Gewerkschaften nicht desavouieren. Partei und Gewerkschaften sind doch aber gleichberechtigte Kontrahenten. Legien meinte weiter, die Vereinbarung sei nur eine Festlegung der bestehenden Zustände und ein Mittel zur Förderung der Maisfeier. Das zu begreifen, waren wir in Schleswig-Holstein zu schwerfällig. Daher haben wir in einer Resolution einen Kommentar zu der Vereinbarung erwünscht. (Baculo: Wir können doch nicht für die Dummheit der Schleswig-Holsteiner!) Ich möchte den Zwischenrufer darauf aufmerksam machen, daß an seinem Orte die Genossen auch zum großen Teil diesen Vorbehalt als eine Bremsmaße betrachtet haben. Der Absatz 4 der Resolution wird einfach die Wirkung haben, daß in 50 Proz. aller Orte die Maisfeier in Zukunft unmöglich ist. Wir müssen verlangen, daß die Vereinbarung vollständig dem Sinne der Stuttgarter Abmachung entspricht, und können deshalb der Resolution nicht zustimmen. Welt ist aber ein guter Mensch bin, will ich dem Genossen Fischer die Freude machen und nicht empfehlen, die ganze Resolution zu streichen, sondern nur ihr Kernstück zu beseitigen. Ich empfehle daher, daß wir die Absätze 1, 2 und 5 der Resolution streichen lassen und die Absätze 3 und 10 streichen. Dann haben wir eine Resolution, die besagt, daß die Maisfeier bereits am Anfang des Jahres in Kommissionsberatern, an denen Partei und Gewerkschaften beteiligt sind, vorbereitet werden, die weiter ausgeführt, wie die Kommission zu arbeiten hat, und festlegt, daß die Feier am Tage und durch Arbeitsruhe zu feiern ist. Absatz 5 gilt für den Fall, wo die Gewerkschaften mit der Maisfeier noch einen weiteren Lohnkampf verbinden. Gleichzeitlich sollten wir beschließen, daß der Parteivorstand beantragt wird, die Verhandlungen mit der Generalkommission wieder aufzunehmen. Diese Stellungnahme des Parteitages wird dann führen, daß der Vorstand nicht mehr als der kleine Mann bei den Verhandlungen dasteht. Ich bitte, in diesem Sinne zu beschließen, damit wir eine immer lebhaftere Maisfeier bekommen. (Lebhafter Beifall; Ruf: Dural)

Herr Magdeburg: Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist, daß man draußen im Lande mit der Form und Art der Maisfeier nicht mehr einverstanden ist. Ich stimme vollkommen mit Adler darin überein, daß der Vorstand vielleicht schon jetzt durchgreifende Änderungen treffen muß, wenn die Partei und die Gewerkschaften nicht Gefahr laufen wollen, daß die Maisfeier beseitigt wird. Auf dem Wege dazu sind wir insofern der Wirtin, die durch die Vereinbarungen herbeigeführt sind. Dadurch ist die Sache arg veranlagt, so daß niemand aus noch ein weiß. Ich habe den Beweis dafür in Händen gehabt, daß bei der ersten Maisfeier das Unternehmertum sich mit dem Gedanken abgefunden hatte; es sagte: „Nun gut, wenn die Arbeiter feiern wollen, dann dürfen wir uns.“ Aber im Augenblick des ersten Versuchs des Vorstandes drohte das Unternehmertum sofort, die Feiern zu entlassen. Es trat eine allgemeine Verwirrung ein. Wir sind jetzt noch nahezu alle großen Zentralverbände mit Bedenken gegen die Maisfeier hinzugekommen. Besonders ist es der Metallarbeiterverband, der ein dickes Buch herausgegeben hat, um zu beweisen, weshalb es unter den bestehenden Verhältnissen keine Maisfeier mehr geben kann. Das wird ja nicht direkt gesagt. Aber wer so lelen versteht, der merkt, was damit gemeint ist. Wenn nicht fortwährend in unsichtbarer Weise gebremst wäre, dann hätten wir auch schon Erfolge hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Wenn wir keine klaren Bestimmungen treffen wollen, dann ist es besser, Schluss mit der ganzen Geschichte zu machen. Aber das darf nicht sein. Der Parteitag muß sich klar aussprechen, damit die Massen nicht irreführt werden, und an der Leitung der Partei und Gewerkschaft nicht verzweifeln. (Bravo)

Segeberg-Weizig: Fischer fordert die Zustimmung zur Abmachung des Parteivorstandes und der Generalkommission, weil erstens die Parteikasse zur Unterstufung der Ausgeperrten nicht die Mittel habe und dann, weil die oberflächlichen Arbeiter von der Arbeiterbewegung noch nichts verstehen und man von ihnen deshalb einen solchen Extrabeitrag nicht verlangen könne. Wenn das die Ursache der leitenden Parteigenossen ist, dann verstehe ich nicht, wo sie den Mut zu ferneren Kämpfen hernehmen sollen; dann können wir überhaupt einpacken. (Sehr richtig.) Ein weiteres Argument Fischers ist, daß man 1889 bei der ersten Maisfeier die Konsequenzen nicht hat übersehen können. Aber 1904 hat man das getan, und da hat der internationale Kongress zu Amsterdam ausdrücklich den Pariser Beschluß von 1889 konfirmiert und noch verstärkt, indem er als die wichtigste Forderung die Arbeitsruhe in das Programm aufnahm. Welt die Zentralpartei der Partei die Mittel nicht hat, sagt Fischer, könne man es auch der Gewerkschaftskasse nicht zumuten. Dabei sind die Gewerkschaftsbeträge jedes bis heute mal so hoch wie die Beiträge zur Parteikasse. Die Gewerkschaften geben ja so viel Geld aus für Ausperrungen, die sie selbst nicht gewollt haben. Da ist es ein unbedingtes Verlangen, wo es doch in ihrem Interesse liegt, daß die Parteikasse die Hälfte zahlen soll. Einen Hauptzustand hat Fischer vergessen, der zu den neuesten vorliegenden Anträgen beifügt hat. Es ist auch nicht von ungefähr, daß sämtliche 19 Anträge die Maisfeier eher noch verschärfen wollen. Freilich die Gegnerschaft gegen die Maisfeier ist

uns bekannt. Wenn man derartige Demonstrationen lediglich vom Geldstandpunkt aus betrachtet, dann allerdings. Aber das ist bei der Arbeiterbewegung ganz unmöglich. Dann müßte sie auf die ganzen wirtschaftlichen Kämpfe verzichten, denn einer nicht den andern nach sich, und die Gewerkschaften werden geleert werden, ob wir wollen oder nicht. Nun hat man gesagt, auch auf dem Hamburger Kongress, die Maisfeier passe in die Taktik der Gewerkschaften nicht mehr hinein, man müsse den Kampf aufnehmen, wenn die Situation dafür gegeben sei. Dieses Kraument ist gegen die Maisfeier absolut nicht anzuzuwenden. Im Gegenteil, gerade in Krisenzeiten haben die Ausperrungen an Zahl und an Umfang zugenommen. Das konnten die Gewerkschaften also auch nicht verhindern. Dann wäre ja auch das ganze Unterstufungswesen nicht möglich. Das hat die Gewerkschaften unendlich mehr gekostet und hat lediglich die Staats- und Armenkassen erleichtert. Also den Vorschlägen des Vorstandes kann unter keinen Umständen zugestimmt werden. Ich bitte, dem Frankfurter Antrage zuzustimmen.

Engler-Freiburg: Wenn etwas die Realisierbarkeit gezeigt hat, so waren es die Ausföhrungen der meisten Redner von heute. Man kritisiert die Abmachungen des Parteivorstandes, ohne etwas an die Stelle zu setzen. (Sehr laut!) Eine Maisfeier ohne Unterstufung ist abgemürgt. Darüber müssen wir uns klar sein. (Sehr richtig.) Die Maisfeier kann das, was sie nach dem Beschluß des Pariser Kongresses sein soll, nur dann sein, wenn der Einzelne die Verantwortung übernimmt. Diesen Zustand werden wir aber nicht mehr erreichen. Da die örtlichen Organisationen es sind, die über die Form und Art der Maisfeier zu beschließen haben, muß man ihnen auch die Verantwortung zuschieben. Wir haben in Freiburg dieses Jahr von einer Maisfeier abgesehen nicht wegen der Unterstufungsfrage, denn wir hatten jedes Jahr gefeiert ohne Unterstufung, aber es bestand eine Lohnbewegung und dazu eine Krise. Die Abmachung soll der Maisfeier ein Ende bereiten, meint die Genossin Kugenburg. Nun, freiwillig ist der Parteivorstand und die Generalkommission nicht an die Aufgabe herangetreten, sondern die Maisfeier ist nicht das geworden, was die sie beschließen haben, erwarten haben, und jetzt sucht man nach Mitteln, das zu erreichen. Darin hat Seger recht: Neben wir in der Partei das Bewußtsein groß, daß bei allen Kämpfen und bei allen Demonstrationen sogar zuerst die Unterstufungsfrage geregelt werden muß, dann können wir einpacken. Lassen wir es bei der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission.

Blau-Frankfurt: Eine andere Regelung der Maisfeier muß unbedingt und sobald wie möglich ins Leben greifen. Ohne die Unterstufungsfrage können wir die Maisfeier nicht regeln, weil der Arbeiter nicht Maßregeln machen kann und jeden Freitag möglichst vermeiden muß. Ueber den Bremserstreik vor zwei Jahren haben die Parteigenossen im ganzen Reiche den Kopf geschüttelt. Die Abmachung bedeutet nichts anderes, als daß Parteivorstand und Generalkommission sagen: Ihr sollt die Maisfeier begehen, aber tragt selbst die Verantwortung. Ich bitte um Zustimmung zum Frankfurter Antrag. Man sagt, wir wissen nichts anderes an die Stelle zu setzen. Nun, es ist doch leicht festzustellen, wie die Sache in den einzelnen Gewerkschaften liegt, und wie man das noch ausbauen kann. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Generalkommission in Verbindung mit dem Parteivorstand derartige Mittel noch finden wird. Sobald nehmen Sie den Antrag über Abgabe eines Tagesverdienstes der Beamteten und derer, die keinen Lohnausfall erleiden, an. Man hat gesagt, das sei ein Eingriff in das Eigentum des einzelnen. Nun wir das aber nicht auch, wenn wir den Arbeiter zur Maisfeier veranlassen?

Zabel-Berlin: Wenn die Maisfeier nicht das geworden ist, was sie werden sollte, so liegt das daran, daß vom ersten Augenblick an der Parteivorstand wie mit einer Bombe zwischen die Gestaltung der Arbeiter fuhr. Wie soll eine Maisfeier werden, was sie werden sollte, wenn man seit 18 Jahren fortwährend die Arbeiter an ihr ausüßt! Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt der Hamburger, man sollte, wenn man sie soweit herabwürdigt, wie es jetzt geschehen ist, auch den Mut haben, die Maisfeier für ein verkehrtes Unternehmen zu erklären. So wie jetzt kann es unter keinen Umständen weiter gehen. Aber meint, wir können das der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber nicht verantworten. Nun, die bürgerliche Gesellschaft ist in der Maisfeierfrage schon den Rückgang von uns gewöhnt, und nicht mit Unrecht konnte auf dem Arbeitsberater der Holzindustrie ausgesprochen werden: „Die Maisfeier ist für uns Arbeiter ein fast überwundener Standpunkt. Die Ausperrungen haben so gewirkt, wie wir es kaum für möglich gehalten haben.“ Kann es da noch ein weiteres Zurückgehen geben? Von dem Augenblick an, wo die Unterstufungsfrage in den Vordergrund gerückt wurde, mußte die Maisfeier zurückgehen. Die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sind völlig unannehmbar. Sie können nur getroffen sein, um die Maisfeier zu erwürgen. Was heißt es denn, die Unterstufungen, ja die ganze Frage der Maisfeier den einzelnen Orten überlassen? Das heißt: in den meisten Orten einfach die Partei genossen gebunden in die Hände der Gewerkschaften geben. (Sehr richtig.) In den meisten Orten ist die gewerkschaftliche Organisation doch doppelt so stark wie die politische, und die Macht der Gewerkschaften wird dazu benutzt werden, daß überhaupt an eine Maisfeier nicht mehr gedacht werden kann. Und wie ist es denkbar, daß man die Unterstufungsfrage den einzelnen Orten überläßt? Nicht nur die Feiern, sondern auch die Mittelstufen werden dazu gar nicht in der Lage sein. Durch den Stuttgarter Kongress schien eine Hoffnung erweckt zu sein. Es schien, als ob ein früher, fröhlicher Zug eingangen finden sollte. Und heute haben wir nun das Resultat dieses früh-fröhlichen Zuges! Deshalb wäre es weit besser, den Schritt zu wagen und die Maisfeierfrage einfach von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Eine Vlamage für die Partei ist heute schon die Art, wie die Arbeitsruhe durchgeführt werden soll. Auch ich bin der Meinung, daß wir keinen der vorliegenden Anträge annehmen können. Aus einer Zurückweisung an den Parteivorstand und Generalkommission kommt auch absolut nichts Vernünftigeres heraus, als was uns jetzt vorliegt. Der einzige Antrag, der vielleicht die Maisfeier galvanisieren könnte, wäre der Antrag Hamburg. Aber auch mit dem darin verlangten Fonds wird es nicht mehr möglich sein, die Maisfeier aufs neue ins Leben zu rufen.

Robert Schmidt-Berlin: Genossin Kugenburg hat gesagt, daß die Vereinbarungen ein Produkt des dualistischen Verhältnisses seien, das in Mannheim begründet ist und zwar ein trauriges Ergebnis dieses Verhältnisses. Ich weiß ja, daß die Genossin Kugenburg mehr für einen Skandal inkliniert als für eine Verständigung und daß sie es bedauert, daß ein gebeliches Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften besteht. (Unruhe.) Eine Organisation wie die Generalkommission kann sich mit dem Parteivorstand nur verständigen auf der Grundlage einer Koordination, nicht aber einer Subordination. Das haben wir in Mannheim ausgesprochen und daran halten wir auch heute noch fest. Wenn man die Maisfeier beseitigen wollte, brauchten wir uns nicht lange mit dem Parteivorstand darüber zu unterhalten. Wir brauchen keine langen Auseinandersetzungen zu machen und hier auf dem Parteitag die Diskussion nicht lange hinauszuziehen, wenn wir darin einig wären, daß es keiner Unterstufung für die Maltausgesperrten bedarf. Aber jeder vernünftige Gewerkschaftsführer weiß, daß wir keine Maisfeier begehen können, ohne uns der Opfer anzunehmen. Und deshalb sind wir der Meinung, daß die Unterstufung eine der wichtigsten Fragen ist, die von der Frage der Arbeitsruhe nicht losgelöst werden kann. Genossin Kugenburg meint, wenn alle feiern, dann kann doch niemand mehr ausgeperrt werden. Ja, wenn der Himmel einfiel, sind alle Spaken tot. (Peinlichkeit.) Aberbitags, wenn alle feiern, kann keiner ausgeperrt werden. Aber weit wir es in der Arbeiterbewegung noch mit einer großen Indifferenz zu tun haben, weit wir mit einer sehr beachtenswerten christlichen Bewegung zu rechnen haben, die uns diametral gegenübersteht, und an Umfang zunimmt, und die einheitliche Aktion der Gewerkschaften stört, deshalb kommen wir nicht dazu, daß alle Arbeiter an der Maisfeier teilnehmen und damit die Ausperrung unmöglich machen. Ich wäre der Genossin Kugenburg sehr dankbar, wenn sie den Berliner Holzarbeitern im nächsten Jahre einmal auszuwandern würde,

das he "ohne Unterbrechung" fernern jöden. Es würde mich freuen, wenn es ihr gelänge, einen solchen Beschluß herbeizuführen. Vom ersten Jahre ab, seitdem wir in Berlin die Waisierer haben, erblicken wir die ausgeperrten Holzarbeiter eine Unterbrechung. Sie haben ja auch ein Recht darauf, daß sie unterbrecht werden. Wenn man aber sagt, die Waisierer ist nicht eine gewerkschaftliche Frage, sondern eine politische Frage, eine Kundgebung, an der Partei und Gewerkschaften gleichermaßen interessiert sind und wenn sie der Unterbrechung sind, daß diese Kundgebung nicht mehr das bietet, was sie wünschen, dann haben Sie den einzig richtigen Weg zu gehen und zu sagen: Bitte, nicht Euer Rat kann uns nützen, sondern Ihr müßt auch mit tätig sein und alle Einrichtungen treffen, die notwendig werden würden. Mit bloßen billigen Lebensmitteln darf man sich dieser Verpflichtung nicht entziehen. Es ist früher oft gesagt worden, daß die Gewerkschaften ihre Klassen füllen, und jetzt klopfen wir an die Beuteil der Partei, aber da kommt man nicht mit ähnlichen Einwendungen. Ich habe das Gefühl, daß auch in der Partei im allgemeinen die Auffassung vorherrscht, wir können uns der Unterbrechungspflicht nicht entziehen. Dafür sprechen die zahlreichen Anträge. Die Lösung der Frage ist ja sehr schwer. Wir sind in der Generalkommission von vornherein der Unterbrechung gewesen, daß wir nicht der Partei und den Gewerkschaften etwa die Hälfte der Lasten auferlegen können, denn die finanzielle Leistungsfähigkeit ist eine viel zu ungleichmäßige. Was wir wollen, ist, daß wir es vermeiden, in Zeiten wirtschaftlicher Krise in unerlöste Kämpfe zu kommen. Die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahre eine Ausperrung zu erleiden, wie seit langen Jahren nicht. (Sehr richtig!) Allein die Berliner Holzarbeiter hatten 70 000 Mk. für Ausperrung gezahlt. (Hört, hört!) Wir hatten über 1000 Ausgesperrte, darunter Leute, die bis zu 20 Wochen ausgeperrt gewesen sind. Wollen Sie von diesen Leuten verlangen, daß sie im nächsten Jahre wiederum 20 Wochen ausgeperrt sind? Solche Leute müssen doch unterbrecht werden. Es wäre eine Brutalität, eine Rücksichtslosigkeit, wenn wir das wollten. (Zustimmung.) Mit unseren Klassen müssen wir dahinter stehen, aber auch mit unsrer Verantwortung. So schön die Beispiele sind, die uns Anhalt gegeben hat, so viel Begeisterung wie für das russische Proletariat haben, für die großen Opfer, die es gebracht hat, so sind doch die historischen Betrachtungen der Genossin Luxemburg über die Gewerkschaftsbewegung in Russland und zu wenig sicher, weil sich ergeben hat, daß ihre Auffassung über die russische Gewerkschaftsbewegung völlig unrichtig war. Ich erinnere nur daran, daß sie einmal den Buchdrucker zurief: Wir in Russland haben den achtstündigen Arbeitstag erreicht. Jetzt ist die russische Bewegung vollständig zertrümmert — zu meinem großen Bedauern. (Sehr richtig!) Aber wie können wir diese pflücker-elementare Bewegung vergleichen mit der stetigen und fortschreitenden und ruhigen Arbeit der deutschen Gewerkschaften. Heben wir in Deutschland andre Beschäftigte, so haben wir auch andre Erfolge. Es ist durchaus nicht unsere Absicht, die Waisierer zu erschrecken. Wir haben uns stets den Beschäftigten der Parteitage gefügt und gesagt: Eine Änderung in der Waisierer kann nicht herbeigeführt werden, wenn eine so erhebliche Zahl von Parteigenossen nicht davon wissen will. Zu einer solchen Aktion ist Einheitsstimmigkeit notwendig. Da ist es auch notwendig, daß die Minorität sich der Majorität fügt. Aber wie gesagt, mit bloßen Worten ist das nicht getan. So angenehm es mir auch wäre, wenn die Genossin Luxemburg den Arbeitern feiernd vor Augen führen würde, daß sie seien mühsam, ohne Unterbrechtung zu bekommen, die Neben allein genügen doch nicht, wir verlangen, daß man auch in Latein seine Pflicht erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Pieck-Reinen: Als ich gestern das Schreiben von Genossen ambrachte, die systematisch die Arbeiter von richtigen Wege abbringen wollten, hörte ich den Ruf: Unerschämtheit. Ich habe eben die Unerschämtheit eines Genossen gehört, der an erster Stelle der proletarischen Bewegung steht. (Inruhe.) Und der einer andern Genossin den Vorwurf machte, daß es ihr nur darauf ankomme, Skandal zu provozieren. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die jederzeit bereit ist, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, nicht machen. (Inruhe.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen, dazu ist sie selbst in der Lage, ich wollte damit nur den Ton kennzeichnen von Leuten, die... (Große Inruhe, Glocke des Präsidenten.) Ich nehme den Ausdruck Leute zurück, aber ich kann versichern, daß ich vor den Genossen, die ich damit kennzeichnen will, nicht die geringste Achtung als Parteigenossen habe. (Große andauernde Inruhe.)

Vorländer Dorn: Ich bin gezwungen, den Redner zur Ordnung zu rufen. (Die Inruhe dauert an.) Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, damit ich die Angelegenheit also wohl erledigt.

Pieck (fortsetzend): Ich füge hinzu, daß ich meine Art, zu reden, nicht auf der Parteischule gelernt habe. (Lachen.) Ich habe schon vor dem Versuch der Parteischule in dieser Weise polemisiert. (Erneutes Lachen.) Nun zur Sache selbst: Die Frage der Waisierer scheint einen toten Punkt erreicht zu haben. Es ist mir begreiflich, wenn einzelne Gruppen unter diesen Umständen sagen, es ist besser, wir beilegen die Waisierer überhaupt. In der Vereinbarung ist ein starker Fehler, daß die Unterbrechtung von dem ökonomischen Fonds geleistet werden soll. Das hat einmal zur Folge, daß an den Orten, wo die Organisation schwach ist, die Waisierer überhaupt nicht begangen werden wird, weil Mittel nicht zur Verfügung stehen. Andererseits reizt gerade die Unterbrechtung aus ökonomischen Fonds die Unternehmer in den großen Industriezentren, zur Ausperrung zu greifen, um die Klassen der Arbeiter zu sprengen. Ich bin der Überzeugung, daß die Unterbrechtung der Gewerkschaften nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sein muß. Ich verleihe nicht, wie man Partei und Gewerkschaften scheiden will. Welche sind doch Organe der gesamten Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften Organe für den wirtschaftlichen, die Partei das Organ für den politischen Kampf. Führen unsere politischen Kämpfe nicht immer mehr dazu, daß die Unternehmer zu Ausperrungen greifen? Sätten die preussischen Arbeiter den Wahlrechtskampf durch den Waffenstreik geführt, und die Unternehmer hätten darauf Ausperrungen, wenn auch nur von kurzer Dauer, verhängt, hätten dann die Gewerkschaften sagen dürfen: „Jetzt muß die Partei für die Mittel sorgen?“ Wiederholt wird der Einwand von den Gewerkschaften laut: Die Waisierer bringt keinen Vorteil, sondern eher Schaden. Aber gerade die Ausperrung durch die Unternehmer zeigt, welche Vorteile die Waisierer den Arbeitern bringt. Würden denn die Unternehmer zu Ausperrungen greifen, wenn sie nicht gerade das gewaltsame Mittel der Waisierer so fürchteten? Nicht einberathen bin ich mit der Art, wie Kommissionen und Deputationen zu den Unternehmern gesandt werden, damit diese die Waisierer gütlich gestalten. Dem Arbeiter muß klar gemacht werden, daß er nicht erst mit Genehmigung der Unternehmer, sondern auch gegen deren Willen den 1. Mai durch Arbeitruhe zu feiern hat. Wo die Waisierer nicht den Umfang angenommen hat, den wir wünschen, da ist das zurückzuführen auf Genehmigungsbefugnisse und Widerstände der Gewerkschaften. Nehmen Sie den Antrag 104 an, die Genossen haben bisher immer einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten gefunden. Die Arbeiter sind ganz bereit, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Wenn wir die Unterbrechtung erst am dritten oder sechsten Tage eintreten lassen, wird auch der Reiz für das Unternehmertum beseitigt, durch Ausperrungen die Klassen der Arbeiter zu schwächen.

Simon-Mirnsberg: Die Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission mußte bei jedem Genossen ein schmerzliches Gefühl auslösen, denn sie bedeutet die Einfärgung der Waisierer. Man sagt, daß die Gefahr großer Kämpfe infolge der Waisierer die Gewerkschaften abschwäche. Durch die

einösen Artikel aber, in denen dargestellt wurde, daß die Mittel der Gewerkschaften nicht ausreichen, um die Ausgesperrten zu unterstützen, sind die Unternehmer geradezu darauf hingewiesen worden, daß sie ausperrten müssen. Bittermäßig löst sich der Erfolg der Waisierer nicht berechnen, aber ich wage zu behaupten, ohne die Arbeitruhe am 1. Mai hätte die Gewerkschaftsbewegung nicht den Umfang angenommen, den sie hat. Das wird jeder zugeben, der da weiß, wie aufreibend es auf die Arbeiter wirkt, wenn ein Teil der Betriebe am 1. Mai feiern kann, ein anderer Teil durch die Unternehmer daran gehindert wird. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn durch diese Abmachung die Arbeitruhe am 1. Mai mehr und mehr verbreitet wird, dann auch die Beteiligung an den Abendveranstaltungen nicht mehr eine so große sein wird, wie heute. Wenn wir nur immer nach den augenblicklichen Erfolgen fragen wollten, müßten wir auch andre Aktionen der Partei ebenso eintragen, z. B. die Beteiligung an den Wahlen. Schon an der Tatsache, daß Fonds für die Waisierer gebildet werden sollen, wird die Feier scheitern. Die Welt ist bei uns eigentlich umgedreht, weil wir stark sind, fühlen wir uns schwach, so lange wir schwach waren, fühlten wir uns stark. (Sehr gut!) Der Verhandlungsverlauf hat sich in sehr scharfer Weise gegen die Abmachung und für die Beibehaltung der Waisierer in der alten Form erklärt. (Richard Fischer: Könnte er ja!) Die Infolge der Waisierer Ausgesperrten sollten den andern Streikenden in bezug auf die Unterbrechtung gleichgestellt sein. Wir werden dann so handeln, wie bei jeder andern Lohnbewegung. Sie dürfen den Arbeitern schon zutrauen, daß sie in einer Zeit der Krise keine großen Forderungen stellen werden. Ich ersuche Sie daher, den Resolutionen zuzustimmen, die die Waisierer in der alten Form bestehen lassen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Der von Adler-Miel am Schluß seiner Rede gestellte Antrag geht nunmehr als Antrag 132 ein.

Lipinski-Leipzig: Der Genosse Fischer erklärt zu meiner großen Überraschung, daß unser Parteilag über das Abkommen gar nicht zu beschließen hat, weil es eben eine Vereinbarung darstellt. Das ist Rabinetspolitik. Auf der Stuttgarter Delegation ist beschlossen worden, daß die Art, wie Partei und Gewerkschaften die Mittel ausbringen, einer Verständigung dieser Interessenten vorbehalten bleibe. Ich frage Sie nun: Ist der Vorstand die letzte entscheidende Instanz, oder der Parteilag? Der Essener Parteilag hat dem Vorstand gar nicht die Vollmacht gegeben, die Verhandlungen abzuschließen, sondern sie nur weiter zu führen. (Fischer: Es handelt sich doch hier um zwei Kontrahenten.) Was ist der Angelpunkt der ganzen Frage? Der, daß die Gewerkschaften die Opfer der Ausperrung von sich abwägen wollen. Wie kam dieser Delegationsbeschluß in Stuttgart eigentlich zustande? Ich will zum künftigen Verständnis annehmen, daß man vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist. Es war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften mit je 150 Delegierten in Stuttgart vertreten sein sollten. Die Delegierten der Gewerkschaften sind einen Tag vorher nach Stuttgart gekommen und haben eine Vorbesprechung über die Waisierer gehabt und unter sich einen Beschluß über die Waisierer gefaßt. Die Folge war, daß wir auf dieser internationalen Delegation 110 bis 120 Parteidelegierte waren, während die Gewerkschaften voll vertreten waren. Wir befinden uns mit diesem Beschluß tatsächlich im Schlepplau der Gewerkschaften, und die heutigen Ausführungen Fischers zeigen, daß wir gar nicht in der Lage sind, das Abkommen zu ändern. Ich bin der letzte, der nicht ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften wünscht, aber so kann es nicht gehen, daß die Gewerkschaften und vor eine vollendete Tatsache stellen und erklären: jetzt hat der Gewerkschaftskongress beschlossen, jetzt ist von der Angelegenheit überhaupt nicht mehr die Rede. Und jetzt wird die ganze Frage auf den Pfennigstandpunkt gestellt. Die leistungsfähigen Zentralkassen können die Unterbrechtungen nicht tragen. Da sollen die Lokalkassen sie tragen. Die Genossen in den einzelnen Orten können aber auf die Begehung der Waisierer gar keinen Einfluss ausüben. Nach dem Statut des Metallarbeiterverbands wird die Feier in den einzelnen Betrieben beschlossen, in die wir als Partei und zwar nach dem Statut des Metallarbeiterverbands gar nicht hineinkommen. Die Partei hat also nicht den geringsten Einfluss auf die Feier, soll aber die Kosten tragen. In Leipzig haben die Gewerkschaften 58 000 Organisierte, die Partei nur 26 000. Schon das beweist, daß in der Praxis dieser Beschluß nicht eingeführt werden kann, und daß er Ihnen nur mit dem Hintergedanken unterbreitet wurde, die Arbeitruhe am 1. Mai ganz und gar auszufallen.

Sonrath-Baden: Ich begrüße die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand als ersten Schritt, um in der Regelung der Unterbrechtungsfrage und der Durchführung der Waisierer zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Die Bedingungen, unter denen die Arbeitruhe beschlossen wird in den einzelnen Gewerkschaften, sind heute so, daß es wesentlich der Geschäftlichkeit einzelner Personen überlassen bleibt, in diesen oder jenen Betrieben die Arbeitruhe zur Annahme zu bringen, während es in andern nicht der Fall ist. Das führt zur Desorganisation. Heute stehen der Durchführung der Arbeitruhe wesentlich andre Hemmnisse gegenüber als 1890. Heute haben wir die Tausende von Tarifverträgen. Es treten jedes Jahr Ercheinungen bei der Waisiererzulage, die wir einfach nicht ertragen können. Damals waren es wesentlich jugendliche Kreise, die die Gewerkschaftsorganisation bildeten, und auch das Gros der Parteigenossen. Heute sind in den meisten industriellen Gegenden die älteren Jahrgänge der Arbeiter sehr stark an der Partei- und Gewerkschaftsmittelbarkeit beteiligt. Wir können auf die Dauer unsere alten Partei- und Gewerkschaftsorganen nicht zumuten, daß sie sich jedes Jahr für die Durchführung der Arbeitruhe am 1. Mai ausperrten lassen. Wie geht es denn bei einer mißglückten Demonstration? Ich habe Erfahrung auf diesem Gebiete. Wenn da unser Organisationsstatut in Anwendung gebracht werden soll, werden wir unter Umständen gezwungen, Genossen, die 20 und 25 Jahre treu und rechtlich der Partei gedient haben, aus der Partei hinauszutwerfen. Was in spontanen Angriffen liegt, ist nicht von bleibendem Werte. Das haben wir in Deutschland, im Saargebiet und im Rheinland genügend erfahren.

Kluppha-Dormund: Protesresolutionen sind aus dem Gewerkschaftsstand an die Parteivorstände allerdings ergangen. Aber ich bin überzeugt, weniger um die Waisierer zu halten, als weil auf Grund der Abmachungen die Unterbrechtung nicht aufgebracht werden kann. Gewiß wollen wir dafür eintreten, daß die Arbeitruhe immer größer wird. Aber Schmidt hat schon darauf hingewiesen, daß, wenn das Wenn nicht wäre, manches anders wäre. Genossin Luxemburg fordert Idealismus. Nun, ich habe mit gut organisierten Leuten zusammen gearbeitet, denen die Arbeitruhe schwer geworden ist, nicht, weil es ihnen an Idealismus gebräche, sondern weil ihnen die Familie am nächsten stand. (Sehr wahr!) Falls Sie den Antrag Adler-Miel annehmen, so überweisen Sie auch den Dormunder Antrag dem Parteivorstand und der Generalkommission. Notwendig ist auch, die Parteigestellten zu verpflichten, am 1. Mai ihren Tageslohn abzuliefern. Leider geschieht das nicht. Soffentlich schließen sich auch die Gewerkschaften dem an.

Die Diskussion wird geschlossen.
Richard Fischer (Schlußwort): Aus den Ausführungen der einzelnen Redner ging vor allem der Gedanke hervor, daß durch die Vereinbarung mit der Generalkommission die Waisierer Schaden gelitten habe. Ich frage Sie, ob sie nicht der Meinung sind, daß der Gedanke der Waisierer niemals mehr gefährdigt worden ist, als in der heutigen Diskussion durch die Unterbrechtungen, die hier vom Stapel gelassen worden sind. (Zustimmung.) Was müssen Fernstehende von einer Partei halten,

die ihre eigene Leitung der Dinge beschuldigt, wie wir sie heute im Laufe des Nachmittags hier gehört haben? Man sagte, die Fremdbefugnisse von Generalkommission und Parteivorstand könnten nicht das Interesse an der Waisierer und den Gedanken der Arbeiterbewegung fördern, die Unterbrechtungsfrage sei die Schlange, in der die Waisierer erstickt werden solle, es scheine, man habe diese Vereinbarung getroffen, um der Waisierer ein Ende zu bereiten. So kann man nur reden, wenn man so ganz ohne jedes Verantwortungsföhl ist. (Zustimmung.) Ich habe Zubeil beneidet, daß er heute so mit dem ganzen Eifer der Jugend gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß er sein Alter zu Rate gäbe und sagte: Was wird man wohl draus machen dazu sagen, wenn ich so daherrrede, ich, einer der ältesten Parteigenossen in Deutschland? (Zustimmung.) Da wird davon gesprochen, als ob es ein feststehendes Dogma sei, Arbeitruhe und Waisierer sei ein feststehender Begriff. Seit zwanzig Jahren ist die Partei nahezu einstimmig der Meinung, daß die würdigste Feier die Arbeitruhe sei, daß sie aber nur durchgeführt werden könne, wo es ohne Schädigung der Arbeiterklasse möglich sei. Und nun wird hier so operiert, als ob die ganze Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein Verrat an dem Grundsatz der Arbeitruhe wäre. Wenn man den Gedanken der Waisierer, die Propagandafähigkeit dieses Gedankens, hätte schädigen wollen, so hätte man es beinahe nicht anders tun können, als durch diese absolut verantwortungslosen Nebenaktionen, wie wir sie heute gehört haben. Durch die Unterbrechtung soll die Waisierer erstickt werden. Das kann nur jemand sagen, der vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung hat. (Lebhafter Zustimmung.) Jahrgeschlechte sind die Kämpfe darüber gegangen, ob der Kampfscharakter der Gewerkschaften unter dem Unterbrechtungsballast leide; wir haben aber die Erfahrung für uns: In dem Augenblick sind die Gewerkschaften aktionsfähig, kampfbereit geworden, wo sie das Unterbrechtungsweesen ausgebildet haben. (Lebhafter Zustimmung.) Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen zu bringen, von der Stunde an datiert der Aufschwung der Gewerkschaften und von da an sind sie der englischen Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. (Sehr richtig!) Ich verweise wirklich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schulsohlen hätte abtauschen sollen. (Sehr wahr!), heute wieder so eingehend erörtert hat. Ja, wenn, wenn — ich will das bekannte Sprichwort nicht zitieren — aber wenn man sagt, wenn die Waisierer so gefeiert wird, daß keine Maßregelung stattfinden könne, dann denken auch die Unternehmer nicht mehr an Maßregelungen, so ist das ebenso geistreich, als wenn man sagen würde, es gibt keine Armen mehr, wenn jeder ein Millionär ist, oder, wie der alte Prälig sagt: Die verfluchte Armut kommt von der Paurecke. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Das sind selbstverständlich Jitate, die nur dadurch einen Klang bekommen, daß sie hier mit schöner Redfertigkeit vorgetragen werden. Wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolke übrig und weiter nichts. (Heiterkeit und sehr gut.)

Wie sehen nun die Dinge in Wirklichkeit? Man sagt, die Demokratie ist in Gefahr. Fischer habe gesagt, das sind Abmachungen, an denen nichts zu ändern ist. Ich habe zum Schluß meiner Ausführungen gesagt: Ich bitte Sie, diesen Abmachungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand Ihre Zustimmung zu geben, und habe hinzugefügt, daß alle Anträge auf Unterbrechtung an den Parteivorstand zur nochmaligen Beratung keinen Sinn haben, wenn man nicht bestimmte Vorschläge machen kann, deren Durchführung möglich ist. In einem halben Duzend Sitzungen und stundenlangen Beratungen haben Generalkommission und Parteivorstand über die mögliche Form der Unterbrechtung sich unterhalten und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine andre Vereinbarung nicht möglich ist. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Vereinbarung. Der Parteivorstand hat nicht zu beschließen, sondern mit der Generalkommission zu beraten: wie weit könnt ihr gehen in der Frage der Unterbrechtung und wie weit könnt wir gehen? Und wenn die Generalkommission erklärt, wir können nicht weiter gehen, so war der Parteivorstand nicht in der Lage, der Generalkommission zu sagen: „Du mußt das aber tun, weil die und die Redner es wollen.“ Sie müssen zugeben, wenn Sie gerecht sein wollen, daß der Parteivorstand den in Essen erhaltenen Auftrag mit gutem Gewissen und der Treue und Ehrlichkeit, die er den Parteigenossen schuldet, zu erfüllen ver sucht hat. Es müßte denn sein, daß Sie dem Parteivorstand einen Auftrag überwiesen haben, an dessen Erfolg Sie vielleicht selber gezweifelt haben. (Hört, hört!) In der Tat haben Sie dem Parteivorstand einen Auftrag erteilt, der nach Lage der Dinge beinahe unvollständig war, wenn man die Stellung in dem Sinne erziehen will, wie es hier von einzelnen Rednern angegeben worden ist. Genosse Pieck hat es sich freilich leicht gemacht, wenn er sagte, die Gewerkschaften müssen sich daran gewöhnen, daß fortwährend Ausperrungen aus politischem Anlaß erfolgen. Gewiß, aber ist damit auch zugleich die Möglichkeit gegeben, zu sagen: Deshalb haben die Gewerkschaften alles zu tun, was wir von ihnen verlangen? Die Gewerkschaften sind selbständige Organisationen, die, wie jeder sagen muß, im Geiste der Sozialdemokratie treu und kameradschaftlich und wo es sich um große Kämpfe handelt, Hand in Hand mit uns zu arbeiten. Aber es sind eigene Organisationen, die ihren Mitgliedern für ihre Massenverwaltung, für ihre Aktion verantwortlich sind. Wenn Sie sich das vergegenwärtigen, können Sie nichts Unmögliches vom Parteivorstand verlangen. Man kann vielleicht daran zweifeln, ob der Parteivorstand diplomatisch, klug und geschickt genug war. Aber an seinem guten Willen zu zweifeln, alles zu erreichen, was möglich war, für die Waisierer und für die Mitglieder, kann man nicht. Dann ist auch nicht wahr, was Lipinski über den Hergang der Abmachung in Stuttgart erzählt hat, daß es sich um eine Ueberumpfung gehandelt hat oder eine Situation, über die die Parteigenossen durch Unachtsamkeit des Parteivorstands vielleicht nicht genügend unterrichtet waren. Wie lagen die Dinge in Stuttgart? Wir wissen, daß zwischen einzelnen gewerkschaftlich angestellten Führern und Mitgliedern und einzelnen Parteigenossen über die Form der Waisierer seit Jahren gewisse Gegensätze bestanden. Man hat in Gewerkschaftskreisen wiederholt davon gesprochen, man wolle die Entscheidung über die Form der Waisierer nicht einem internationalen Kongress überlassen, wo Nationen mitstimmen, die die radikalsten Beschlüsse fassen, aber in ihrem Lande nichts für deren Durchführung tun. Daher wollte man auch einen Beschluß in Stuttgart vermeiden und suchte die Frage in dem Sinne dadurch zu lösen, daß man sich über die Unterbrechtungsfrage verständigte. Die Gewerkschaftler unterbreiteten ihre Vorschläge. Die Partei Delegation erklärte, daß von einer Galibierung der Kosten keine Rede sein könne, das sei eine ungerechte Verteilung. Dann gelangte man zu der Meinung, man sei überhaupt nicht kompetent und beschloß, daß Generalkommission und Parteivorstand darüber beraten und dem Essener Parteilag einen Vorschlag vorlegen sollten. In Essen mußte der Parteivorstand erklären, die Materie sei so schwierig, daß sie nicht so schnell zu regeln sei. Und die Sache wurde vom Essener Parteilag auf ein Jahr verschoben. Von einer Ueberumpfung kann also gar keine Rede sein. Ich habe bereits gesagt, daß durch unsere Vereinbarung der Gewerkschaften gar keine Schranken auferlegt sind. Nun sagt man, die lokale Regelung ist nicht möglich. Adler behauptet früher hatten wir in Schleswig-Holstein große Matdemonstrationen. In diesem Jahre haben wir nur an drei oder drei Orten Demonstrationen gehabt. Aber glauben Sie selbst, daß infolge der Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission auch nur ein Ort verhindert ist, die Waisierer mitzumachen? (Adler: Das kann ich beweisen!) Vielleicht ist Adler geneigt, die Frage unter dem Gesichtspunkt zu behandeln,

dass die Mafseier von jeher eine Demonstration war. Die Mafseier entspringt nicht einer Begeisterung, die man auf Flaschen ziehen kann, um am 1. Mai loszutreten (Seiterzeit), und wenn nun Genosse Mühs aus Magdeburg sagt, daß im Jahre 1800 sich das Unternehmertum mit der Mafseier abgefunden hat, — da muß man doch ein sehr kurzes Gedächtnis haben, da muß man das große Hamburg vergehen haben, wo man die Arbeiter ein halbes Jahr kampfunfähig gemacht hat. Da muß man vergessen haben, daß man von der Mafseier die Fortdauer der Sozialgesetzgebung abhängig machen wollte. (Sehr wahr!) Ich habe erklärt, daß bei unseren Verhandlungen auch die Frage erörtert wurde, ob es nicht möglich sei, durch Absicherung der Beiträge derjenigen, die nicht feiern können, vielleicht auch nicht den Mut dazu haben, einen Fonds zu sammeln, und daß die Generalkommission darauf erklärt hat, daß sie damit auf große Schwierigkeiten bei den Arbeitern stoßen würde. Man spricht von lokalen Schiedsgerichten. Wenn aus Finstertal oder Ludenwalde solche Klagen kommen, dann kann ich das verstehen, aber wenn Hamburg, Berlin oder Leipzig sich auf diesen Standpunkt stellen, nehmen Sie es mir nicht übel, ich glaube an solche Argumentationen nicht. Das heißt ja geradezu die Genossen von Berlin, Hamburg und Leipzig beleidigen, wollte man sagen, sie seien nicht imstande, aus lokalen Mitteln für die Opfer der Mafseier einzutreten. Die ganze deutsche Arbeiterbewegung ist geradezu ein Beweis dafür, daß, wenn eine lokale Organisation in Kämpfen mit dem Unternehmertum zu Vorden geschlagen wurde, andre Orte für sie eintraten. Es heißt geradezu sich an der Partei verständigen, wenn man mit solchen Argumentationen kommt.

Auf das, was von der Genossin Luxemburg in dieser Frage gesagt worden ist, hat Robert Schmidt schon das Nötige geantwortet. Ich unterschreibe Wort für Wort, was er über die russische Genossenschaftsbewegung und über die Erfolge der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesagt hat. Ich bin der erste, der Hochachtung vor dem russischen Proletariat hat; aber es ist doch ein großer Unterschied zwischen Rußland und Deutschland. Wir begehen die Mafseier nicht, um Gewerkschaften zu halten, um eine Strafkammer zu entlassen, sondern um die Idee der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung zu propagieren. Wenn die Regierung versucht haben, mit größter Lebhaftigkeit die Frage zu einer Maßnahme zu gestalten, so haben wir das abgelehnt. Maßnahmen sind unsere Kampfsache, da stehen wir unsern Mann, aber wenn der letzte Kampf einmal gekämpft werden muß, dann wird er auch gekämpft werden. Nein, die Beweiserung, die uns geleitet hat, und von der wir auch heute durchdrungen sind, wird niemals aus unsern Reihen verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Adler wünscht, daß der Parteivorstand zu ähnlichen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragt wird. Ich kann die Stellung des Parteivorstands zu diesem Antrag nicht präzisieren, weil ich keine Gelegenheit hatte, mit ihm-Mitgespräche zu nehmen. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß es zur Feststellung dessen, was der Antrag Adler will, keiner Vereinbarung bedarf. Dann wäre es besser, den Antrag anzunehmen, der die Mafseier in aller Form bestehen lassen will, und auf die Regelung der Unterstützung zu verzichten. Die Annahme des Antrags Adler wäre ein Beschluß, der der Sache nicht würdig wäre; wenn Sie dem Parteivorstand die Sache überweisen wollen, so können Sie das nur tun, wenn Sie die Möglichkeit schaffen wollen, eine andre Regelung herbeizuführen. Der Parteivorstand erklärt aber, daß eine andre Regelung nicht möglich sei.

Es wird abgelehnt. Ein Antrag, über die Einigungsverhandlungen namentlich abzusprechen, wird nicht genügend unterstützt. Von den Vereinbarungen werden die Sätze 1, 2 und 3 unter Streichung der Worte: „Von Beginn der zweiten Woche“ mit 101 gegen 122 Stimmen sowie die Ziffer 5 angenommen. Ziffer 4 wird dagegen abgelehnt.

Die so genehmigte Vereinbarung wird gegen einige Stimmen angenommen. Hiermit ist der erste Teil des Antrags Adler erledigt. Der zweite Teil wird angenommen.

Die Anträge 88, 89, 92, 94, 98, 101, 103, 104, die sämtlich die Unterstützungfrage regeln wollen, werden dem Parteivorstand als Material überwiesen.

Zu den Anträgen 86, 95, 96, 97, 100 und 102, die sich ausschließlich oder doch überwiegend mit der Frage einer stärkeren Propagierung der Mafseier beschäftigen, erklärt:

Dorn: Ich glaube wohl sagen zu können, daß durch diese Anträge ausgesprochen werden soll, daß für die Folgezeit eine intensivere Agitation für die Mafseier entfaltet werden soll als bisher. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 90 wird angenommen, Antrag 101 ist damit erledigt.

Dorn: Selbstverständlich muß nun auch dafür gesorgt werden, daß der Antrag 90 durchgeführt wird. (Seiterzeit. Zuruf: Wer soll das kontrollieren?)

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch festgestellt wissen, was sein soll, bevor andre Vereinbarungen zustande gekommen sind. Deshalb beantrage ich, daß die Vereinbarungen so lange bestehen bleiben, bis andre getroffen sind. (Seiterzeit und Widerspruch.)

Fischer: Ein solcher Schluß, wie ihn Genosse Bömelburg zieht, ist unmöglich. Durch Ihre Abstimmung haben Sie der Vereinbarung die Zustimmung verweigert, es existiert also jetzt keine Vereinbarung.

Sohnrath-Nachen erhebt Einspruch dagegen, daß über den geschäftsordnungsmäßig unzulässigen Antrag Bömelburgs abgestimmt wird.

Lipinski-Leipzig: Auch ich bin der Meinung von Fischer, daß keine Vereinbarungen besprochen werden dürfen, bevor die Vereinbarung der Dinge überlassen, ob es möglich ist, vor der nächsten Mafseier andre Vereinbarungen zu treffen. (Sehr richtig!)

Dorn-Mürnberg: Die Vereinbarungen haben keine Annahme gefunden, sie bestehen also nicht. (Allseitige Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lipinski erklärt, er habe nicht, wie Fischer behauptet, den Genossenschaftlern den Vorwurf der Treulosigkeit gemacht.

Adler-Miel: Ich habe nicht gesagt, wie Fischer es darstellte, die Mafseier in Schleswig-Holstein wäre nur an 3 oder 4 Orten möglich gewesen, sondern: unter diesen Vereinbarungen würde die Mafseier in Zukunft nur an 3 oder 4 Orten möglich sein.

Fischer: Ich will Adler zugeben, daß ich mich geirrt haben kann. Im übrigen habe ich nicht gesagt, daß Lipinski den Genossenschaftlern den Vorwurf der Treulosigkeit machte. Er sprach von einer Ueberumpelung oder mangelhaften Unterrichtung des Parteivorstandes, und dieser Vorwurf der Ueberumpelung schließt den Vorwurf der Treulosigkeit in sich.

Lipinski: Ich habe mit keinem Wort von der Treulosigkeit der Genossenschaftler gesprochen, sondern mich nur gewundert, daß der Parteivorstand die Delegation zum internationalen Kongress nicht von der Tatsache verständigt hat, daß über die Mafseier verhandelt werden soll.

Hierauf werden die Weiterverhandlungen auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Verhandlungen 7 1/2 Uhr.

(Telegraphogramm der Leipziger Volkszeitung.)

Mürnberg, 10. September. Singer eröffnet die heutige Sitzung mit der Bekanntgabe des Sieges bei der Erstwahl im Lindwighausen. (Stürmischer Beifall.) Hierauf wird in die Tagesordnung, die Erörterung der Budgetfrage, eingetreten. Außer einem bairischen und bairischen Abgeordneten

soß auch ein Württemberger nach Weibel mit unbeschränkter Hebezeit das Wort erhalten.

Veiel als Referent führt aus: Der Beifall, den der Wahlsieg entfesselt hat, wird hoffentlich die Gemüter beruhigen; denn er zeigt, daß die Partei marschiert und daß wir alle Kräfte in gemeinsamer Aktion zusammenfassen müssen. (Lebh. Beifall.) Die Budgetbewilligung hat diesmal besonders große Erregung geweckt, weil die Partei durch die Nachricht überrascht wurde, daß schon vor Monaten von den Süddeutschen eine Verständigung getroffen worden sei, diesmal für das Budget zu stimmen.

Zwingende Gründe für die Budgetbewilligung lagen weder in Bayern noch in Baden vor. Man sah die Verständigung als Pronunziamento gegen wachsburchdachte Parteitagbeschlüsse auf. Die süddeutschen Regierungen haben sämtlich für die Auswucherung durch den Zolltarif gestimmt. Baden hat den Fall Schäufele auf dem Gewissen, hat den ausländischen Genossen bei der internationalen Zusammenkunft Schwierigkeiten gemacht. Die bairische Regierung hat erklärt, die Sozialdemokraten mühten anders als die bürgerlichen Parteien behandelt werden. Schon die Manneswürde hätte unsre Genossen abhalten sollen, der Regierung das Budget zu bewilligen. Der bairischen Regierung nehme ich ihre Haltung nicht übel, nur unsern Genossen ihre Antwort darauf. (Lebhafter Beifall.) Nun hat der Minister Badens erklärt, er sehe in der Budgetbewilligung infolge der beigebenen Erklärung kein Vertrauensvotum. Der bairische Minister ist ein sehr geschickter Herr. (Seiterzeit.)

In Bayern ist das allgemeine Wahlrecht erreicht. Aber nicht durch eigene Kraft, sondern durch die eigenartige Konstellation der Verhältnisse. Wenn wir in Preußen das Wahlrecht nicht haben, an den Kämpfen unsrer Genossen liegt es nicht. So leicht wie in Süddeutschland bekommen wir es in Preußen auch nicht. Da wird eines Tages Kopf und Kragen drangesetzt werden müssen. Schon der Kultusrat hätte die Bayern abhalten sollen, das Budget zu bewilligen. Nun hat allerdings die bairische Regierung erklärt, daß auch Beamte Sozialdemokraten sein können. Wir wollen's abwarten! Aber die Süddeutschen sind zu vertrauenselig. Ja, wenn man bei Minister Hausfreund ist, der Frau Minister die Hand küßt! (Seiterzeit.)

Der heutige Staat ist die politische Organisation zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Produktionsweise. Für uns ist entscheidend das Endziel, nicht Sozialreformerei. Der Masse ist unser Endziel klar zu machen. Es gibt keinen Arbeiter, der auf die Dauer unsere Ideen widerstehen könnte. Dringend bitte ich den Parteitag, die Resolution der Parteileitung anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Nächster Redner ist Timm-München. (Zuruf: Berliner Wacker!) Timm: Lassen Sie doch solche Nuse bis ich gesprochen habe. Wir hätten wichtigeres zu tun, als uns über selbstverständliche Dinge zu streiten. Wir sollten praktische Arbeit leisten, die die Massen verlangen. Statt dessen wird kostbare Zeit mit wertlosen Debatten ausgefüllt. Die Lübecker Resolution spricht von zwingenden Gründen. Ich will betonen, daß solche zwingende Gründe vorliegen. Im Gegensatz zum Vorjahr, wo sachlich diskutiert wurde, hat diesmal der Vorwärts als Zentralorgan die Leidenschaften in unerhörter Weise aufgeheizt. Weibel hat oft den Appell an die schwierige Lage verurteilt, jetzt wird in zielloser Weise gegen Parlamentarismus gekämpft. Wir Abgeordnete in Bayern haben den Kontakt mit den Massen nicht verloren, wir stehen völlig in der Praxis.

Unsre Theoretiker stehen zu wenig in der Praxis. Nach der Lübecker Resolution war die Entscheidung, ob zwingende Gründe vorliegen, ins Ermessen der Abgeordneten gestellt. (Widerpruch und Zustimmung.) Danach haben wir gefandelt. Kritik ist natürlich erlaubt, sie muß nur sachlich bleiben. Der Vorwärts, das verantwortliche Zentralorgan, hat die Abgeordneten persönlich verunglimpft. Von der Leipziger Volkszeitung will ich nicht reden, das ist Sache der sächsischen Genossen. Wenn ich Geschäftsleiter des Reichsligenverbandes wäre, so möchte ich aber wünschen, daß die jetzige Redaktion der Leipziger Volkszeitung noch lange erhalten bleibe. (Beifall. Rufe: Sehr falsch!) Die Parteileitung hat Anweisungen über den brüderlichen Ton für den Verkehr unter Parteigenossen gegeben. Daran denkt niemand mehr. Fribul wird das Vertrauen zu Fraktionsmitgliedern erschüttert. Die Abgeordneten sind geradezu vogelfrei. Der Parteivorstand hat nicht eingegriffen. Ich klage ihn deshalb an! (Sehr richtig!) Warum ist der Vorstand nicht gegen gebundene Mandate eingeschritten, die dem demokratischen Prinzip widersprechen? Der Redner legt ausführlich dar, daß die Bayern kein Pronunziamento gegen die Gesamtpartei lossprechen wollten, daß die Konferenzen in Würzburg und Stuttgart nicht geheim waren, daß in Würzburg Pfanntuch zugegen gewesen sei. Wenn er gewollt hätte, hätte er auch in Stuttgart zugegen sein können. Der Redner zählt die Fortschritte der Sozialpolitik, der Gehaltsaufbesserungen auf, die hauptsächlich dem Eingreifen der Fraktion zu danken gewesen seien.

Der bairische Militäretat steht außerhalb des bairischen Finanzgesetzes. Der Redner sagt: Wissen denn unsre Ankläger alle, was ein Budget ist? (Lachen.) Er fährt fort: „Ich gestehe offen, daß ich vor 14 Jahren in Frankfurt keine klare Vorstellung davon hatte. (Zuruf: Sie waren doch damals ein Berliner!) Große Seiterzeit.) Er erläutert das bairische Budget, die Einnahmen und Ausgaben und zählt die Fortschritte in Gesetzgebung und Politik dank der Sozialdemokratie auf. In Bayern sind Dinge möglich, die in Preußen unmöglich sind; bei uns ist selbstverständlich, was wo anders nicht selbstverständlich ist. In Bayern dürfen Beamte kandidieren. Es herrscht jetzt in Bayern andre Richtung. Unsre Macht hat gewisse Erfolge gezeitigt.

Wir dürfen uns in unserm Fortschreiten nicht durch Zwistigkeiten gewisser Formalitäten hindern lassen. Die Lübecker Resolution ist von andern Rednern anders ausgelegt worden, als von Weibel. Weibel allein ist nicht maßgebend. Der Redner spricht bei Schluß des Blattes weiter.

Frohme und 29 Genossen beantragen: Der Parteitag bestätige von neuem die Lübecker Resolution und beschließt, um

Streitigkeiten über eine eventuell aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zu einem Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den Eingelantagen darüber zunächst mit ihren Landesvorständen und dem Parteivorstand zu verständigen haben.

Aus der Umgebung.

Möckern. Hauslisten. Die Besitzer von Grundstücken mit mehreren Haushaltungen, die ihre Hauslisten für die Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1909 mit Hilfe von Einzelisten ausfüllen wollen, oder von ihren Haushaltungsvorständen darum angegangen werden, müssen die Zahl der gewünschten Einzelisten vor dem 21. September bei der Gemeindebehörde schriftlich bestellen.

Marquardt. Ortskrankenkasse. Die Bureauräume der gemeinsamen Ortskrankenkasse bleiben wegen Reinigung am Sonnabend, den 19. September, geschlossen. Die Krankengeldauszahlung erfolgt bereits am Freitag, den 18. d. M., in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags.

Reitzsch. Marktzeiten. Der Magistrat macht bekannt, daß er auf allgemeinen Wunsch für die Monate Oktober bis März den Beginn des Wochenmarkts auf 8 Uhr und des Ferkelmarkts auf 7 Uhr vormittags festgesetzt hat.

Schudly. Ärzte und Genossenschaften. In der letzten Generalversammlung der Ortskrankenkasse wurde beschlossen, die Familienunterstützung einzuführen. Den Ärzten von Schudly wurde anaboten, die Behandlung der Familienmitglieder gegen eine Erhöhung der bisher 8 Mk. pro Mitglied betragenden Vauschale auf 8 Mk. zu übernehmen. Die Ärzte lebten aber jede Verhandlung darüber ab, da dies Sache der Ärztkammer sei. Die Ärztkammer verwickelte die Sache an ihre Vertragskommission und diese teilte der Kasse mit, daß bei Eintragung von neuen Verträgen mit Ortskrankenkassen 1. die freie Arztwahl ausgedehnt werden müsse, 2. die Bezahlung nach Einzelistenunterstützung der Mindesthöhe nach der preussischen Gebührenordnung erforderlich sei. Diese Forderung wies die Kasse ab und da die nochmalige Verhandlung kein anderes Resultat ergab, erfolgte die Kündigung der bisherigen Kostensätze und die Ausschreibung von zwei Kostensätzen mit einem Gehalt von jährlich 7500 Mk. Jetzt erläßt nun der Verband der Ärzte Deutschlands, Sitz Leipzig, in der bürgerlichen Presse folgenden Aufruf:

Aerzte-Cavete Schkuditz.

Ärzte, welche sich für die von der Ortskrankenkasse Schkudly ausgeschriebenen 2 Klassenarbeiten interessieren, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich vorher zu erkundigen beim

Verband der Ärzte Deutschlands

Leipzig-Comnewitz, Herderstr. 1.

Dies Inserat bedeutet natürlich nichts anderes, als daß der wirtschaftliche Verband der Ärzte mit allen Mitteln bestrebt ist, die Anstellung der beiden für die Kasse erforderlichen Ärzte zu verhindern. Die Kasse wird sich also auf scharfe Kämpfe gefaßt machen müssen.

Von Nah und Fern.

Neue Aufstiege des Militärbalons.

Reinsdorf, 16. September. Die heutige Fahrt des letzten Luftschiffs der Motorluftschiff-Studiengesellschaft war eine Dauerfahrt für die Annahme des Luftschiffes. Der Weg ging in ununterbrochener, labelloser Fahrt nach Spandau längs der Berliner-Wagdeburger Eisenbahn bis Genshün, hinaus über die Erde in der Richtung Wolmirstedt, dann über die Erde zurück über Burg, Lehmitz, Potsdam, Grünwald nach dem Ausgangspunkt zurück. Die Fahrt kann in jeder Beziehung als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Als das Luftschiff nach 11 1/2 stündiger Fahrt kurz nach sieben Uhr labellos landete und von Mannschaften in die Halle gebracht wurde, war der Benzolvorrat noch nicht bis zu Ende aufgebraucht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 16. September. Als heute morgen 2 1/2 Uhr der Parsonal-Militärballon über Halensee hinwegfuhr, wurde er von einem Windstoß erfaßt, geknickt und herabgeworfen. Er liegt auf dem Dache einer Villa. Der zweite Militärballon fuhr heute morgen gegen 10 Uhr über Potsdam hinweg. Er konnte infolge des Sturmes nicht landen.

Wolgast, 16. September. Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, daß bei einer Wählerversammlung in Wemmel die Sozialdemokraten Unruhe provoziert hätten, weshalb die Polizei einschreiten mußte. Die Nachricht ist von Anfang bis zu Ende unwahr. Unsere Genossen waren in der Versammlung erschienen und hatten um das Wort in der Debatte gebeten. Als Antwort auf dieses Verlangen ließ der national-liberale Kandidat Schwabach die Polizei rufen, die die Genossen hinauswies. Der Rufe unserer Genossen ist es zu danken, daß diese Provoktion ohne Folgen blieb. Schwabach ist schon mehrfach in Versammlungen ausgepfiffen worden.

Mensdorf, 16. September. Den letzten Verichten aus Manila zufolge sind während der letzten 48 Stunden 354 Choleraerkrankungen festgestellt worden. In den letzten 28 Stunden waren 210 Todesfälle zu verzeichnen, darunter 14 in der Stadt selbst. Die Gesamtzahl der Cholerafälle für das letzte Jahr beläuft sich auf 16788 Erkrankungen von denen 7631 einen tödlichen Ausgang hatten.

Stuttgart, 16. September. In Rosenfeld (Oberamt Sulz) sind heute nacht 8 Wohnhäuser einem großen Feuer zum Opfer gefallen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

London, 16. September. Das Lokalverwaltungsrat-Komitee die bevorstehende Einrichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten an. Die Zusammenlegung des Gerichtshofes wird bei jedem Streitfall eine andere sein. Die Vorzujenden sollen in einer besonderen Liste angeführter, unparteiischer Persönlichkeiten, die sich diesem Dienst unterziehen wollen, entnommen werden. Ein oder zwei Schiedsrichter sollen aus jeder von zwei öffentlichen Listen von Unternehmern und Arbeitern in gleichem Verhältniß ernannt werden. Erfolgreichen Falles wird das Handelsamt technische Zeugen ernennen, denen aber kein Stimmrecht zusteht.

Die Ursache der Darmkrankheiten bei Flaschenkindern bilden sehr oft die durch ungewöhnliche Milch-ernährung verursachten Darmerkrankungen, welche am leichtesten durch die Ernährung mit „Kusfete“ und Kuhmilch verhindert werden. „Kusfete“ macht die Kuhmilch feinstodiger, gerinnbar und dadurch leichter verdaulich, erhöht auch deren Nährwert.

Der englische Trade-Union-Kongress.

ac. Der 41. englische Gewerkschaftskongress hat diese Woche in Nottingham getagt. Am Tage vor der Eröffnung und während der Tagung fanden, wie üblich, eine Reihe Sonderkonferenzen und öffentliche Versammlungen ab, andre Konferenzen befahen sich mit der Unterrichtsfrage, der Frauenfrage, der Wohnungsfrage usw.; auch die sozialistische Partei hielt mehrere Meetings ab.

Der Vorsitz führte diesmal das bekannte Parlamentarismitglied (Arbeiterpartei) S. J. C. Er behandelte in seiner Eröffnungsrede das Schanzgesetz, von dem er annahm, daß es bei den Lords auf Widerstand stoßen werde, die Unterrichtsfrage, die Alterspension usw. Am Schlusse seiner Rede kam er auf das Verhältnis Englands zu Deutschland zu sprechen. Er wendete sich gegen die Paniktüfte diesseits und jenseits des Kanals, wieder hätten auch diese Unterredungen bei einigen bekannten vertrauenswürdigem, aber in diesem Falle irreführenden Freunden des Sozialismus gefunden. Durch die internationalen Kooperationsgesellschaften, durch die Gewerkschaften und besonders durch die internationalen Kongresse werde der Völkervereinigung am meisten befohlen. Die Meinung, als ob der Krieg das alleinige Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Nationen blieben könne, verliere immer mehr an Boden. Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Zahl der Delegierten, unter denen sich 7 Frauen befinden, beträgt 610, die zusammen 1 700 000 Mitglieder vertreten. Einer der ersten Gegenstände, die zur Verhandlung kommen, ist die Gründung einer Tageszeitung für die Arbeiterklasse. Nach dem Vorschlag eines hierzu gewählten Komitees soll eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden mit einem Kapital von 2 Millionen Mark. Das Blatt soll mit $\frac{1}{2}$ Penny Abonnement auf Zeitungen sind in England nicht üblich) abgeben werden und täglich acht Seiten umfassen. Als Ziel ist in Aussicht genommen The Morning Herald. Besprechungsweise gab es über diesen Punkt fast gar keine Diskussion. Das Gründungskapital von 2 Millionen Mark müßten natürlich die Gewerkschaften aufbringen. Das wäre zwar nach dem Stande ihrer Kassen kein allzu großes Opfer, aber das Gros der englischen Arbeiter ist von der Notwendigkeit einer eigenen, nur ihre Interessen betreffenden Presse noch nicht voll auf durchdrungen. Man sieht die Sache fallen, aber das Komitee wurde beauftragt, die Sache im Auge zu behalten, und man wird auch mit Hilfe des Registeramts dafür sorgen, daß die Gewerkschaften sich ohne Gefahr an einem solchen Unternehmen beteiligen können.

Webb brachte eine Resolution ein, in der die Beziehung von Zeit und Geld bedauert wird, welche durch die Abhaltung drei verschiedener Arbeiterkongresse entsteht. Das Komitee sollte den Auftrag erhalten, mit der Arbeiterpartei und mit der Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten zwecks Verschmelzung dieser drei Kongresse. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

Die Heilsarmee war auf dem vorigen Kongress bezeugt worden, daß sie in ihren Tischlerwerkstätten in Spitalfield nach dem Schwitzsystem arbeiten lasse. Dieser Vorwurf wurde nachrechterhalten; es wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Heilsarmee nicht bloß dort, sondern auch in andern Berufen durch Lieferung von Arbeiten, die bei niedrigen Löhnen hergestellt sind, die Gewerkschaftslöhne herabgedrückt. Das parlamentarische Komitee wurde beauftragt, eine nochmalige Untersuchung anzustellen.

Die Frage des Streikbruchs englischer Arbeiter brachten S. J. C. und D. M. Wilson zur Sprache. Der britische Trade-Unionismus ist entehrt worden. Wo immer am Kontinent ein Streik ausbricht, blicken die Arbeiter besorgt nach England, jetzt der beste Rekrutierungsboden für Wladimir. S. J. C. fordert den Kongress auf, sein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen und vor Parlament die Ausdehnung des Streikgesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Heere verboten ist, zu verlangen. Der Kongress stimmt diesem zu.

Henderson behandelte das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Trade-Unions. Die völkervereinlichen Parteien und deren Presse in England beginnen nach demselben Rezept zu verfahren, wie ihre Vettern in Deutschland. Sie reden den Gewerkschaften vor, daß sie sich ganz in den Händen der Sozialisten befinden, daß dies gefährlich für sie werden könne usw. Henderson betonte demgegenüber, daß dieser Versuch, die beiden Flügel der Arbeiterbewegung auseinanderzureißen, nicht gelingen werde, denn beide überzeugten sich immer mehr, daß sie zusammengehören.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen diesjährigen Kongress das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitslosen durch Staatshilfe. Bei jedem Punkte der Tagesordnung kommt diese Frage immer mehr zum Durchbruch.

S. J. C. erklärte sich durch den Minister Gladstone autorisiert, dem Kongress mitzutellen, daß demnächst eine Kommission eingesetzt werden würde, um diese Frage zu studieren. Die Diskussion über diesen Punkt wurde fortgesetzt; dabei spielten auch die Vorkommnisse in Glasgow eine Rolle. Die Art dieser Diskussion und die gefassten Beschlüsse sind recht beachtend für die gegenwärtige Stimmung in den Kreisen der englischen Arbeiterklasse. Die gegenwärtige sehr schwere Krise schärft ihren revolutionären Sinn.

Peter Curran betonte, daß die Arbeitervertreter im Parlament keine Schuld treffe, wenn es zu Unruhen komme. Bei jeder Gelegenheit sei die Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, daß die Arbeitslosen-Unterstützung endlich zu lösen. In 7 Minuten habe das Parlament 800 Millionen für Arme und Flotte bewilligt, um eine nach seiner Meinung imaginäre Invasion zu verhindern.

Dem Genossen Thorne geht der Anspruch auf das „Recht der Arbeit“ nicht weit genug; das sei lediglich ein Palliativmittel. Das Problem werde nicht eher gelöst sein, als bis die Arbeiter die Kontrolle über die genannten Produktionsmittel haben.

Griffie (Schuhmacher Nordhampton) unterbreitete eine Resolution, in der es heißt, daß der Kongress solche Vorkommnisse, wie in Glasgow, willkommen heißt, weil sie geeignet seien, die bestehenden Massen mit Furcht zu erfüllen. Im andern Teil wendet sie sich gegen die Arbeiterabgeordneten, die im Parlament vielfach einen zu großen Wert darauf legen, als „Repsentabel“ zu gelten. — (Die hauptsächlichsten Punkte der Tagesordnung waren damit erledigt, etwaige wichtige Beschlüsse des letzten Sitzungstages werden wir noch nachtragen.)

Gerichtssaal.

Gewerbegericht.

Den Lohn nicht vereinbart. Die Verkäuferin Frau We. klagte gegen die Verkäuferin einer Wirtschendube auf der Messe, Frau Gr., auf 0.80 M. nicht bezahlten Lohn. Die Klägerin hatte sechs Tage und drei Stunden bei Frau Gr. gearbeitet, mitunter bis 12 und 1 Uhr nachts, und für diese Zeit 5 M. erhalten. Ueber den zu zahlenden Lohn war vorher nichts

vereinbart worden. Die Klägerin hielt die 5 M. nicht für ausreichende Bezahlung ihrer Arbeit und machte die genannten 8.80 M. als Nachforderung geltend. Die Angelegenheit hatte das Gewerbegericht in einer früheren Sitzung schon beschäftigt, in der die Beklagte, da sie nicht erschienen war, zur Zahlung verurteilt wurde. Frau Gr. ist des Lebens nicht kundig, die Vorladung hatte sie sich erst vorlesen lassen, als die Verhandlung bereits stattgefunden hatte, und dann gegen das Urteil Einspruch erhoben, wodurch die Sache erneut zur Verhandlung stand. Das Gericht war bemüht, die übliche Bezahlung dieser Arbeiter festzustellen, doch war dies nicht möglich, da die Angaben beider Parteien stark voneinander abwichen. Trotz langem Verhandeln und Zureden ließ sich die Beklagte zur Zahlung nicht bereit finden. Unter Zugrundelegung des ordentlichen Tagelohns verurteilte sie das Gericht zur Zahlung von 5.50 M. Für eine durch Verschulden der Klägerin zerbrochene Schüssel wollte die Beklagte von dieser Summe noch 1 M. als Schadenersatz abziehen. Auf die Unzulässigkeit dieses Gebahrens aufmerksam gemacht, erklärte sie, sich weiteres vorzubehalten.

Auf 6.02 Mark rückständigen Lohn klagte der Kellerarbeiter R. gegen den Weinhändler An. An legte eine Quittung über 5.80 M. mit der Unterschrift des Klägers vor, als Beweis, daß R. von ihm nichts mehr zu fordern habe. Der Kläger erkannte die Echtheit seiner Unterschrift an, behauptete aber, daß die darauf befindliche Bemerkung „zum Ausgleich meiner Forderung“, erst nachträglich darauf geschrieben worden sei; als er die Quittung unterschrieben, habe sie sich nicht darauf befunden. Die 5.80 M. habe er angenommen, da er sich in einer Notlage befand. Als Ausgleich seiner Forderung habe er sie nicht anerkannt, denn dadurch würde er sich doch die Klage auf den rückständigen Lohn unmöglich gemacht haben. Weinhändler An. bestreift die Quittung nach vollzogener Unterschrift abgeändert zu haben und war bereit, den ihm zugeschobenen Eid zu leisten. Auf den nochmaligen Vergleichsvorschlag des Gewerbegerichts zahlte er an Kläger 2 M., womit dieser sich zufriedengestellt erklärte.

Eine weitere Forderung auf Zahlung des zurückbehaltenden Lohns machte das Mädchen J. gegen die Pensionärin Ja. anhängig. Die J. bekam außer Kost und Wohnung pro Monat 17.60 M. Bei der letzten Lohnzahlung waren ihr von der Pensionärin 14 M. für verursachten Schaden einbehalten worden. Die Annahme der 3.50 Mark hatte sie verweigert und klagte auf Zahlung des vollen Lohns, da sie sich für den Schaden nicht verantwortlich glaubte. Es handelte sich um das Ausbrechen eines Wasserleitungsrahms über einer Badewanne. Da sie, nach ihrer Darstellung, nicht die Zeit hatte, wegen anderer Arbeit das Vollaufen der Wanne abzuwarten, ging sie nach Frau Ja. und teilte ihr mit, daß der Rahm aufgebrochen sei. Das Zubereiten ist dann vergessen worden, durch das Ueberlaufen der Wanne ist das Wasser in den Fußboden eingedrungen und die Decke des darunter befindlichen Zimmers beschädigt worden. Die Beklagte bestritt, von der J. die Mitteilung erhalten zu haben; sie habe früher sogar ihr den strengen Befehl gegeben, den Rahm überhaupt nie aufzubereiten, da die Decke deswegen schon einmal hat repariert werden müssen. Der Vorstehende bemühte sich, die Beklagte für einen Vergleich zu stimmen, das wurde aber von ihr entschieden abgelehnt. Da sie ihre Angaben mit einem Eid bekräftigte, mußte die J. mit ihrer Forderung abgewiesen werden. Rügeprüfungen wurden ihr nur die 3.50 M. Da sie darüber ein Urteil verlangte, mußte sie auch noch die Gerichtskosten bezahlen.

Vereine und Versammlungen.

Die Holzarbeiter Marxstr. 18b.

Hielten am 7. September eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Ruppert-Weißig hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Wesen und Bedeutung der Tariffrage für die Arbeiterklasse. Seine Ausführungen spielten in folgenden Leitzätzen: Möglichst kurze Tarife mit Einbeziehung der Mafzeier; die Ausführungen vom Kollegen Weder auf dem letzten Verbandstag sind nicht zuzuhören, weil er langjährige Tarife verlangt; der Reichstasch ist zu verwerfen, weil er das Kampfbewußtsein einschlüfert und die Arbeiterbewegung, insbesondere die politische, an der Fortentwicklung hindert; die Kollegen müssen auf der Hut sein bei Abschluß von Tarifen sowie die ganze Materie studieren. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus, verurteilten gleichfalls die lange Tariffdauer, sowie den eventuellen Reichstasch. Bei künftigen Gaus- und Verbandstagen sollen nur Kollegen als Delegierte gewählt werden, die diese Forderungen vertreten. Da zwei Kollegen aus der Verwaltung den Ort verlassen, wurden die Kollegen Werner und Galander in diese gewählt. Der Vorstehende gab bekannt, daß der im Vorjahr abgeschlossene Tarif der Schneiderischen Nordstr. Ende September abläuft. Eine hierzu einberufene Werkstattversammlung hat beschlossen, den Tarif bis auf unbestimmte Zeit weiterlaufen zu lassen, damit der Leipziger Tarif, welcher noch in Vorbereitung ist, hier ebenfalls eingeführt wird. Nach einer Aufforderung, der politischen Organisation beizutreten, erfolgte Schluß der von gutem Geist besetzten Versammlung.

Die Bauhilfsarbeiter.

Hielten am 7. September im Volkshaus eine Versammlung ab. Kollege Richter-Eltzin schilderte die Entstehung und Entwicklung der Tarifverträge unter Berücksichtigung der dießjährigen Lohnbewegungen. Kollege Werend-Hamburg führte den Kollegen das Zustandekommen des dießjährigen Tarifs vor Augen und erklärte, es könne keinen andern Ausweg mehr geben, als den neu geschaffenen Tarif anzuerkennen. Der Redner hält es für frevelhaft, wenn der Hauptvorstand in der gegenwärtigen Situation anders gehandelt hätte, er verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf, den richtigen Weg nicht gefunden zu haben, will aber dem nächsten Verbandstag Rede und Antwort stehen. Nachdem noch einige Redner die jetzigen Zustände auf den Bauteil gezeigten und darauf hinwiesen, daß es der Verwaltung erst nach Annahme des Tarifs möglich ist, hier Abhilfe zu schaffen, kommt es zur Abstimmung. Für die Unterzeichnung des Tarifs stimmte die Mehrheit der Versammlungsbesucher. Zum Schluß wurde noch auf den am 17. Oktober d. J. stattfindenden Familienabend hingewiesen.

Maurer.

Am 8. September fand im Volkshaus die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag und innere Berufungsangelegenheiten. Der Kollege Busch gab den Bericht und fügte etwa folgendes aus: Auf diesem Verbandstag ging es lebhafter zu als sonst. Der Bericht habe zwar schon in der Presse gestanden, aber es sei Pflicht der Mitglieder, ein Protokoll zu kaufen, um über die Verhandlungen genau unterrichtet zu sein. Die Extrabeiträge müßten spätestens bis zum Oktober bezahlt sein, anderenfalls der Ausschuß erfolge. Die Unterrichtslehre sollen weiter bestehen bleiben, auch können einzelne Kollegen an der Parteischule teilnehmen, wenn sie die nötigen Kenntnisse besitzen. Im kommenden Herbst sollen Agitationsversammlungen stattfinden. Die Gehälter der Beamten sind auf dem Verbandstage wieder geregelt worden. Die Wahlen zum nächsten Gewerkschaftskongress würden von den Mitgliedern vullolgen; Leipzig und Dresden würden zusammen einen Defere-

gieren wählen. Die Arbeitslosenmarken sollen in Zukunft erteillich geregelt werden. Die hiesige Leitung wurde beauftragt, eine Tabelle ausgearbeiten und einer späteren Versammlung vorzulegen. Wenn auch nicht alles nach unserm Wunsche dort ausgefallen sei, so könne man doch sagen, daß der Unwille der Kollegen auch Gehör gefunden habe und daß in Zukunft andres verfahren werden soll. Alle drei Delegierten traten, da doch nun der Verbandstag in der Tarifangelegenheit gesprochen habe, dafür ein, sich nun den Beschlüssen zu fügen und in Leipzig den Tarif zu unterschreiben. Die Kollegen verließen langsam den Saal, und als abgestimmt wurde, fand sich keine Majorität für die Unterschrift. Der zweite Punkt wurde ausfallen, da die Zeit vorgeschritten war. Den Mitgliedern wird noch das Jahresbuch der deutschen Maurer von 1907 empfohlen.

Die Straßencrainer.

Hielten am 8. September im Volkshaus eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Krisen und deren Folgen für die Arbeiter; 2. Die Lohnpolitik des Rates und unsre Stellung dazu; 3. Wo kommen die vielen Strafgelehrte hin? 4. Gewerkschaftliches. Der Vortrag des Kollegen Schindler fand beifällige Aufnahme. Zum 2. Punkt verurteilt die Versammlung das Verhalten des Rates wegen der von ihm geübten Sparpolitik an den Arbeiterlöhnen, da bei dem gegenwärtig anstrengenden Dienst, sowie auch der teuren Lebensverhältnisse halber der Lohn ganz ungenügend sei. Das Fehlen müsse durch Nebenberufung und Frauennarbeit ersetzt werden. Am meisten müssen die Kollegen mit harter Familie darunter leiden. Beim 3. Punkt wurde die Strafpraxis einiger schreibiger Luftseher einer herben Kritik unterzogen, da man sich des Gefühls nicht erwehren könne, daß vielfach die Strafen in schändlicher, wie auch willkürlicher Weise ausgeworfen seien, um Arbeiter, die ihre Rechte vertreten, dadurch gefügiger und willfähriger zu machen. Auch mit den Erfolgeleistungen für beschädigte oder verlorne vergangene Dienstgegenstände, event. Kleidungsstücke, gehe man geradezu rigoros vor. So wurden für einen Sandack 3.20 M. und für die Reparatur einer Handwaage 3 M. den beteiligten Arbeitern von ihrem geringen Lohne abgezogen, in einem Falle sogar ohne jegliche Verhör. Von der Mehrzahl der Redner wird die rechtliche Zulässigkeit solcher Abzüge stark angezweifelt. Ganze Stöße von Strafzetteln sind in einigen Bezirken am Lohnstage vor den Augen der Arbeiter aufgestapelt. Für Zusammentreten geht es mit 50 Pfg. noch glimpflich ab. Dies Verfahren soll auf besondere Anweisung des jungen Herrn Assistenten Schöne zurückzuführen sein. Der Ausschuß wurde deshalb in einer diesbezüglichen Resolution beauftragt, um Erhöhung des Lohnes auf der Grundlage der bisherigen Forderung vorstellig zu werden, event. soll er sich in dem Kapitel Strafen von der Verwaltung Aufklärung geben lassen und über das Resultat in späterer Versammlung berichten.

Die Formner und Biegearbeiter.

Hielten eine Versammlung ab, in der das Agitationskomitee vervollständigt wurde. Nachdem sich die Formner vergeblich bemüht haben, einen Hilfsarbeiter in das Komitee zu bekommen, wurde an Stelle des Hilfsarbeiters ein Formner gewählt. Möglicherweise haben es die Hilfsarbeiter bis zur Neuwahl eingesehen, daß auch sie mit für die Organisation arbeiten müssen, wenn die Lage der Hilfsarbeiter verbessert werden soll, denn ihre Löhne sind sehr gering. So bezieht z. B. die Firma Edm. Weder in Reusch 30 Pfg. Anfangslohn, und man darf nicht etwa glauben, daß Herr Weder in kürzerer Zeit etwas zulegt. Bei der Firma Mag. John in Reusch sind vor wenigen Wochen Lohnabzüge angeordnet worden. Durch energische Arbeit der Organisation und der bei Jahr beschäftigten Arbeiter wurde die Firma von ihrem Vorhaben abgebracht. Ebenso wurde über schlechte Verhältnisse bei Frenkel in Lindenau und bei Weinhof u. Hiller in Reusch geklagt. In dieser Firma klagen die Formner über ungenügendes Material, was zur Folge hat, daß dort die schlechtesten Löhne existieren. Auch die Garderobe lauge nichts. Am besten verstehe es die Firma von Gustav Wägge in Plagwitz, die Krise für sich auszunutzen. Diese Firma habe seit einem Jahre unausgeseht versucht, die Löhne herabzusetzen und es auch endlich durchgeführt. Die unliebsten Arbeiter hat sie entlassen, und dann hat er sich einen Formnermeister geholt, der es versteht, bei Lohnabzügen behilflich zu sein. Auch die sanitären Verhältnisse sind bei dieser Firma nicht am besten. Daß die Verhältnisse in den Leipziger Biegeereien so liegen, daran trägt auch ein Teil der Kollegen die Schuld. Die Versammlungen sind oft schlecht besucht und ein Teil der Versammlungsbesucher hat kein Interesse daran, den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Ja, manche wenden sich gegen ihre eigenen Kollegen. Das muß aufhören, wenn die Formner nicht rückwärts schreiten wollen. Es sollen nun in Zukunft wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, um so das Persönliche in den Hintergrund zu drängen. Es wird also Sache der Kollegen sein, die Versammlungen besser zu besuchen, um so gemeinschaftlich gegen unsre Ausbeuter zu kämpfen.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Schandlitz.

In der Mitgliederversammlung vom 10. September sprach Genosse G. Helbig aus Leipzig über Anarchismus und Sozialismus und erzielte für seine Ausführungen reichen Beifall. Nachdem Genosse Schulte und Genosse Sämlich über die Budgetbewilligung der Süddeutschen gesprochen hatten, wurde die Leipziger Resolution mit folgendem Zusatz angenommen: Ferner verurteilt die Versammlung die Schreibweise des Halleischen Volksblattes, in Kraam der Budgetbewilligung. Der Grundzug unserer Presse, Mißklänge in allen Fragen, ist hier vollständig fehlgeschlagen; bei einer so viel einschneidenden Frage verlangen die Versammlung eine prinzipielle und planmäßige Stellungnahme. Ein Antrag der Genossinnen, den Rollenbestand des aufgelösten Frauen- und Mädchenbildungvereins der Bezirksstelle zu übermitteln, wurde angenommen, ebenso ein weiterer Antrag: Genosse Müller möchte in Versammlungen über die Tätigkeit des Stadtorbordnetungskollegiums geben. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Versammlungen

Im 13. Reichstagswahlkreis.

Dritter Verein Paundorf.

Thomas Müller lautierte das Thema, über das Gen. Wittich in einer am 10. d. M. stattgefundenen, von 180 Mitgliedern besuchten Versammlung referierte. Der Redner verstand es, mit seinen trefflichen Ausführungen die Aufmerksamkeit der Anwesenden bis zum Schluß zu fesseln. Nach dem Vortrag nahm die Versammlung den Gemeindevorbericht entgegen. Aus dem Schulvorstandsbereich ging hervor, daß das Bad seiner Vollendung entgegensteht. Auf den im Winterhalbjahr stattfindenden Nahrungserricht für schulunfähige Mädchen und junge Frauen wurde besonders aufmerksam gemacht, und auf des Unterrichts Mühseligkeit hingewiesen. Zum Schluß gab der Vorstehende das sehr reichhaltige Winterhalbjahrsprogramm bekannt und appellierte an die Anwesenden recht regen für die Versammlungen sowie für die Arbeiterpresse zu agitieren.



Königs-Automat u. Restaurant

Abzahlungsgeschäfte S. Oswald

S. Sachs

Aquarien

Bäckereien, Konditoren

Brauereien, Bierhandlg. Brauerei C. W. Naumann

Offenhauer-Brauerei

Markranstädter Brauerei

Neumann u. Co., Schönau

F. A. Ulrich

Dampfbräuerei Zwenkau A. G.

Bilder-Einrahmungen

Briketts, Kohlen Rich. Foerstendorf

Damen-Monats-Garderobe

Drogen, Farben

Ein- u. Stahlwaren

Fischhandlungen

Färberereien, Wäschereien

Färberei, Wäscherei

Herrn-Schneiderei, Stoffe

Hüte, Mützen

Kaffee und Tee

Kolonialwaren

Fleischerereien

Cacao, Schokolade

Lindenauer Schokoladen-Haus

Franz Kellhold

Bravou-Räder

Cigarrenhandlungen

Fahrradhaus Frisch auf

Fleischerereien

Galanterie-, Luxuswaren

Gelegenheitskäufe

Grammophone, Sprechm.

Kranken-Bedarfs-Artikel

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Färberereien, Wäschereien

Hugo Luckner

Fahrräder, Nähmaschinen

Bravou-Räder

Cigarrenhandlungen

Fahrradhaus Frisch auf

Fleischerereien

Galanterie-, Luxuswaren

Gelegenheitskäufe

Grammophone, Sprechm.

Kranken-Bedarfs-Artikel

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Herrn-Schneiderei, Stoffe

Hüte, Mützen

Kaffee und Tee

Kolonialwaren

Fleischerereien

Galanterie-, Luxuswaren

Gelegenheitskäufe

Grammophone, Sprechm.

Kranken-Bedarfs-Artikel

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Obst, Grönwaren

Kurz- und Wollwaren

Manufakturwaren

Molkereien

Musik-Instrumente

Optiker, Mechaniker

Photographen

Porzellan, Glas

Putz, Modes

Schirme, Stöcke

Schleifereien

Schreibwaren

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Schleifereien

Tapeten, Linoleum, Wachs

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Schuhwar., Schuhmacher

Der Wildfang.

Novelle von Adolf Schmitthenner.

12]

Nachdruck verboten.

Der Bittel faltete die Schrift zusammen und steckte sie umständlich in den Rock. Valentin stand da wie ein gebrochener Mann. Kunigundens Angesicht war erstarrt. Sie schaute verständnislos bald den einen, bald den andern an, wie wenn das alles in fremder Sprache geredet wäre.

Valentin hob langsam den Kopf und sagte leise: Ihr habt recht, Bittel. Und doch hat eure Hand verdient, abgehauen zu werden, weil sie sich an einem freien Manne vergriffen hat. Erst heute über vierzehn Tage habt ihr das Recht, mich zu fassen. Bis dahin habe ich mit dem strengsten Richter nichts zu schaffen.

Da irt ihr euch! sagte der Bittel behaglich. Die Sonne ist untergegangen. Jahr und Tag ist vorbei. Als ihr vorhin an mir vorüberginget, stand die Sonne noch am Himmel, da wartet ihr noch frei. Aber jetzt seid ihr dem Kurfürsten eigen.

Heut über vierzehn Tagen! stammelte Valentin. Heute, heute, sagte der Bittel, heute mit Sonnenuntergang sind zwölf Monate, sechs Wochen, drei Tage vorbei, seit ihr in Heidelberg eingezogen seid. Glaubt ihr mir nicht, so schaut selber nach.

Er griff wieder in die Tasche, und nachdem er eine Weile darin herumgekrämt hatte, zog er ein ander Papier heraus, den von der kurfürstlichen Kanzlei ausgestellten Befehl. Er entfaltete ihn und hielt ihn Valentin unter die Augen.

Der warf einen Blick hinein. Seine Augen wurden größer und größer. Er streckte die Arme vom Leib und ballte die Fäuste. Dann lösten sich die Finger langsam, und die Hände schlugen an den Leib. Er wandte den Kopf seiner Braut zu, sah sie traurig an und sagte: Kunigunde, es ist so.

Da kam Leben in ihr starres Gesicht. Ihre Augen sprühten Feuer. Sie richtete sich hoch auf und zischte: Wui über deine Mutter! Wui über dich!

Sie wandte sich um und ging hochgehobenen Hauptes aus dem Kreise. Die Umstehenden wichen rechts und links auf die Seite, so daß sie wie durch eine Gasse schritt.

Margarete ging schluchzend hinter ihr her. Aber nach einigen Schritten wandte sie sich um und kehrte zu uns zurück. Sie stellte sich still weinend neben mich und schaute mich an mit treuen Augen, wie wenn sie sagen wollte: Ich bleibe bei dir in dieser schweren Stunde.

Valentin schaute Kunigunden traurig nach. Dann wandte er sich zu mir und sagte: Johannes, das ist dordder. Wir wollen heim. Aber vorher ist noch eins zu besorgen.

Er legte die Waage, die er noch immer in der Hand gehalten hatte, auf den Tisch, griff in seinen Sack und holte zwei Gulden heraus. Die gab er dem Bittel.

Da habt ihr eure Fanggebühren und ein Trinkgeld. Dann griff er in die Tasche und holte einen weiteren Gulden heraus. Er warf ihn seinem Landsmann, der vorn unter der gassenden Menge stand, vor die Füße.

Da, Markus, hast du etwas für deine Mühe! Du bist immer ein schmutziger Salunkel gewesen.

Aber nun such ich noch einen. Johannes, wo ist er? Er ist nicht da, sagte ich und legte den Arm um seine Schulter. Komm, wir gehen heim!

Aber Valentin machte sich los und spähte im Kreis umher.

Ist er ein Schelm, so ist er auch da; das ist Schelmenrecht. Verbirg dich nicht, Gerwig! Komm vor! Ich hab dich gesehen! Wenn noch ein Tropfen Mannesblut in dir ist, dann komm her!

Die Menge wich auseinander, und bleich, wie einer, der zum Hochgericht steigt, trat Gerwig heran.

Valentin streifte den linken Armel zurück.

Sieh, Gerwig, sagte er, da ist ein Zeichen. Trägst du das meine auch noch? Oder hast du auch ein falsches Knecht? Wenn mich ein Engel gewarnt hätte; Nimm dich vor dem Gerwig in acht, so hätte ich ihm gesagt: Du bist ein Teufel. Sag mir, Gerwig, hat dir der Baum gelogen, oder bist du zum Schelmen an mir geworden?

Gerwig hob das Haupt und warf dem Fragenden einen langen Blick zu; dann ließ er den Kopf wieder sinken.

Valentin maß ihn langsam mit den Augen und sagte: Also ja! Mein Herzbruder ist ein Schelm. Und hast du mich gar verraten? Sab ich meinem Landsmann unrecht getan? Sieh, Gerwig, dort liegt noch der Gulden, Marz hat ihn nicht angerührt. Geh hin und heb ihn auf!

Gerwig schüttelte den Kopf und schaute Valentin traurig an. Dann sagte er leise:

Valentin, ich habe meinen Eid nicht gebrochen. Aber belogen hab ich dich, das ist wahr. Die ganze Nacht lang hab ich mit dem Teufel gerungen und hatte ihm obgelegen. Ehrlichen Herzens sprang ich herunter durch den Wald, dich zu retten. Aber warum habt ihr ein Herz im Leibe haben? Warum habt ihr uns mit eurer Liebe gehöhnt? Wärfst du herauf zu mir gekommen, als ich dich rief, so hätte ich den Teufel noch einmal gezwungen. Aber als ihr nicht voneinander kamet, und ich deinen Arm zittern sah von ihrem kleinen Finger her, und denken mußte wie du zittern würdest, wenn sie dich ganz umschlingte, da wünschte ich, der Bittel stünde hinter dir und risse dich von ihr hinweg. So hab ich dir gelogen, Valentin.

Valentin sah ihn mit durchbohenden Blicken an. Seine Brust atmete schwer, und in sein bleiches Gesicht schlug eine Blutwelle um die andre.

Du hast mir nicht alles gesagt, Gerwig! Doch, bei Gott, ich habe dir alles gesagt.

Du hast mir nicht alles gesagt, wiederholte er, und seine Stimme bebte.

Was soll ich dir noch sagen? Du hast mich von Kunigunde weggeteufelt, damit du selbst in ihren Armen lägest. Das sollst du nicht! Das sollst du nicht!

Seine Stimme ersticke vor Wut. Einen Augenblick stand er regungslos, dann hielt er das Schwert, das noch auf dem Tisch gelegen hatte, in der Hand. Ich sah etwas durch die Luft blitzen, und wie vom Wetter gefällt brach Gerwig zusammen.

Während die Männer den Mörder überwältigten, sank ich an dem Sterbenden nieder. Margarete hob ihn sanft das Haupt und bettete es in ihren Schoß. Das Schwert stak ihm in der Brust. Langsam sickerte das Blut neben dem Eisen heraus aus den vollgesogenen Kleidern.

In diesem Augenblick rief es: Feuer! — Feuer! — Es brennt! — Wo? — Hinter den Lebzelten! — Ich schaute nach der Seite hin, wohin das Gerenne lief; aus einer dicken, gelben Rauchwolke schlug die Flamme. Es war nahe bei der Stelle, wo ich vorhin Gerwig bemerkt hatte! Auch die Umstehenden liefen alle dorthin. Mir war es recht so.

Bis der Wundarzt kam, waren Margarete und ich bei dem Sterbenden allein.

Gerwig hatte die Augen geschlossen und lag wie tot. Auf einmal schlug er langsam die Lider auf. Er erkannte mich und flüsterte: Herzbruder, ich hab ihm ein Pferd verschafft. Es steht zu Handschuhshaus im Döhlen. Sein Geld ist in den Mantelsack gepackt und meins dazu. Das Feuer. . . ich. . .

Die Augen wurden irre. Schnell stammelte er. Nimm sie vor dich auf's Kopf! In Worms ist kein Ausvozt. Schnell! Immer gerade aus! Um die Dörfer herum! Bis Heppenheim. . . Dann links! Blick zu! Glück zu!

Er schufzte tief auf und röchelte noch eine Weile. Langsam wurde es leiser und stiller in seiner Brust, und als endlich der Wundarzt herbeikam, hatte er ausgeatmet.

Der Wundarzt zog das Schwert aus der Brust. Dickschwarzes Blut troff daran nieder. Dann legten wir den Toten auf einen Tisch. Ein paar Kameraden, die von dem rasch gelöschten Feuer zurückkehrten, boten ihre Hilfe. Margarete bedeckte die Leiche mit grünen Zweigen, und so trugen wir ihn in die dämmerige Stadt.

Viele Leute begegneten uns, die hinauseilten, die Brandstätte zu sehen. Sie blieben stehen, wenn wir den Toten vorübertrugen, und die Männer entblöhten ihr Haupt. Eine Schar schweigender Kinder schritt neben und hinter uns her, und die Frauen, die beieinander unter den Haustüren standen, schauten uns entgegen und flüsterten uns nach.

Margarete ging neben der Bahre und verscheuchte mit einem Kastanienzweig die Fliegen, die der Blutdunst herbeizog. An der Heiliggeistkirche legte sie den Zweig auf des Toten Brust, deutete nach dem Turm und sagte: Behüt dich Gott, Johannes, ich muß jetzt da hinauf.

Als wir auf dem Marktplatz anlangten, wurde Valentin vom Rathaus her, wo er verhöört worden war, zwischen zwei Stadtknechten durch die murmelnde Menge geführt. Am Eingang zum Burgweg trafen wir zusammen.

Wir Träger setzten die Bahre nieder, und lautlos sah die Menge zu, wie der Mörder an dem Ermordeten vorüberging. Er war barhäuptig. Die Arme waren auf dem Rücken zusammengeknüpft. Vor dem Toten blieb er stehen. Er sah ihn an. Dann trat er herzu, beugte sich nieder und sah ihm ins Gesicht. Langsam richtete er sich wieder auf und schüttelte den Kopf. Da sah er mich. Schwere Tränen tropften ihm aus den Augen. Er rüttelte sich, wie wenn er mir die Hand hätte reichen wollen.

Herzbruder! rief er.

Herzbruder! erwiderte ich.

Dann ging er weiter, den Burgweg hinauf, an der Schmiede vorbei. Sie führten ihn aufs Schloß in den Gefängnisturm.

Wir aber trugen den Toten hinter dem Totschläger her die Gasse hinauf und in die Schmiede hinein. Als wir den Tisch in der Werkstatt auf den Boden setzten, klorste das Eisen an den Wänden. Wir ließen den Tisch unten stehen und trugen die Leiche die Stiege hinauf an dem Meister vorbei, der zitternd und bebend in seiner Stubentür stand, nach unserer Kammer. Dort betteten wir den stillen Schläfer auf dasselbe Lager, worinnen er die letzte Nacht schlaflos zugebracht hatte. Dann gingen die Gesellen leise hinaus, und ich war mit meinem Herzbruder allein.

Ich zündete die Kuppel an und stellte sie auf den Simsen. Dann setzte ich mich neben das Bett auf den Stuhl und sah auf den Toten, Stunde um Stunde.

(Fortsetzung folgt.)

Wilhelm Weitling.

Seine Zeit, sein Leben, seine Lehre.

Mit dem epochenmachenden Erfolg, den Weitling und seine Freunde mit ihrer bisherigen Tätigkeit, vor allem mit den Garantien erzielten, nahm die Wachsamkeit der Gegner und der staatlichen Behörden zu. So schrieb das Organ der Schweizer Konservativen, die Allgemeine Schweizer Zeitung, mit einer drohenden Geste: „Herr Weitling kann versichert sein, daß für sorgfältige Ueberwachung jedes Schrittes, den er tut, gesorgt ist.“ Hatte die junge Bewegung schon bisher unter dieser liebevollen Tätigkeit hinlänglich zu leiden, so jetzt noch mehr. Dazu traten noch allerhand Mißbilligkeiten im Schoße des Bundes auf. Innerer Meinungsverschiedenheiten, Mißverständnisse in den eigenen Reihen brachen aus und führten zu kleineren und größeren Reibungen, wodurch die Agitations- und Organisationsarbeit erschwert, manchmal direkt gelähmt ward.

Im Mai 1843 siedelte Weitling nach Zürich über, um von nun an seine Propaganda von hier aus mit größerem Erfolge entfalten zu können. Bei diesem Umzug war auch der Umstand stark ins Gewicht gefallen, daß gerade hier in Zürich eine Reihe tüchtiger Vorkämpfer der Freiheit in Schrift und Wort wirkte, die Weitling für seine Zwecke gewinnen zu können hoffte. Insbesondere ließ er es sich angelegen sein, den Dr. Julius Förel in Zürich, der von den Radikalen mit der Leitung des eben begründeten Schweizerischen Republikaners betraut worden, auf seine Seite zu ziehen. Förel stand auch in der Tat bald, ohne erklärter Sozialist zu sein, der Weitlingischen Agitation äußerst sympathisch gegenüber. In einem Briefe an Wacker erklärte er offen diese seine Zuneigung. „Sagen Sie Weitling“, schrieb er, „daß ich noch nicht weiß, wie weit ich einzelnen Ideen der kommunistischen Richtung beistimmen könne, daß aber einfließen mein Herz bei der Sache ist. Ich teile die Menschen in Egosten und Kommunisten und, so verstanden, gehöre ich zu den letzteren. Die Zukunft wird das wie klar machen, über das was ich einverstanden.“

Wie mit ihm trat Weitling auch mit dem Russen Watutin in eine allerdings äußerst lose Verbindung. Mit Paris stand er durch Vermittlung des Dr. Ewerbeck, mit dem er eine lebhafte Korrespondenz unterhielt, in einem steten Austausch der Ansichten und Erfahrungen. Ewerbeck, ein Anhänger des Gabelschwischen Kommunismus und damit der friedlichen Propaganda, der sich endlich doch durchgehenden Macht der „Wahrheit“, war eine mit großer Intelligenz ausgestattete, vom besten Willen befehlte, durch und durch ehrenhafte Persönlichkeit mit einer ausgebreiteten Einflusssphäre, der sich selbst Weitling nicht zu entziehen vermochte, ja nicht einmal verschuchte. Und gerade diese seine Ruhe, Mäßigung und Besonnenheit bildete ein wohlthuendes Gegengewicht gegen Weitlings revolutionäre lobende Leidenschaft, dessen Kopf nicht selten von seinem Temperament mitgerissen zu werden drohte.

So verfiel Weitling manchmal, um die bestehende, ihm bis in die Seele verhaßte Gesellschaftsordnung zu desorganisieren, auf die eigentümlichsten Gedanken. Das eine Mal wollte er das bewirken durch eine sofortige Einführung der „weiblichen Gemeinschaft“. Das andre Mal wollte er zum selben Zwecke die Verbredner organisieren und sie auf die bürgerliche Welt loslassen. Schon lange spielte er mit dieser Idee. In den Garantien hatte er sie zuerst ausgesprochen, wenn auch noch nicht als Glied seines Systems in den Vordergrund gestellt. Die interessanteste Stelle lautet wörtlich: „Sollten wider Vermuten die Gewaltigen, um der Verwirklichung unfres Prinzips entgegen zu arbeiten, uns in eine Zuschauergemeinschaft sperren wollen, sollten sie die Assoziation der Arbeiter und Genüsse so zu ihrem eigenen und der Reichen Vorteil benutzen wollen, wie sie die Gewerbefreiheit dazu benutzt haben und noch dazu benutzen, so müssen unfre Philosophen (die in seinem System die Leitung der ganzen Gesellschaft in der Hand haben) den fürchterlichen Brandker loslassen, der alsdann nur allein geeignet ist, die Pläne unfres Feinde wirksam zu vereiteln. Dann muß eine Moral gepredigt werden, die noch niemand zu predigen wagte und die jede Regierung des Eigennutzes unmöglich macht; eine Moral, welche das blutige Schlachtfeld in den Straßen, in welchen das Volk doch immer den kürzeren zieht, in einen fortwährenden Guerillakrieg verwandelt, der alle Spekulationen der Reichen auf den Schwelch der Armen zumichte macht, und welchen die Macht der Soldaten, Gendarmen und Vollzähner nicht zu dämpfen imstande ist; eine Moral, welche uns ganze Legionen Streiter zuführen wird, deren Mitterleistung wir jetzt noch verabscheuen; eine Moral, welche unsern Gegnern keinen andern Rettungsweg offen läßt als den unfres Prinzips; eine Moral, welche die Auflösung und Niederlage der Herrschaft der persönlichen Interessen mit sich führen wird. Diese Moral kann aber nur unter den in unsern großen Städten wimmelnden und in das grenzenlose Elend hinausgestürzten, der Verzweiflung preisgegebenen Massen wirksam gelehrt werden. Das Wort einmal ausgesprochen, so ist das Signal zur neuen Taktik (Verallgemeinerung der Verbrednermoral. S. S.) gegeben, der unfre Feinde nun und nimmermehr gewonnen sein werden. Drückt man uns bis auf die Feder, so ist es unfre Pflicht, sie springen zu lassen und sollte eine zwanzigjährige fürchterliche Alordnung daraus entstehen. Jeder hilft sich, wie er kann. Diese neue Moral, von der übrigens Christus sogar ein Beispiel gegeben, wird aber ihre Wirkung gewiß nicht verfehlen. Weiter läßt sich auch hierüber nichts sagen.“

Dieselbe komisch-absurde Idee, die der anarchischen Taktik entspringt, spukte auch noch ferner in seinem Kopfe herum. Die leisen Andeutungen gewinnen eine konkretere Gestalt in seinem Evangelium, wo unter der Kapitelüberschrift: Jesus predigt den Krieg, die Verse 35 und 36 des Lukas-evangeliums 22 bedeutungs- und beziehungslos wiederzugeben sind:

35. Und er sprach zu ihnen: So oft ich euch gefandt habe ohne Beutel, ohne Tasche und ohne Schuhe, habt ihr auch je Mangel gehabt? Sie sprachen: Nie keinen.

36. Da sprach er zu ihnen: Aber nun, wer einen Beutel hat, der nehme ihn des selben gleichen auch die Tasche. Wer aber nichts hat, der verkaufe sein Kleid, und kaufe ein Schwert.

Nur mit Mühe gelang es seinen Freunden, vor allem Ewerbeck, Weitling von diesem gefährlichen Experiment und ähnlichen Waghüden zu bewahren und von der Lächerlichkeit, der er unbedingt hätte verfallen müssen.

Manchen harten Strauß hatte Weitling und die Seinen mit der jungdeutschen Bewegung in der Schweiz auszufechten. Diese Bewegung, auf die hier des näheren nicht eingegangen werden kann, trug zuerst ein rein bürgerliches Gepräge und stand im Gegensatz zur proletarischen, die von Weitling ausging. Wenn sie auch allmählich in proletarisch-revolutionäre Bahnen geriet, so verringerte sich diese Spannung schon um des halb nicht, weil beide Richtungen in ihrer Agitation auf denselben Personenkreis angewiesen waren: die deutschen Handwerker. Während die Weitlingische Richtung unter dem Einflusse französischer Geistes und des französischen Sozialismus stand, verwässerte die jungdeutsche, deren Leitung Hermann Döleke, ein Schüler Arnold Rügel, Julius Standau aus Gotha, Wilhelm Marr aus Hamburg usw., innehalten, ihren aufrechten Gehalt, indem sie sich der Herrschaft der deutschen Hegelischen Philosophie ergaben. Derselben Hegelischen Philosophie, für die Weitling die so sarkastisch hohen Worte hatte: „Der gefeierte Hegel ist für mich eben, so ein Knecht. Ich darf ihn so nennen, obgleich ich nicht ten ihm gelesen habe. Warum? Weil niemand mir sagen konnte, was er wollte, obgleich die ganze deutsche Hebel-philosophie von ihm ein arohes Geschrei macht.“

1843 ließ Weilling, von seinen bisherigen Erfolgen auf-
 stacheln, seinen Garanten ein neues Buch folgen, das *Evangelium*
des armen Sünders, das er schon in Laufranne
 niedergeschrieben hatte. Der Zweck dieser Schrift war, wie es
 in der Anknüpfung steht, durch mehr als hundert Bibelstellen
 nachzuweisen, daß die künftigen Forderungen freisinniger Vorden-
 ken im Einklang mit dem Geist der Lehre Christi sind. Bevor er
 das Werk erstehen ließ, gab er einen Prospekt heraus, der die
 Inhaltsübersicht des Buches enthielt. Diese lautete: Einleitung.
 — Ablaß. — Hoffnung. — Liebe. — Die Bibel. — Der Him-
 mermann und seine Brüder. — Unglaube und Zweifel. —
 Gleichnisse und Wortspiele. — Zeichen und Wunder. — Das
 Abendmahl ist ein Liebesmahl. — Jesus lehrt die Abschaffung
 des Eigentums. — Jesus lehrt die Abschaffung des Geldes. —
 Jesus lehrt die Abschaffung der Strafen. — Das Prinzip der
 Lehre Jesu ist die Gemeinschaft der Arbeiten und Genüsse. —
 Das Prinzip Jesu ist das Prinzip der Freiheit und Gleichheit.
 — Opfer, die Jesus für die Verbreitung der Lehre der Gemein-
 schaft nötig hält. — Der schlafende Jesus. — Der Umgang mit
 Sündern. — Jesus zücht mit sündigen Weibern und Mädchen
 im Lande herum und wird von ihnen unterkühlt. — Jesus ver-
 leugnet die Familie. — Jesus verbietet den Krieg. — Jesus hat
 keinen Respekt vor dem Eigentum. — Angriffe Jesu gegen das
 Eigentum.

Kaum war der Prospekt zur Kenntnis des Zürcher Kirchen-
 rats gekommen, als dieser an die Staatsanwaltschaft gegen
 Weilling eine Anzeige wegen Gotteslästerung und Religions-
 schändung erstattete. Eine hochnotwendige Untersuchung wurde
 eingeleitet, Weilling, da den Behörden hinterbracht war, daß er
 den Kanton Aargau verlassen wolle, in Haft genommen. Eine
 Hausdurchsuchung brachte einen Teil der Druckbogen sowie eine
 Meise von Briefen in die Gewalt der Behörden. Gleichzeitig
 wurde eine politische Aktion eingeleitet und eine Kommission, der
 Prof. Munksthal angehörte, zur Untersuchung „sämtlicher kom-
 munistischer Umtriebe in der Schweiz“ gewählt. Das Verfahren
 gegen Weilling endete schließlich mit der Zurückweisung des
 „Evangeliens“ zu zehn Monaten Gefängnis und zur Ver-
 weisung aus der Eidgenossenschaft auf die Dauer von fünf
 Jahren. So schlimm dieser Ausgang für die Person Weillings
 war, so zeitigte er wenigstens das Gute, daß er und die Ver-
 öffentlichung des von Munksthal verfaßten Kommissionsberichts
 erst recht die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf den Schweizer-
 reformen, seine Leistungen und seine Lehre lenkten. Da der
 Kommissionsbericht, der öffentlich im Buchhandel zu haben war,
 die wichtigsten Gedankenansätze und Stellen aus seinen Werken
 sowie zahlreiche unveröffentlichte Material umfaßte, schafften
 sich ihn selbst solche an, die bisher dem Sozialismus völlig
 fern standen. Er ist noch heute von großem dokumentarischen
 Wert trotz aller beabsichtigten Gemeinheiten und unerbötlich-
 sten Schicksalen. Er hatte das Böse gewollt und doch das
 Gute geschaffen.

Das Interesse weiterer Volksteile wurde auch für die
 kommunistischen Einrichtungen und Institute geweckt. Die Wei-
 lings aus praktischen Gründen mit seinen Propagandabereinen
 verbunden hatte. Der banarbeitliche Nutzen, den die gemein-
 samen Räden und Gesellschaften mit sich führten, wurde allen
 offen vor Augen geführt. Die Institute ergaben wachsende
 Bedürfnisse, aus denen Lehrer besoldet, Arbeitslose unterkühlt,
 Rettungen und Bibliotheken gehalten, Flugblätter gedruckt und
 verbreitet wurden.

Es ist vor allem diesen materiellen und geistigen Vänden
 zu danken, wenn selbst nach der Verhaftung des Führers die
 Kommunisten länger zusammengehalten werden konnten, als
 es sonst bei der nun eintretenden Verwirrung denkbar gewesen
 wäre. An Weillings Stelle übernahm, da auch Simon Schmid
 zurückgetreten war, der viel weniger energische, unselbständige
 August Weder die Führung. Mit dem Erfolge, daß von
 diesem Momente an die ganze Bewegung immer mehr in
 theologisches Fahrwasser geriet, ein verhängnisvoller
 Schritt, der aber schon durch Weillings Evangelium eingeleitet
 worden war.

Diese Schrift erschien, da der größte Teil des Manuskripts
 von Freunden gerettet worden war, 1845 unter dem Titel:
Evangelium eines armen Sünders. Später nach des Ver-
 fassers Freilassung erlebte sie eine „weite, vermehrte und ver-
 besserete“ Auflage, als *Evangelium des armen Sünders*.

Obgleich Weilling, aus dem Gefängnis entlassen, sofort mit
 seinem Freunde Andreas Dietrich nach Amerika auszuwandern
 gedachte, ward er trotzdem von der Schweizer Regierung an die
 deutsche Grenze gebracht und durch die badische Polizei an
 Preußen ausgeliefert. Dabei spielte sich eine äußerst ereignis-
 reiche Szene ab, über die der Pariser Vorwärts unterm 21. Mai
 1844 folgendes mittelt: „In aller Frühe wurden die Arbeiter
 des Zürcher Arresthauses durch ein von der Strafrechtlichen
 Weisung aus dem Schlaf geweckt. „Helft mir! rief es, „ich
 bin Weilling, helf mir! Man will mich an die deutsche Polizei
 ausliefern!“ Die Leute, die ans Fenster eilten, sahen einen
 Menschen auf dem Boden liegen, welchen die Zürcher Ge-
 narmen wieder durch Fußtritte, noch durch Kolbenstöße zum
 Gehen zu bringen vermochten. Weilling wurde in das Ge-
 fängnis zurückgebracht. Sein Hüften verstaumte bald. Man
 hörte nur noch ein klagliches Wimmern und das Klatschen eines
 Röhreninstruments. Man hatte dem Opfer der Gerechtigkeit
 den Mund mit einem Taschentuch verstopft! Unterdessen
 war eine Kutsche vor dem Arresthaus angelangt; den Mund
 verstopft und an Händen und Füßen geknebelt, wurde Weilling
 in einen verschlossenen Wagen geschleppt. Er drückte die Wagen-
 fenster ein — alles, alles war vergessens, der Wagen rollte samt
 dem Gefangenen fort.“ In Preußen wurde er zunächst als
 Willkürhäftling zurückgehalten, mußte aber wieder wegen Un-
 tauglichkeit in Freiheit gesetzt werden. Nach kurzem Aufenthalt
 in Hamburg, wo er seine *Arbeiterpost* veröffentlichen ließ,
 begab er sich nach London, wo er von den französischen, engli-
 schen und deutschen Sozialisten freundlich aufgenommen wurde.
 Ihm zu Ehren veranstalteten die Kommunisten am 22. Septem-
 ber 1845 ein großes Meeting, um „den mutvollen und talent-
 reichen Führer der deutschen Kommunisten“, so nannte ihn das
 Londoner Kommunistenblatt, zu begrüßen. Weilling wurde
 als Märtyrer des kommunistischen Gedankens gefeiert. Auf die
 Ansprachen des Präsidenten der sozialistischen National-Societät,
 Clarke, des Herausgebers des sozialistischen Organes, Fleming,
 des Vertreters des deutschen Kommunistenvereins, Schappers
 und Chimanns vom französischen Arbeiterklub antwortete Wei-
 lings in einer Rede, in der er die internationale Solidarität des
 Proletariats, den Geist der Brüderlichkeit, das gemeinsame Ge-
 fühl, „das die Brust jedes Menschen durchglüht“, preis. „Ja
 obwohl wir infolge unserer Erziehung verschiedene Laute ge-
 brauchen (Weilling war ein eifriger Befechter einer Welt-
 sprache), um dies gemeinsame Gefühl einander mitzuteilen, ob-
 wohl der Austausch dieses Gefühls durch die verschiedenen
 der Sprache gehemmt wird, obwohl tausende von Vorurteilen
 von unserer gemeinsamen Wegener vereint und angewandt wer-
 den, um ein besseres Verständnis, eine allgemeine Brüderlichkeit
 eher zu hindern als zu befördern, — dennoch, trotz aller dieser
 Hindernisse läßt sich dieses gewaltige, liebevolle Gefühl nicht
 auszrotten (Weisfall), dies Gefühl, das den Leidenden zu seinem
 Leidensgenossen, den Kämpfer für einen besseren Zustand zu
 seinem Mitkämpfer hinzieht!“ (Weisfall, nach dem Vorwärts
 vom 18. und 16. November 1844.)

In Drüssel geriet Weilling mit Marx und Engels wegen
 ihrer materialistischen Geschichtsauffassung zusammen, mit der
 er sich in keiner Weise zu befreunden vermochte. Darüber

lesen wir in der schon öfter angezogenen Einleitung von Engels
 zu den Enthüllungen: „Über er (Weilling) war eine der
 naive junge Schneidergehilfe, der, über seine eigene Begabung
 erkaunt, sich für darüber zu werben suchte, wie denn eine kom-
 munistische Gesellschaft wohl aussehen möge. Er war der wegen
 seiner Ueberlegenheit vor Weibern verfolgte große Mann, der
 überall Rivalen, heimliche Feinde, Halsstriege wilderte; der von
 Band zu Band gehegte Prophet, der ein Rezept zur Verwirkli-
 chung des Himmels auf Erden fertig in der Tasche trug und
 sich einbildete, jeder gehe daraus aus, es ihm zu stehlen. Er
 hatte sich in London schon mit den Leuten des Bundes über-
 worten, und auch in Drüssel, wo besonders Marx und seine Frau
 ihm mit fast übermenschtlicher Geduld entgegenkamen, konnte er
 mit niemand auskommen.“ Weillings bemächtigte sich immer
 mehr eine Mißstimmung gegen Marx, die in überreifer Selbst-
 liebe ihre Quelle hatte und ihn blind gegen eine noch so gerecht-
 fertigte Kritik machte, eine fast geistliche Ungerechtigkeit gegen
 jeden, der ihn nicht für unantastbar und jenseits von jeder Kritik
 hielt, so daß er sich sogar einmal in einem Briefe an Hegel zu
 den Worten hinsetzen ließ: „Ich sehe in Margens Kopf weiter
 nichts als eine gute Enchlopädie, aber kein Genie. Reiche
 Leute machten ihn zum Rebalteur, bella tout.“ Worte, aus
 denen die verkehrte Eitelkeit nur allzu laut spricht.

Darin allerdings fühlte er recht: seitdem Marx und Engels
 auf den Plan getreten, war für ihn kein Platz mehr da. Der
 Kommunistenbund verließ zusehends Weillings Theorien und
 ging zu den Fahnen Margens und Engels über, die 1847 im
 kommunistischen Manifest unter dem Argekruf: „Proletarier
 aller Länder vereinigt euch!“, alles, was sozialistisch empfand,
 um sich sammelten.

Weilling ging nach Amerika. In den Märztagen 1848
 trieb ihn sein revolutionäres Temperament nach Deutschland
 zurück. Er wirkte in Berlin und Hamburg, mußte jedoch 1849
 ausgewiesen über England wieder nach Amerika fliehen, wo er
 bis an sein Lebensende blieb.

Hier machte er ein kommunistisches Experiment, indem er
 die Kolonie Communia ins Dasein rief. Zum Zweck der Ani-
 mation für dieses Unternehmen ließ er von 1850 bis 1854 die
 Wochenchrift: Die Republik der Arbeiter erscheinen. Als auch
 dieser Versuch mißglückte, zog er sich ganz aus dem öffentlichen
 Leben zurück. Auch jetzt noch hatte er mit materieller Not und
 allerhand Elend zu kämpfen und mußte, um nur leben zu
 können, gewöhnliche Schreibdienste tun. Aber immer noch trug
 er sich mit großen Gedanken und Plänen. Er beschäftigte sich
 mit Astronomie und will, nach einem seiner Briefe, eine große
 Entdeckung gemacht haben. „Ich brauche“, schrieb er am 22. Juli
 1860, „sehr notwendig einen Verleger für meine Astronomie,
 das wertvollste Buch, das je in der Welt erschienen ist und er-
 scheinen wird.“ Auch soll er eine Knopflochmaschine erfunden
 haben. Am 22. Januar 1871 beteiligte er sich noch einmal an
 dem Verbrüderungsfest der französischen, englischen und deut-
 schen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association. Am
 25. Januar desselben Jahres starb er. Von seinem literarischen
 Nachlaß ist, wofür überhaupt ein solcher vorhanden war, nichts
 erhalten geblieben. So verlief sich hier in Amerika dieser
 breite, manchmal unermeßlich tiefe Lebensstrom des einfachen
 Schneidergehilfen Wilhelm Weilling.

(Fortsetzung folgt.)

Der Choleraabzillus.

Heuer werden es 26 Jahre, daß Robert Koch zum erstenmal
 eine Keimkultur des Choleraabzillus oder, wie er mit wissen-
 schaftlichem Namen heißt, des *Vibrio cholerae*, erhielt, der seit-
 dem unbestritten als der Erreger der asiatischen Cholera gilt.

Der Choleraabzillus findet sich in den Abgängen jedes an
 Cholera erkrankten Menschen vor und wird dadurch als
 der eigentliche Träger der Infektion gekennzeichnet. Seine Ver-
 breitung ist dadurch aber nicht erschöpft; denn bei jeder Epidemie
 werden Personen festgestellt, die den gefährlichen Keim in sich
 tragen und damit auch auf andre Menschen zu übertragen fähig
 sind, ohne daß er ihnen selbst etwas schadet. Das ist die un-
 geheuer wichtige Frage der größeren oder geringeren Empfäng-
 lichkeit der verschiedenen Menschen gegenüber einer Krankheit,
 deren Studium zu einem der wesentlichsten und erfolgreichsten
 Mittel in den modernen Fortschritten der Heilkunde und Hygiene
 geworden ist, indem man die bei einzelnen Personen von Natur
 vorhandene Unempfindlichkeit (Immunität) bei andern künstlich
 zu erzeugen sucht. Dazu ist es aber immer an erster Stelle
 nötig, den Erreger der Krankheit nicht nur zu kennen, sondern
 auch in allen seinen Lebens- und Entwicklungsphasen zu be-
 lauschen.

Obgleich die Kammern des Naturforschers durch das Mikroskop
 bereichert worden war, wären solche Forschungen gar nicht aus-
 führbar gewesen, denn der Choleraabzillus z. B. erreicht eine
 Länge von nur 1/4 Millimeter, und seine Breite be-
 trägt gar nur den vierten Teil dieser winzigen Länge. Die
 eigentümliche Form, die ihm auch den Namen des Komma-
 abzillus eingetragen hat, zeigt sich namentlich bei frischen Kul-
 turen; genauer wäre sie als ein Hübschnitt aus einer Spirale zu
 bezeichnen. Fügen sich zwei dieser Keimzellen aneinander, so
 entsteht die Form eines S, und noch größere Gruppen aus vielen
 Individuen vermögen lange Spiralen zu bilden. Gealterte
 Choleraabzillen sind an ihrer Form kaum noch zu erkennen, da
 sie die Gestalt dieser Stäbchen oder gar die von Kugeln an-
 nehmen.

Der Waktung nach gehört dieser Keim, wie der Name *Vibrio*
 besagt, zu den Bakterien, die mit einer Geißel begabt sind, d. h.
 mit einem langen fadenförmigen Anfang, der an einem Ende
 des Stäbchens sitzt; es kommen auch Bakterien mit zwei, vier
 und sogar sechs Geißeln vor. Diese Anhangs dienen den
 Bakterien zur schnellen Fortbewegung im Wasser, und Koch hat
 das mikroskopische Bild eines mit Choleraabzillen erfüllten
 Wassertropfens mit einem Müdenschwarm verglichen. Mit dem
 Alter der Bazillen wird ihre Beweglichkeit in hohem Grade ge-
 schwächt.

Im Wachstum ist der Keim an gewisse Bedingungen gebun-
 den, die aber leider ziemlich weite Grenzen haben. Obgleich
 er in den Eingeweiden des Menschen sich entwickelt und fort-
 pflanzt, verlangt er bei künstlicher Kultur Luftsaftung. Die
 liebste Temperatur ist ihm eine Wärme von 30—40 Grad, so
 daß ihm die Temperatur des Menschen gerade zuzut.

Die Auffindung der Choleraabzillen ist durch die Forschun-
 gen von Koch so sehr erleichtert worden, daß sie heute ein sehr
 einfaches und durchaus zuverlässiges Verfahren darstellt. In
 wenigen Stunden kann dieser Nachweis erfolgen. Obgleich ein
 Zweifel nur selten obwalten kann, gibt es doch ein besonderes
 Mittel, sich über das Wesen des Choleraabzillus zu vergewissern,
 nämlich durch Impfung mit einem künstlich hergestellten An-
 choleraferum, das beispielsweise im Königl. Institut für Infek-
 tionskrankheiten in Berlin seit in bestimmter Stärke und in ge-
 ordnetem Zustand aufbewahrt wird. Die Behandlung mit
 diesem Serum äußert auf die Cholerakeime eine Wirkung, auf
 andre Bakterien nicht. Koch ein drittes Prüfungsmittel besteht
 in dem sogenannten Pfeifferschen Versuch, wobei einem We-
 schweinchen ein Anticholeraferum gleichzeitig mit den verdäch-
 tigen Bakterien eingeimpft wird. Zeigt das Serum eine Schut-
 zwirkung, so liegt sicher echte Cholera vor.

Wichtigste Eigenschaft hat der Choleraabzillus eine große Lebens-
 zähigkeit, und namentlich kann er die Feuchtigkeit nicht lange
 erdulden. Wenn er „aufs Trockne“ gesetzt wird, so stirbt er
 in etwa zwei Stunden. Infolgedessen liegt bei Choleraepidemien
 eine Gefahr, die sonst die allergroße Rolle spielt, gar nicht ober

höchstens in geringem Grade vor, nämlich die der Ansteckung
 durch Staub. Sogar kann der Bazillus auch schlecht vertragen und
 geht im siedenden Wasser sofort und auch bei einer Temperatur
 von 80 Grad wenigstens innerhalb fünf Minuten zugrunde.

Ferner ist er höchst empfindlich gegen Karbolsäure, andre
 Säuren und noch mehr gegen Sublimatlösung. Wirksam ist
 auch Chlorfall, der deshalb gewöhnlich zur Desinfektion der
 Abgänge von Choleraerkrankten benutzt wird. Sogar das Wasser,
 obgleich es doch das eigentliche Lebensmedium des Cholera-
 abzillus darstellt und bei Epidemien in allererster Linie bearg-
 wöhnt und vermieden werden muß, ist einem Cholerakeim nicht
 immer schädlich. In destilliertem Wasser hält er es nicht
 länger als 24 Stunden aus, und auch in den Flüssen vollzieht
 sich während des Fortfließens des Wassers eine gewisse Selbst-
 reinigung. In gewöhnlichem Wasser aber kann er durch Tage,
 Wochen und sogar mehrere Monate lang am Leben und bei voller
 Wirksamkeit bleiben. Immerhin ist sein Lebenslauf im Ver-
 gleich zu den häufligsten Bakterien durchschnittlich kurz, so daß
 auch den Abgängen von Choleraerkrankten nicht länger als 1 bis
 3 Tage nach dem Tode die Bakterien noch nachgewiesen werden
 können.

Ob er in Nahrungsmitteln vorhanden ist und infolgedessen
 sich durch sie in verhängnisvoller Weise auf den Menschen über-
 tragen kann, hängt namentlich vom Feuchtigkeitgehalt der
 Speisen und von ihrer chemischen Reaktion ab, indem Säure
 für die Bakterien ungünstig, die entgegengegesetzte alkalische Be-
 schaffenheit dagegen günstig ist.

Auffallend ist der Umstand, daß der Choleraabzillus in
 sterilisierter Milch länger lebt als in andrer, in der noch andre
 Keime vorhanden sind; er vermag sich in jener 10 Tage lang zu
 halten.

Als Eingangspforte dient dem Choleraabzillus nur der
 Mund des Menschen, von wo aus er durch den Magen in seinen
 eigentlichen Entwicklungsherd gelangt, der ausschließlich im
 Feinddarum liegt. Es ist sicher festgestellt worden, daß durch die
 Nahrung, also vermittelt der Lungen, oder durch Wunden eine
 Ansteckung mit Cholera nicht erfolgen kann.

Einen Wohnort des Choleraabzillus, wo er außerhalb des
 menschlichen Körpers dauernd leben und sich fortpflanzen kann,
 kennt man bisher nicht, so daß hier noch ein Rätsel vorliegt. Da
 sich auch das Wasser allmählich selbst von den Bazillen reinigt,
 so muß, wenn dessen Ansteckungskraft erhalten bleibt, immer
 wieder von neuem eine Aufnahme von Bazillen erfolgen, und
 diese kann wieder nur unmittelbar oder mittelbar durch die Ab-
 gänge von Choleraerkrankten eintreten.

Damit sind die Vorkehrungsregeln gegen eine Verbreitung
 der Cholera bereits vorgezeichnet. Das Waschen von schmutzigem
 Leinen oder das Baden in Wasser, das später auf irgendeinem
 Wege zur Wasserversorgung in die Häuser gelangt, kann zu
 Ausbrüchen von Cholera führen und hat es tatsächlich getan.
 Besonders gefährlich ist in dieser Hinsicht selbstverständlich die
 Bevölkerung der Flußfahrzeuge. Hier kann die Vorsicht gar
 nicht weit genug getrieben werden, denn selbst Menschen, die von
 der Cholera genesen, bergen entwicklungsfähige Keime noch bis
 zu 48 Tagen in sich, und dazu kommen die Bazillen, die in den
 gegen die Krankheit gefeierten Personen wohnhaft sind. Ist die
 Bekämpfung des Bazillus wegen seiner Anfälligkeit gegen
 Trockenheit, Hitze und Säure im übrigen erleichtert, so wird sie
 durch diese Umstände doch auch bedeutend erschwert und die
 Choleraepidemien auch der jüngsten Zeit haben immer wieder
 gezeigt, daß eine Infektion der Wasserwege, wenn sie einmal
 begonnen hat, fast unaufhaltsam fortschreitet. Somit aber kann
 nur immer wieder betont werden, daß die Mittel zur Abwehr
 der Cholera heute eine so hohe Entwicklung erfahren haben, daß
 ein Ausbruch der Cholera auch dann noch nicht vorliegen würde,
 wenn die Choleraepidemie in Russland einen unvorstelllich
 großen Umfang annehmen würde.

Kunstchronik.

Neues Theater. Donnerstag: Rosenmontag. Freitag: Othello
 (Oper). Sonnabend: Der Herr Senator. Sonntag: Margarethe.
 Montag: Carmen. — Altes Theater. Donnerstag: Der
 Meidor. Freitag: Graf Essex (halbe Preise). Sonnabend: Der
 Mann mit den drei Frauen. Sonntag, nachmittags 1/2 8 Uhr:
 Vorstellung für das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut (Graf Essex),
 abends 1/2 8 Uhr: Die Döllarprinzessin. Montag: Doktor Klaus
 (halbe Preise).

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nicht
 anders angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 8 Uhr.

Bereingte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus.
 Donnerstag: Herodes und Marianne (halbe Preise). Freitag:
 Wolfenkräger. Sonnabend: Der Warrer von Kirchfeld (halbe
 Preise). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für den Gewer-
 verein S.-D. Leipzig-Weiß (Die Diebin), abends 1/2 8 Uhr: Wolfen-
 kräger. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasturm).
 Donnerstag, Freitag: Puccinello. Sonnabend: Der arme Jonathan
 (Erfassung). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für das
 Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut (Water und Sohn), abends
 8 Uhr: Der arme Jonathan.

Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nicht
 anders angegeben, um 8 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.

Wattenberg-Theater. Donnerstag: Minna von Barnhelm.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die schöne Ungarin.

Leipziger Kunstverein. Nach einer Unterbrechung von einer
 Reihe von Wochen hat der Leipziger Kunstverein heute wieder
 seine Räume in gewohnter Weise seinen Mitgliedern geöffnet.
 Nach Ablauf des Sommers tritt man nunmehr in das neue Ver-
 einjahr ein, das statutenmäßig von Oktober zu Oktober läuft,
 aber seit Jahren schon mit der ersten Ausstellung nach den
 Sommerferien und auch dieses Jahr Mitte September eröffnet
 wird. Ueber die zur Eröffnung des neuen Vereinsjahres ver-
 anstalteten Sonderausstellungen von Wilhelm Krabner (Karls-
 ruhe), Paul Meyerheim (Berlin), Auguste Rodin (Paris), sowie
 die Ausstellung von Radierungen Max Klingers und Sulpizien
 Felix Pfeiffers (Dresden) wird eingehend zu berichten sein.

Die Mitgliedschaft des Kunstvereins, die durch einen Jahres-
 beitrag von 10 M. erworben wird, berechtigt 1. zum Besuch der
 reichhaltigen, periodischen Ausstellungen, 2. zum Besuche der
 kunstwissenschaftlichen Vorträge, die im Winterhalbjahre im
 kleinen Konzertsaale des Gewandhauses veranstaltet werden, 3.
 zur Benutzung des Lesesaals und der reichhaltigen Bibliothek
 und Kunstsammlungen, über die von den wissenschaftlich ge-
 bildeten Beamten jederzeit Auskunft erteilt wird, 4. zum Be-
 suche des Museums der bildenden Künste auch an solchen Tagen,
 an denen Eintrittsgeld erhoben wird. Auf Grund der Mit-
 gliedschaft können Eintrittskarten für einzelne Mitglieder des
 Hauslands für 3 M. und für sämtliche gegen Zahlung von
 10 M. jährlich gelöst werden. Beitrittserklärungen werden täg-
 lich in der Expedition des Museums entgegengenommen.

Eingelaufene Schriften.

Notke-Liederbuch. Zwölf Lautenlieder. Heraus-
 gegeben von Robert Notke. Elf Eingeweisen von Robert Notke
 zu alten und eignen Texten, eine Eingeweise von Heinrich
 Scharrer. Leipzig, Verlag von Friedrich Hofmeister. Preis
 2 Mark.

William Marshall, Neue Spaziergänge eines Natur-
 forschers. Dritte Reihe. Leipzig, Verlag von E. K. Seemann,
 Preis 6 M.